

Antonio Maria Baggio, Adriana Cosseddu y Antonio Márquez Prieto, *Fraternidad y justicia*, Comares, Granada, 2012, 94 Seiten.

ZUSAMMENFASSUNG: Ein Werk von drei Autoren, Antonio Maria Baggio (Florenz), Adriana Cosseddu (Sassari) und Antonio Márquez Prieto (Málaga), die unterschiedliche Widmungen wie Politische Philosophie, Wirtschaftsstrafrecht, Arbeitsrecht und soziale Sicherheit kombinieren und ideologische Kriterien, die bei der Bedeutung der Brüderlichkeit in der Welt des Rechts und in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen sehr übereinstimmen, überdenken. Wenn die relationale Soziologie und Wirtschaft in Gemeinschaft beim Studium der Brüderlichkeit angewendet werden, wissen wir nicht, wo der Weg uns hinführt. Außerdem, wenn sie mit der Theologie in Gemeinschaft, der volkstümlichen Theologie oder der Soziallehre der Kirche vermischt wird, erweist es sich als beunruhigend, weil man nicht weiß, wohin dies führen wird. Die Bedeutung der Brüderlichkeit neben der Gleichheit und Freiheit ist klar, obwohl heutzutage mehr über die Begriffe der Toleranz (das Christentum hat an Intoleranz gelitten und sie nicht verursacht), Solidarität, Entwicklung, Zivilisation der Liebe.

SCHLÜSSELWÖRTER: Brüderlichkeit, Gleichheit, Wirtschaft in Gemeinschaft, relationale Soziologie, Freiheit, Arbeitsbeziehungen, Wirtschaftsstrafrecht.

In der Reihe der juristischen Wissenschaften des Verlages Comares in Granada, mit besonderem Augenmerk auf das Arbeitsrecht und die soziale Sicherheit, die José Luis Monereo Pérez mit besonderem Eifer und Hingabe leitet, ist dieses kleine aber dichte Buch erschienen.

In der Reihe der juristischen Wissenschaften des Verlages Comares in Granada, mit besonderem Augenmerk auf das Arbeitsrecht und die soziale Sicherheit, die José Luis Monereo Pérez mit besonderem Eifer und Hingabe leitet, ist dieses kleine aber dichte Buch erschienen.

Derselbige Monereo, Lehrstuhlinhaber in Granada, macht die Einleitung und stellt die drei Autoren vor, Spezialisten diverser wissenschaftlicher Bereiche der Sozialwissenschaften, die in die Realität der Brüderlichkeit eintauchen. Nach Meinung vieler ist es das meistvergessene der drei Prinzipien, die die Französische Revolution von 1789 formuliert hat: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Antonio Maria Baggio, der Professor für Politische Philosophie an einem bekannten Universitätsinstitut in Florenz ist arbeitet seit vielen Jahren über das Prinzip der Brüderlichkeit. Er verfügt über ein Netz von Universitätsprofessoren, die sich genau damit beschäftigen, dieses Prinzip der Brüderlichkeit multidisziplinär zu betrachten. Baggio hat seine Forschung auf zwei grundlegenden Ideen konzentriert. Die Erste wäre die Brüderlichkeit aus wissenschaftlicher Sicht als politische Kategorie zu präsentieren. Die zweite Idee ist, denen, die die Brüderlichkeit studieren, beizubringen, dass die Anschauung derselben etwas komplizierter ist, weil sie nicht losgelöst von Gleichheit und Freiheit verstanden werden kann. Diese zweite Idee führt natürlich dazu, dass sie sich enorm kritisch mit dem ideologischen Ballast, den der Jakobinismus der Französischen Revolution für die Idee der Brüderlichkeit darstellt, zeigt. In diesem Sinne kommentiert Baggio alles, was Bertrand Barère und Maximilien Robespierre über die Brüderlichkeit, die sie in einigen Fällen verteidigten und bei mehreren Gelegenheiten zensierten, geschrieben haben.

Robespierre selbst hatte gegen die patriotische Bankette geschrieben. Aber Baggio beschäftigt sich nicht mit einem System, in dem die Brüderlichkeit eine

besondere Bedeutung während der Revolution erreicht, dem politischen und sozialen System der Gleichberechtigten von Gracchus Babeuf (1760-1797). Dieser war Opfer der Gegenrevolution und stellte sich seiner Familie in einem Brief, den er aus dem Gefängnis schrieb, nachdem er durch das Gericht zum Tode verurteilt war, als „Märtyrer der Freiheit“ vor und empfahl seiner Frau und seinen Kindern „ein Beispiel der Tugenden zu geben, um Wertschätzung, Nähe und Respekt aller guten Menschen zu erreichen“¹.

Einer der Mitwirkenden von Babeuf, Philippe Buonarroti, der im Exil in Belgien lebte, nahm an der Revolution der Gleichberechtigten teil. Er schrieb ein Buch, das dem Titel und der Idee eines neuen politischen und gesellschaftlichen Systems, in dem wir alle gleich wären, entsprach². Es enthält eine Reihe von wesentlichen Vorstellungen über die Brüderlichkeit; diese Angelegenheit wird von Baggio nicht berücksichtigt.



Es ist uns nicht angenehm, dass sich Baggio an die Lehre von Carl Schmitt, dem gefährlichen Verteidiger des Nazitotalitarismus und durch das Nürnberger Gericht Verurteilten, anlehnt um zu formulieren, was man unter der politischen Kategorie verstehen und dies auf die Brüderlichkeit anwenden soll. Diese ist etwas umfangreicher und umfasst die allgemeine menschliche Kondition. Der Kommentator

¹ Gracchus Babeuf, *Dernière lettre de Gracchus Babeuf, assassiné par la prétendue Haut-Cour de Justice, à sa femme et à ses enfants, à l'approche la mort*, Imprimerie de l'Ami du peuple, R. F. Debois, Rouen, 1797, S. 4.

² Siehe Philippe Buonarroti, *Système politique et sociale des égaux [extrait du livre de Ph. Buonarroti]*, Imprimeries de Pecquereau et Comp., Paris, 1842.

und Kommentarist von Baggio, in diesem Falle Antonio Márquez Priete, macht, nachdem er mit Baggio zusammengearbeitet hat, eine Zusammenfassung davon und hebt drei Ideen des Schreibens des Florenzer Professor hervor: 1.) „Die Brüderlichkeit ist als universale Dimension der Menschheit zu verstehen“. 2.) „Die Brüderlichkeit ist der Ort der Wahrheit, der Schwierigkeiten und der Konflikte“. 3.) „Gegen die Brüderlichkeit geht die Ideologisierung derselben“. (S. 20).

Die Professorin für Wirtschaftsstrafrecht an der Universität von Sassari, Adriana Cosseddu, studiert den Horizont des Rechts, der kein anderer ist als der Ort, an dem sich die Beziehungen ergeben und folglich erscheint dort die Brüderlichkeit. Sie plant eine Reihe von Fragen über das Konzept der „menschlichen Familie“ und behilft sich dabei der Idee der relationalen Theorie mit soziologischem Inhalt.

Auch auf dem Gebiet des Strafrechts ruft Cosseddu dazu auf, dass „sich die Suche nach der Wahrheit bei der Verhandlung mit dem Anspruch der sozialen Gerechtigkeit im konkreten Fall auseinandersetzt; diesbezüglich fordert die Prozessrealität nicht nur die Entscheidungen, sondern auch die professionellen Verhaltensweisen anzupassen mit dem Ziel, Sicherheit und Wahrheit zu vereinbaren, die Fakten und Norminterpretationen so auszulegen, dass der Sinn nicht in der reinen Rechtstechnik eingeschlossen wird, sondern der Gerechtigkeit entspricht“ (S. 41-42). Folglich muss man in den Rechtsstreit, den ein Strafverfahren mit sich bringt, die Note oder Dimension der Brüderlichkeit einfließen lassen³.

Die Vorstellungen der Brüderlichkeit, zwischenmenschlicher Beziehungen, Gemeinschaft, der Kultur des Seins und nicht des Habens (wenigstens nicht die ausschließliche, oder was sich vorzugsweise auf das Haben bezieht), der Kultur des Gebens und des großzügig sein und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Solidarität sind einige der Fragen, die Cosseddu studiert und dabei die Betonung auf die Ideen des Sozialen und Relationalen legt.



³ Andere Lösungen werden aber von Brian Barry, in *Theories of Justice*, University of California Press, Berkeley y Los Angeles, im Kapitel seines Buches „Fair Division and Social Justice“, Seiten 304-319, aufgezeigt.



Antonio Márquez Prieto schließt das Buch mit zwei Beiträgen, der eine etwas umfangreichere über die relationale Gerechtigkeit und Brüderlichkeit und der andere mit einigen Schlussfolgerungen über das gesamte Buch. Die relationale Gerechtigkeit muss innerhalb des Rechtes abgewogen werden, und zwar der Art, dass sie nicht ausschließlich auf die Normen eingeschränkt wird, sondern es muss die Sozialität berücksichtigt werden.

Das Überdenken sozialer Gerechtigkeit ist etwas, was schon immer getan wurde und von Zeit zu Zeit neu gemacht wird. Für Márquez „produziert die Brüderlichkeit im Bereich der Relationalität eine wesentliche Krise“ (S. 81) und „die Brüderlichkeit ist nicht erforderlich für den Diskurs der Durchsetzbarkeit und Verlinkung, sondern schreibt der Großzügigkeit des Gebens eine große Rolle zu, die gefördert, aber nicht in obligatorisch umgewandelt werden kann“ (S. 81). Logischerweise ist die Verbindung zwischen der legalen Relationalität und Brüderlichkeit klar, so wie Antonio Marquez die Dinge sieht.

Der relationale Ansatz kann nützlich sein. Márquez wird durch Pierpaolo Donati, einem bekannten italienischen Soziologen, Lehrstuhlinhaber an der Universität von Bologna ehemaliger Präsident der italienischen Soziologievereinigung, inspiriert; diese stellte einen Kontrast zwischen den Soziologien des Handelns und dem sozialen System auf. Bei Vorschlägen der relationalen Soziologie versuchte Donati nicht den Aufbau einer neuen Soziologie, sondern einer neuen Theorie der sozialen Realität⁴.

Im Denken von Donati werden einige Thesen beobachtet, die die Schlüssel zum Verständnis dessen werden, was als relationale Soziologie bezeichnet wird. Von den sechs Thesen Donatis werden wir nur drei von ihnen betrachten. Die erste These ist, wonach der Professor von Bologna voraussetzt, dass „das soziologische Studium

⁴ Pierpaolo Donati, *Introduzione alla sociologia relazionale*, Franco Angeli, Milán, 1983, Seite 12 und 15.

eines Phänomens nicht nur den Aspekt der sozialen Beziehungen bedeutet, in denen es eingesetzt wird, sondern es in sich selbst als relationales gesellschaftliches Phänomen zu analysieren“⁵.

Lassen wir für eine Sekunde Platz für die dritte These Donatis, die darin besteht, dass „die sozialen Strukturen erklärt und verstanden werden von der Soziologie als ein Produkt von Handlungen der Individuen, die historisch festgelegt sind und sich wie Schauspieler in funktionalen Systemen bewegen und als Agenten in Systemen der gegenseitigen Abhängigkeit“⁶. Schließlich ist die sechste These Donatis die, nach der „der Entwicklungsprozess der sozialen Beziehung drei soziologische Momente hat: als „mit Sinn“, als moralische Ordnung und als operativer Moment der Beziehungen zwischen Autorität und Macht, die die Produktion und Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen bestimmt“⁷.

In jedem Fall sind alle solche theoretische Ansätze über die Brüderlichkeit und Gerechtigkeit, bei denen das Modell der relationalen Soziologie angewandt wird, zu abstrakt und können in der Praxis zu nichts führen. Wir dürfen den menschlichen Geist nicht aus den Augen verlieren; im Rahmen der aristotelischen Überlegung handelt es sich nicht nur um die Vernunft, sondern auch um den Willen und die Freiheit⁸.


I Jornadas Jóvenes & Edc

“LOS JÓVENES Y LA ECONOMÍA DE COMUNIÓN” - Del 1 al 4 de noviembre, Las Matas, Madrid -



Precio (comida y alojamiento):
90 euros

Inscripciones y más info:
jornadasjovenesedc@gmail.com
jornadasjovenesedc.wordpress.com

 Jornadas jóvenes EdC

Por un modelo humano, solidario y sostenible
Durante las Jornadas...

...Abordaremos cómo contribuir a erradicar la pobreza, descubriremos la dimensión social empresarial, el valor de los trabajadores, ...

Desmontaremos mitos y miedos sobre el emprendimiento, explicaremos cómo lograr financiación, visitaremos empresas...

Compartiremos experiencias, ilusiones, sueños...
¡No te lo puedes perder!

Cambiar la economía

¡Es posible!

Aber lassen wir uns nicht vergessen, dass die Ergebnisse, die eine uns gefährlich erscheinende Kombination darstellen und hinter der die drei Autoren des Buches nicht in ihrer ganzen Integrität stehen, nicht viel Anerkennung verdienen. Wenn man die Gemeinschaftstheologie, die viel mit der Brüderlichkeit zu tun hat, mit der

⁵ P. Donati, *Introduzione alla sociologia relazionale*, S. 206.

⁶ P. Donati, *Introduzione alla sociologia relazionale*, S. 207.

⁷ P. Donati, *Introduzione alla sociologia relazionale*, S. 208.

⁸ Dies erklärt sehr klar Félicien Rousseau, *C'est la misère qui juge le monde*, Les Presses de l'Université Laval, Québec, 2001, Seite 209-218.

Gemeinschaftswirtschaft, die noch mehr mit der Brüderlichkeit zu tun hat, und der relationalen Soziologie mischt, so wissen wir nicht, welche positiven Resultate erreicht werden können. Und wenn obendrein die Fuchsmoral und die transzendente Anthropologie von Karl Rahne angewendet wird, würden wir ohne intellektuelle Orientierung enden und nicht zwischen dem kategorischen und transzendentalen Plan unterscheiden können; außerdem würden wir ignorieren, dass die ethischen Normen eine theologische Grundlage haben müssen. Es ist sogar möglich, dass die Prinzipien der Moraltheologie sehr stark beschädigt werden, vielleicht nicht ganz so stark in der Soziallehre der Kirche, aber auf jeden Fall im kanonischen Recht, das bereits nach dem II. Vatikanischen Konzil von U-Booten der Serie U des Zweiten Weltkrieges bombardiert wurde. Diesmal werden sie benutzt von den offiziellen Weisen und den Meistern der Gemeinschaftstheologie und der Volkstheologie, sodass der *Codex Iuris Canonici* von 1983 den Inhalt des kanonischen Strafrechts verzerrt und Reformen einführen wird, die dazu kommen, dass ein sogenannter Weiser, Álvaro d'Ors, behauptet, das kanonische Recht sei mit dem neuen Kodex gestorben. Wir glauben nicht, dass die Autoren damit eine gute Mischung (ich wiederhole: Gemeinschaftstheologie, Gemeinschaftswirtschaft und relationale Soziologie) erzielt haben, weder für das *bonum commune* noch um die ungeschützten Sozialklassen zu begünstigen noch um eine humanere Gesellschaft zu schaffen. [Eingegangen am 15. Oktober 2012.]

Manuel J. Peláez
Gudrun Stenglein

Antwort von Antonio Márquez Prieto a Manuel J. Peláez und Gudrun Stenglein

1.) Eigentlich ist das Buch nicht auf die Gemeinschaftswirtschaft bezogen und es enthält auch keine theologischen Vorschläge irgendeiner Art, sondern sein Ansatz (sicherlich interdisziplinär) lehnt sich eng an philosophische, politische, soziologische und juristische Aspekte an. Insbesondere der theoretische Vorschlag einer relationalen Gerechtigkeit ruht auf dem relationalen Ansatzpunkt der Soziologie aber hinweisend auf die Gerechtigkeit als globale Kategorie (nicht nur auf die Kategorien der Verteilungs-, der kommutativen oder sozialen Gerechtigkeit), d. h. die Haltung oder die Tugend „gerecht zu sein“. Das geplante Leitmotiv ist gerade der Versuch, die Prinzipien der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit zu verbinden. Luigino Bruni ist ein Theoretiker der Gemeinschaftswirtschaft, aber ich beziehe mich nicht auf seine Arbeiten der Gemeinschaftswirtschaft, sondern auf sein Buch „*Reciprocità*“ und auf einige andere Werke über die relationalen Güter. Genau da ist das Zusammentreffen in den relationalen Gütern, die sowohl Bruni als auch Donati beschreiben (außerdem der Begründer der Theorie der relationalen Waren: Benedetto Gui). Das heißt, die Gemeinschaftswirtschaft wird nicht behandelt. Und noch weniger die Gemeinschaftstheologie noch die volkstümliche Theologie noch die Soziallehre der Kirche.

2.) Die Wahrheit ist, dass Professor Baggio, auch wenn er Carl Schmitt als Beispiel für diejenigen zitiert, die im 20. Jahrhundert den Begriff der Kategorie in der Politik theoretisiert haben, sich überhaupt nicht auf ihn bezieht, sondern er greift, ganz im Gegenteil, auf Aristoteles zurück, um den Begriff „politische Klasse“ auf seiner Vorstellung zu gründen. Dieser Autor zentriert die Kritik an der falsch verstandenen ideologisierten Brüderlichkeit in dem Maße, in der diese Auffassung auch noch heute Anhänger hat [17. Oktober 2012].

Antonio Márquez Prieto

Gustave Le Bon, *Psicología de las multitudes*, trad. española de J. M. Navarro de Palencia, revisión J. L. Monereo Pérez, edición y estudio preliminar de J. L. Monereo Pérez, Granada, Comares, 2012, LXXXIX+136 págs.

RESUMEN: Nos encontramos ante una nueva edición de la *Psicología de las multitudes* de Gustave Le Bon, precedida de un estudio preliminar del catedrático de Derecho del Trabajo y de la Seguridad Social de la Universidad de Granada José Luis Monereo Pérez titulado «La era de las masas»: el pensamiento socio-político de Gustave Le Bon». Monereo considera a Le Bon «uno de los fundadores principales de la psicología social». Refleja su influjo en diversas orientaciones ideológicas contrapuestas y examina los fundamentos y supuestos ideológicos y políticos como base de su pensamiento sociológico y político-social. La obra de Gustave Le Bon que nos ocupa está determinada por la capacidad de concreción y un estilo casi “poético”. En un escueto “prefacio” presenta y justifica su trabajo, partiendo del papel fundamental de la muchedumbre organizada en la vida de los pueblos. En la introducción, Le Bon reflexiona sobre la era de las muchedumbres y la evolución de la edad actual, presentando las grandes revoluciones como una consecuencia de la modificación de las ideas, concepciones y creencias. La significación más definida, desde el punto de vista histórico, de las masas ha sido su acción destructora sobre las civilizaciones antiguas. Sin embargo, aunque existen muchedumbres criminales, también hay otras virtuosas y heroicas. Estructura Le Bon su trabajo en tres libros que divide, a su vez, en capítulos. En el primero, se detiene en el alma de las muchedumbres, examinando, en primer lugar, sus características generales y la ley psicológica de su unidad mental. Seguidamente, profundiza en los sentimientos y en la moralidad de las muchedumbres, recogiendo cinco caracteres fundamentales de las mismas: la impulsividad, movilidad e irritabilidad; la sugestibilidad y credulidad; la exageración y el simplismo de sentimientos; la intolerancia, el autoritarismo y el conservadurismo y su moralidad. Las ideas, los razonamientos y la imaginación de las muchedumbres constituyen el núcleo argumental del siguiente capítulo, concluyendo con la consideración de que todas las convicciones de las muchedumbres revisten una indiscutible forma religiosa. En el segundo libro, Le Bon presta atención a las opiniones y creencias de las muchedumbres, analizando los factores remotos que determinan las mismas: la raza, las tradiciones, el tiempo, las instituciones y la educación. A continuación, se ocupa de los factores inmediatos de dichas opiniones: las imágenes, las palabras y las fórmulas; las ilusiones, la experiencia y la razón. Nos presenta la figura de los agitadores de muchedumbres, así como sus medios de persuasión y su particular psicología, partiendo de que todos los seres que viven en colectividad tienen una necesidad instintiva de obedecer a un jefe, que en las muchedumbres humanas sería un agitador cuya acción se basa en tres elementos, afirmación, repetición y contagio, aunque, lo que realmente permite alcanzar poder a las ideas propagadas por estos elementos es el prestigio que adquieren. Finalmente, se detiene en los límites del cambio de creencias y opiniones de las muchedumbres, distinguiendo entre las grandes creencias permanentes que duran siglos, y sobre las cuales descansa una civilización entera y que una vez arraigadas, adquieren un poder invencible y las opiniones momentáneas y variables que nacen y mueren en una época y se caracterizan por su movilidad. En el tercer y último libro, Le Bon establece la clasificación y descripción de las muchedumbres. Distingue, en primer término, las heterogéneas (anónimas o no anónimas) y las homogéneas (sectas,

castas y clases). Profundiza en muchedumbres concretas como las criminales, los jurados, las muchedumbres electorales y las asambleas parlamentarias.

PALABRAS CLAVE: Gustave Le Bon, Psicología social, Psicología de las masas, Psicología de las multitudes, Muchedumbre, Clases de muchedumbre, Jurados, Asambleas parlamentarias, Muchedumbres electorales

El catedrático de Derecho del Trabajo y de la Seguridad Social de la Universidad de Granada José Luis Monereo Pérez efectúa un amplio estudio preliminar titulado «La era de las masas»: el pensamiento socio-político de Gustave Le Bon», con el que encabeza esta nueva edición de la conocida obra que nos ocupa. Monereo analiza con detalle la figura de Le Bon (1841-1931) a caballo entre dos siglos, a quien considera «uno de los fundadores principales de la psicología social» que abordó el «fenómeno de las masas desde un enfoque positivista y fenomenológico del comportamiento de los individuos y grupos en las sociedades de masas» (p. XIV). Conecta su pensamiento con la época que le tocó vivir, marcada por la crisis («crisis de época») como base de la transformación del pensamiento. El punto de partida es la «era de las masas» como marco de referencia y el «advenimiento de las clases populares a la vida política, es decir, su transformación progresiva en clases directoras», como una de las principales características de su época de transición (p. XVII). Refleja Monereo el influjo de Le Bon en diversas orientaciones ideológicas contrapuestas y las ideas de otros pensadores del momento. Seguidamente, examina los fundamentos y supuestos ideológicos y políticos como base de su pensamiento sociológico y político-social, concluyendo con el elitismo y la democracia de masas y los dominios de la «psicología política», tras un repaso a la crítica freudiana respecto al pensamiento de Le Bon. Finaliza su estudio con una selección de las principales obras de Le Bon y sus traducciones al castellano.

Entrando ya en la obra de Gustave Le Bon, trataremos de recoger las principales ideas expuestas en la misma, sin poder obviar el estilo casi «poético» que marca toda la exposición, determinado por las frases cortas y una indiscutible capacidad de concreción. Comienza el autor con un escueto «prefacio» donde presenta y justifica, en cierto modo, su trabajo, partiendo de que la muchedumbre organizada siempre ha tenido un papel importante en la vida de los pueblos, pero nunca tanto como en el momento en que Le Bon realizó su investigación, que afirma haber llevado a cabo «mediante procedimientos exclusivamente científicos; es decir, tratando de adoptar un método, y dejando aparte las opiniones, las teorías y las doctrinas» (p. LXXIX). Aclara que algunas de sus conclusiones se contradicen, pero están presentes, como, por ejemplo, demostrar la inferioridad mental de las multitudes pero, a la vez, declarar lo peligroso que sería destruir su organización. Parte de que lo que gobierna a los hombres son las ideas, los sentimientos y las costumbres, de modo que las instituciones y las leyes son expresión de nuestra alma. Los hechos sociales son tan complejos que no se pueden abarcar en su conjunto y vemos muchas acciones de las muchedumbres como prueba de mentalidad inferior, pero, a la vez, hay hechos cuya esencia ignoramos, de modo que «en la naturaleza, los seres sometidos exclusivamente al instinto ejecutan actos cuya maravillosa complejidad nos sorprende» (p. LXXXI).

En una breve introducción, Le Bon reflexiona sobre la era de las muchedumbres y la evolución de la edad actual. Presenta las grandes revoluciones como una consecuencia de la modificación de las ideas, concepciones y creencias y los cambios de civilización serían el resultado de los cambios acontecidos en el

pensamiento de los pueblos. Hay dos factores fundamentales que constituyen la base de estas transformaciones; de un lado, la destrucción de las creencias religiosas, políticas y sociales y de otro, la creación de condiciones de existencia y de pensamiento nuevos como consecuencia de los descubrimientos de la ciencia y de la industria. Estas ideas se fundamentan en la creencia moderna en el poder de las muchedumbres que permite transformar la política tradicional de los Estados, dando paso a la era de las muchedumbres. Una de las características de esta época de transición es el advenimiento de las clases populares a la vida política. Por la asociación, las muchedumbres han llegado a formar ideas conforme a sus intereses y a tener conciencia de su fuerza, planteando reivindicaciones sociales. Las multitudes son más aptas para la acción que para el razonamiento. La significación más definida, desde el punto de vista histórico, de las masas ha sido su acción destructora sobre las civilizaciones muy antiguas y envejecidas. Sin embargo, no se puede generalizar, ya que, aunque existen muchedumbres criminales, también hay otras virtuosas y heroicas. El problema radica en que los que las han estudiado lo han hecho analizando sus delitos y sus vicios y viendo solo su poder destructor. En este punto, hay una ignorancia generalizada de la psicología de las muchedumbres, de modo que su conocimiento «es hoy el último recurso del hombre de Estado que quiere, no gobernarlas, sino al menos no ser gobernado por ellas» (p. LXXXVII).

Tras el "prefacio" y la introducción, estructura Le Bon su trabajo en tres libros que divide, a su vez, en capítulos. En el primero, se detiene en el alma de las muchedumbres, examinando en el primer capítulo sus características generales y la ley psicológica de su unidad mental. Comienza ofreciendo un concepto genérico de muchedumbre como «reunión de individuos» que, desde el punto de vista psicológico, adquiere características nuevas a la de los individuos que la componen, de forma que una aglomeración numerosa de sujetos no bastaría para formar una muchedumbre. Así, la colectividad, con un alma común, se convierte en muchedumbre organizada o muchedumbre psicológica, formando un solo ser y sometida a la «ley de la unidad mental de las muchedumbres». Esta ley se manifiesta cuando están en fase de completa organización en la que se sobreponen caracteres nuevos y especiales y tiene lugar la orientación de los sentimientos y pensamientos de la colectividad en una dirección idéntica. Los caracteres psicológicos de las muchedumbres pueden ser o no comunes con los del individuo aislado, pero hay otros absolutamente especiales. Así, cualquiera que integre una muchedumbre posee una clase de alma colectiva que le hace pensar, sentir y obrar de manera diferente a como lo haría aisladamente, desvaneciéndose la personalidad individual. Hay una serie de elementos inconscientes que forman el alma de una raza y que constituyen el lazo de semejanza de sus individuos. La muchedumbre aparece siempre dominada por lo inconsciente, desaparece la vida cerebral y predomina la medular, borrándose las cualidades intelectuales de los que la integran y estimulándose la estupidez en lugar de la inteligencia. El individuo en muchedumbre adquiere un sentimiento de poder invencible. El anonimato favorece la irresponsabilidad y el individuo sacrifica el interés personal por el colectivo por un efecto de contagio. Los sentimientos se transforman por completo, pudiendo ser mejores o peores que los individuales; el sujeto se encuentra como hipnotizado y la muchedumbre puede acceder a una conducta irracional que la lleve a actos heroicos o criminales.

En el segundo capítulo, Le Bon profundiza en los sentimientos y en la moralidad de las muchedumbres. Recoge cinco características fundamentales de las mismas. La primera sería la impulsividad, movilidad e irritabilidad. La muchedumbre obedece

a impulsos, es arrastrada por lo inconsciente y no actúa de forma premeditada. Reúne una gama de sentimientos contrarios que resultan muy difíciles de gobernar. Es incapaz de una voluntad duradera y de pensamiento y aunque todas son irritables e impulsivas, hay diferencias entre ellas, determinadas por la raza. Así, Le Bon pone como ejemplo la latina y la anglosajona, considerando la primera más femenina. La segunda característica sería la sugestibilidad y credulidad. Las muchedumbres obedecen a sugerencias y siguen las imágenes evocadas en su espíritu (muy similares para todos los individuos que la componen) como si fuesen realidades. Cualquier idea que aparece tiende a transformarse en acto. Existe una sugestibilidad contagiosa. La muchedumbre está desprovista de todo espíritu crítico. Uno contagia a los demás y no distingue entre lo sugestivo y lo objetivo. Las multitudes deforman los acontecimientos pero de igual manera para todos los individuos. Aparece una especie de alucinación colectiva. Un primer observador se sugiere por una ilusión y contagia al resto, siendo las mujeres y los niños los seres más impresionables. Por estas razones, no se puede conceder crédito a los testimonios de las muchedumbres, llegando a afirmar el autor que los libros de historia serían obras de pura imaginación y que fueron los héroes legendarios y no los reales, los que llegaron a impresionar el alma de las muchedumbres, aunque las leyendas no tengan consistencia alguna. La exageración y el simplismo de sentimientos sería la tercera característica de las muchedumbres, según Le Bon. La consecuencia es que no conozcan ni la duda ni la incertidumbre, tiendan a los extremos y la violencia de sentimientos sea mayor en colectividades heterogéneas por la ausencia de responsabilidades, ocasionando una certidumbre de impunidad. La muchedumbre solo se verá impresionada por los sentimientos excesivos, de forma que «exagerar, afirmar, repetir y no tratar nunca de demostraciones racionales» serán «los procedimientos de argumentación bien conocidos de los oradores de las reuniones populares» (p. 22). El arte de hablar a las muchedumbres requiere de aptitudes especiales. No obstante, no se puede olvidar que la exageración es solo de sentimientos y nunca de inteligencia, ya que cuando un individuo pertenece a una muchedumbre su inteligencia baja. Una cuarta característica sería la intolerancia, el autoritarismo y el conservadurismo. La muchedumbre no puede soportar la contradicción y la discusión, propias del individuo. Especialmente intolerantes son las muchedumbres latinas frente a las anglosajonas. Se muestran serviles ante una autoridad fuerte y sus instintos revolucionarios momentáneos no les impiden ser extremadamente conservadoras. Por último, caracterizaría a las muchedumbres su moralidad que puede ser superior o inferior a la de los sujetos que la integran. Rara vez se guían por el interés, que suele ser un móvil fundamental para el individuo. Esto hace que puedan ser capaces de protagonizar tanto muertes, incendios o toda clase de crímenes, como actos de desinterés, sacrificios y abnegación, muy elevados, llegando a convertirse en verdaderos héroes y dando ejemplo de moralidad.

Las ideas, los razonamientos y la imaginación de las muchedumbres constituyen el núcleo argumental del tercer capítulo. En cuanto a las ideas, habría que distinguir las accidentales o pasajeras de las fundamentales que proporcionan estabilidad. Las ideas sugeridas a las muchedumbres solo pueden ser dominantes si tienen una forma muy absoluta y muy sencilla, presentándose como imágenes para facilitar su acceso a las masas. Como estas ideas-imágenes carecen de un lazo lógico de analogía o sucesión, las muchedumbres pueden sostener de forma conjunta ideas contradictorias. Las ideas superiores deben simplificarse para llegar a la colectividad. Desde el punto de vista social, la jerarquía de las ideas no importa, sino

los efectos que producen. Hace falta mucho tiempo para que las ideas penetren en lo inconsciente y se conviertan en un sentimiento, al igual que una vez implantadas en el alma de las muchedumbres es muy difícil erradicarlas. El papel social de las ideas será, por tanto, independiente de la parte de verdad que puedan contener. Por lo que respecta a los razonamientos, es difícil que puedan influir en las muchedumbres. Tanto los inferiores como los superiores están basados en asociaciones y los de las muchedumbres son siempre de orden muy inferior que solo tienen entre sí aparentes lazos de analogía o sucesión. Una cadena de razonamientos lógicos sería incomprensible para las multitudes, sobre todo porque son seducidas por imágenes. Los juicios impuestos y no los discutidos, serán los más aceptados por las muchedumbres. Por su parte, la imaginación de las muchedumbres es representativa y muy poderosa, revistiendo extrema intensidad. Al no ser capaces de reflexión ni de razonamiento tampoco tienen la noción de lo inverosímil, y lo maravilloso y legendario de los acontecimientos, sustento verdadero de toda civilización, es lo que realmente les impresiona. A veces, los sentimientos sugeridos por las imágenes son tan fuertes que pueden convertirse en actos. De hecho, el poder de los conquistadores y la fuerza de los Estados se basan en la imaginación popular. El que sepa impresionar la imaginación de las muchedumbres, sabe también gobernarlas y para ello hay que saber presentar los hechos.

Concluye Le Bon el primer libro con un capítulo dedicado a examinar las formas religiosas que revisten todas las convicciones de las muchedumbres. Las características de las muchedumbres determinan la naturaleza de sus convicciones que van a tener una forma especial que Le Bon denomina sentimiento religioso. Éste se basa en la «adoración a un ser superior, temor al poder mágico que se le supone, sumisión ciega a sus mandatos, imposibilidad de discutir sus dogmas, deseo de generalizarlos y tendencia a considerar como enemigos a todos aquellos que no los admitan» (pp. 37-38). Este sentimiento no tiene porqué ir unido a la adoración de una divinidad, sino que también está presente cuando se destinan «todos los recursos de la imaginación, todas las sumisiones de la voluntad, todos los ardores del fanatismo al servicio de una causa o de un ser que se convierte en límite y en guía de los pensamientos y de las acciones» (p. 38). La intolerancia y el fanatismo siempre van a estar presentes en el sentimiento religioso. Las convicciones de las muchedumbres tendrían todas las características del sentimiento religioso y por ello, afirma Le Bon, que todas sus creencias tienen forma religiosa. El héroe que aclama la muchedumbre se convierte en un dios. La adoración y la obediencia son las vías para alcanzar la dicha y el sentimiento jamás ha sido vencido en su lucha eterna contra la razón. Cuando se ha intentado establecer una nueva creencia religiosa sobre las muchedumbres se han originado violentas revoluciones.

En el segundo libro, Le Bon presta atención a las opiniones y creencias de las muchedumbres, comenzando por analizar los factores remotos que determinan las mismas. El punto de partida es la forma en que nacen y se establecen dichas opiniones y creencias. El nacimiento de las creencias es consecuencia de una elaboración anterior. Aparecen determinadas por factores lejanos y por factores inmediatos. Los primeros son los que permiten la adopción de convicciones, mientras que los inmediatos serían los que hacen tomar forma a la idea y la desarrollan con todas sus consecuencias. Entre los factores lejanos habría que destacar los generales que están en el fondo de todas las creencias y opiniones de las muchedumbres: la raza, las tradiciones, el tiempo, las instituciones y la educación. La raza tendría mayor importancia que todos los demás y sintetiza las sugerencias de los antepasados. Esto explica que las muchedumbres de cada país

tengan creencias y conductas muy distintas y que no puedan ser influidas de la misma manera. Las tradiciones representan ideas, necesidades y sentimientos del pasado. Serían la síntesis de la raza. Un pueblo es un organismo creado por el pasado y solo puede modificarse a través de lentas acumulaciones hereditarias. Lo que inspira a los hombres son las tradiciones y sin ellas no es posible ni el alma nacional ni la civilización. Las grandes ocupaciones del hombre han sido crear una red de tradiciones y luego destruirlas. En esta relación se basa el progreso y la dificultad radica en conseguir el equilibrio exacto entre la estabilidad y la variabilidad. El ideal de un pueblo es conservar las instituciones del pasado y transformarlas poco a poco. Las muchedumbres son conservadoras de las ideas tradicionales. Por otra parte, tanto en los problemas sociales como en los biológicos el tiempo es uno de los factores más importantes. Es el verdadero creador y destructor. Por el tiempo, las creencias adquieren su potencia o la pierden. Es el verdadero maestro que se encarga de restablecer el equilibrio y gracias a él puede el orden salir del caos. En cuanto a las instituciones políticas y sociales hay una idea errónea de su significación. Su influencia es débil y es falso que el progreso de los pueblos sea consecuencia del perfeccionamiento de las instituciones. Éstas no se eligen por capricho, sino que se derivan del carácter del pueblo y no está en su mano cambiarlas. Puede haber cambio de nombre en las instituciones, pero el fondo no se modifica. Carecen de valor intrínseco, no son buenas ni malas por sí mismas. Es inútil perder el tiempo estableciendo constituciones, ya que la necesidad se encarga de elaborarlas, tal y como ha sucedido con el pueblo anglosajón. Las instituciones y las leyes son expresión de las necesidades de la raza de un pueblo y, por este motivo, no pueden ser violentamente transformadas. Algunos pueblos necesitan ciertas instituciones, como la centralización que teóricamente son malas. Por último, advierte el autor del error de las ideas actuales sobre la influencia de la instrucción en las muchedumbres. La educación no modifica las acciones de los individuos. Los estadísticos han confirmado este extremo afirmando que la criminalidad aumenta con la generalización de la instrucción. Si se lleva mal, es más contraproducente que benéfica. La educación actual transforma en enemigos de la sociedad a todos los que la han recibido. La escuela prepara a los hombres para las funciones públicas, donde se podría triunfar sin objetivo y sin iniciativa, y no para la vida en general. Los conocimientos que no permiten conseguir un empleo hacen del hombre un perturbador y un rebelde. Lo que se le enseña a la juventud de un país permite saber lo que ese país llegará a ser con el tiempo.

Le Bon se ocupa de los factores inmediatos de las opiniones de las muchedumbres, en un segundo capítulo, comenzando con las imágenes, las palabras y las fórmulas. El poder de las palabras está enlazado con el de las imágenes que evocan, y es completamente independiente de su significación real. Estas imágenes varían con la raza y con la edad histórica. Las palabras sintetizan las aspiraciones inconscientes más diversas y la esperanza de su realización. Sin embargo, no todas las palabras poseen el poder de evocar imágenes. Además pueden tener significaciones contingentes y transitorias que cambian de edad en edad y de pueblo en pueblo. El arte de los gobernantes, como el de los abogados, consiste en saber manejar las palabras y una de las grandezas de ese arte es que, en una misma sociedad, las mismas palabras tienen, por lo común, sentido muy diferente para las diversas clases sociales y, precisamente, las palabras más usadas por las muchedumbres serían las que poseen sentido más diferente de uno a otro pueblo. Resulta de utilidad política bautizar con nombres nuevos conceptos antiguos, cuando las palabras con que se les designa producen en las

muchedumbres una impresión desagradable. Con base en estas ideas se analiza el sentido diferente de la palabra democracia en América y en Europa. Un segundo factor determinante de las opiniones de las masas serían las ilusiones, que antiguamente eran religiosas y hoy son filosóficas y sociales. Gracias a las ilusiones que, Le Bon califica de «vanas sombras», pero «hijas de nuestros sueños», los pueblos han creado todo lo que constituye el esplendor de las artes y la grandeza de las civilizaciones. Los filósofos de los últimos siglos se han dedicado con fervor a destruir las ilusiones religiosas, políticas y sociales, de las que nuestros padres vivieron durante mucho tiempo y con ello «han secado las fuentes de la esperanza y la resignación» (p. 67). A pesar de sus progresos, la filosofía no ha podido aún ofrecer a las muchedumbres ningún ideal sólido. Hay una necesidad social de las ilusiones y las muchedumbres las prefieren a la verdad. El que ha sabido ilusionarlas se ha convertido en su dueño, mientras que el que intenta desilusionarlas es siempre su víctima. Importante elemento es también la experiencia. Según Le Bon, normalmente las experiencias de una generación resultan inútiles para la siguiente. Solo la experiencia puede establecer en el alma de las multitudes verdades que llegan a ser necesarias y destruir ilusiones que pueden ser peligrosas. La experiencia solo actúa con la condición de ser frecuentemente repetida y realizada a gran escala. Respecto a la razón, el autor presenta el valor negativo de su influencia. Las muchedumbres no son influenciadas por razonamientos y solo comprenden las groseras asociaciones de ideas. Las leyes de la lógica no tienen ningún valor para ellas. Así, para convencer a las masas, «es necesario darse cuenta de los sentimientos de que están animadas, fingir compartirlas para intentar después modificarlos provocando por medio de asociaciones rudimentarias ciertas imágenes sugestivas o saber subvenir a sus necesidades adivinando a cada instante los sentimientos que en ellas se producen» (p. 69). En consecuencia, nunca es la razón la que guía a las multitudes.

Sigue avanzando Le Bon en su exposición explicando, en un tercer capítulo, los llamados agitadores de muchedumbres y sus medios de persuasión. El punto inicial es que todos los seres que viven en colectividad tienen una necesidad instintiva de obedecer a un jefe, que en las muchedumbres humanas sería un agitador. La muchedumbre es un rebaño servil que no podría existir sin dueño. En cuanto a la psicología del instigador, plantea Le Bon que ha sido, casi siempre, un agitado, alguien que previamente ha sido hipnotizado por una idea de la cual se ha convertido inmediatamente en apóstol. Por lo común, no se trata de hombres de pensamiento, sino de acción. El desprecio y las persecuciones no les importan y solo consiguen excitarlos más, sacrificando el interés personal y familiar, y su única recompensa es llegar a convertirse en mártires. Serían los únicos capaces de crear la fe en las muchedumbres y proporcionarles una organización. La multitud está siempre dispuesta a escuchar a la persona, que dotada de fuerte voluntad, sabe imponerse, ya que los hombres reunidos en muchedumbre pierden toda voluntad y, por tanto, se inclinan por instinto hacia quien está provisto de ella. La autoridad de los agitadores es muy despótica y, en realidad, solo se impone a causa de este despotismo. Los instigadores tienden a reemplazar cada vez más a los poderes públicos. Considera Le Bon que esto es posible, porque en el alma de las muchedumbres, lo que siempre domina no es la necesidad de libertad sino la de servidumbre, de modo que experimentan tal ansia de obediencia que instintivamente se someten a quien se impone. Entre los directores cabe establecer una división cerrada. Unos serían hombres enérgicos de voluntad firme pero momentánea y de carácter violento, y otros, más escasos en número que los anteriores, poseerían a la

vez voluntad firme y estable y, aunque en apariencia sean menos brillantes; y ejercen un influjo mucho mayor. No importa que sean inteligentes o torpes porque el mundo es de ellos ya que la constancia de voluntad que poseen es una virtud rara, pero infinitamente poderosa. Los medios de acción de los instigadores se basan en tres elementos, afirmación, repetición y contagio. Cuando se trata de arrastrar en un momento determinado a una muchedumbre e impulsarla a realizar un acto cualquiera hay que actuar sobre ella con sugerencias rápidas, entre las cuales la más enérgica, es el ejemplo. Pero cuando hay que infundir en su espíritu ideas y creencias se requieren los tres elementos referidos. La afirmación tendrá mayor autoridad cuanto más concisa sea y más desprovista esté de toda apariencia de prueba y de demostración. No obstante, carece de influjo real, si no se repite constantemente. Cuando una afirmación se ha repetido suficientemente y hay unanimidad en la repetición se forma lo que se llama una corriente de opinión, dando lugar a que surja el poderoso mecanismo del contagio. Éste no requiere la presencia simultánea de individuos en un solo punto. La imitación a la cual se atribuye tanto influjo en los fenómenos sociales, no es más que un simple efecto del contagio y éste es tan poderoso que no solo impone opiniones, sino también sentimientos. Es el contagio y no el razonamiento el que permite que se propaguen las opiniones y las creencias de las muchedumbres. Una opinión que adquiere popularidad, aunque sea absurda, acaba por imponerse a las clases sociales más elevadas y cualquier opinión popular se convierte rápidamente en general. En cualquier caso, lo que realmente permite alcanzar poder a las ideas propagadas por la afirmación la repetición y el contagio, es el prestigio que adquieren. Esta cualidad es difícil de definir. Puede llevar consigo varios sentimientos, como el temor y la admiración, pero también puede existir sin ellos. Sería «una especie de dominio ejercido sobre nuestro espíritu, por un individuo una obra o una idea; dominio que suspende nuestras facultades de crítica inundando nuestra alma de sorpresa y respeto» (p. 81). Distingue Le Bon dos tipos de prestigio, el personal y el adquirido; el primero, es algo individual que puede coexistir con la reputación, la gloria, la fortuna o estar reforzado por ella, pero que puede perfectamente presentarse sin éstas. Es una facultad independiente del título y de la autoridad, que posee un reducido número de personas que les permite ejercitar una fascinación verdaderamente magnética sobre los que le rodean. Los grandes conductores de muchedumbres poseían este tipo de prestigio. Por su parte, el adquirido, está mucho más extendido. Lo da el hombre, la fortuna, la reputación y puede ser independiente del anterior. Por otro lado, se podría distinguir el prestigio que ejercen las personas del que ejercen las opiniones o las obras literarias o artísticas. Entre todos los factores que se podrían encontrar en el origen del prestigio, el más importante sería el éxito, hasta el punto de que el prestigio, arrebatado por el fracaso, al igual que el prestigio, se pierde.

Finaliza el segundo libro con un cuarto capítulo, bastante escueto pese al contenido anunciado, relativo a los límites del cambio de creencias y opiniones de las muchedumbres. Por una parte, habría una serie de creencias fijas, generales e invariables que se presentan como guías de una civilización y son difíciles de desarraigar. Se trata de las grandes creencias permanentes que duran siglos, y sobre las cuales descansa una civilización entera y que imprimen orientación a las ideas y son las únicas que pueden inspirar fe y crear deberes. Para establecer una creencia general hay que vencer grandes dificultades, pero una vez arraigadas, adquieren un poder invencible durante mucho tiempo, imponiéndose a los hombres de gran talento, con independencia de su falsedad. En el lado opuesto, estarían las opiniones momentáneas y variables derivadas frecuentemente de los conceptos

generales que nacen y mueren en una época. Se caracterizan por su movilidad. Resulta fácil inculcar una opinión pasajera en las muchedumbres, pero muy difícil una creencia duradera, y sería difícilísimo destruir esta última una vez inculcada, requiriéndose incluso una revolución violenta y, aun así, siempre hay algo que perdura. Las opiniones variables nunca exceden de una generación. Afirma Le Bon que, en su época, había una mayor la cantidad de opiniones inestables por tres razones; primero, porque cada día pierden fuerza las antiguas creencias y al irse borrando dejan margen a una multitud de opiniones particulares sin tradiciones y sin porvenir; segundo, porque siendo cada vez mayor el poder de las muchedumbres, y careciendo éstas de contrapesos, se manifiesta con mayor libertad la extremada movilidad de ideas y tercero, por el papel de la prensa que propaga las más opuestas opiniones que van muriendo antes de extenderse lo bastante para que adquieran carácter de generalidad. En el pasado, la acción de los gobiernos, el influjo de algunos escritores y de unos pocos periódicos eran los verdaderos reguladores de la opinión. Hoy han perdido su influencia por completo los escritores y los periódicos no son más que un eco de la opinión. La prensa es la que dirige la opinión y ha tenido que ceder, al igual que los gobiernos, ante el poder de las muchedumbres. Actualmente, la preocupación más grande de la prensa y de los gobiernos, es seguir la opinión.

El último de los libros en los que Le Bon estructura su trabajo lleva por título «Clasificación y descripción de las diferentes clases de muchedumbres». Se divide en cinco capítulos más breves que los anteriores. En el primero presenta las distintas clases de muchedumbres. Así, habla de las heterogéneas que se componen de individuos con independencia de su profesión o grado de inteligencia, donde juega un papel fundamental la raza, hasta el punto de que el espíritu de la muchedumbre es más débil cuanto más fuerte sea aquélla. Al margen de la raza, las muchedumbres heterogéneas pueden ser anónimas (multitudes callejeras) o no anónimas (jurados, asambleas parlamentarias, etc.), radicando la principal diferencia en el espíritu de responsabilidad. De otro lado se sitúan las muchedumbres homogéneas que, a su vez, pueden ser sectas (políticas, religiosas, etc.) formadas por individuos de educación, medios y profesión a veces muy diferentes, cuyo único lazo son las creencias; castas (militar, sacerdotal, obrera, etc.) que representarían el más alto grado de organización de que es susceptible la muchedumbre y solo comprende sujetos de una misma profesión y, en consecuencia, de educación y género casi idénticos y, por último, clases (burguesa, labradora, etc.) integradas por personas de orígenes diversos, reunidas por intereses, hábitos de vida y de educación muy parecidos.

En el segundo capítulo, Gustave Le Bon analiza las muchedumbres criminales, descubriendo en ellas las mismas características que en cualquier multitud: sugestionabilidad, credulidad, movilidad, exageración de los sentimientos (buenos o malos), manifestación de ciertas formas de moralidad, etc. Ahora bien, una muchedumbre puede ser criminal legalmente, pero no serlo psicológicamente. Recoge Le Bon distintos ejemplos, entre los que destaca el de los *septembristas*, cuya psicología examina a partir de su razonamiento, su sensibilidad, su ferocidad y su moralidad.

Un capítulo independiente se dedica a los jurados en los Tribunales de lo Criminal, desde la perspectiva de que el jurado supone un excelente ejemplo de multitud heterogénea no anónima. Afirma el autor que cuando una asamblea deliberante es requerida para dar su opinión acerca de una cuestión que no sea absolutamente técnica, la inteligencia no juega ningún papel, hasta el punto de que

una reunión de sabios o de artistas, no tiene, sobre materias generales, juicios diferentes a los de una asamblea de albañiles o tenderos. La estadística demuestra que sus decisiones son independientes de su composición. Como cualquier multitud, el jurado se impresiona mucho por los sentimientos y muy poco por los razonamientos y es sensible al prestigio. Un buen abogado debe procurar excitar el sentimiento del jurado y modificar su discurso según el efecto que ocasione. El orador no tiene necesidad de convencer a todos los miembros de un jurado, sino solamente a los directores que han de dar la pauta a la opinión general, ya que, como en todas las muchedumbres, hay individuos que arrastran a los demás. El jurado tal vez sea la única clase de multitud irremplazable por un individuo y el único que puede moderar la dureza de la ley.

Las muchedumbres electorales o colectividades llamadas a elegir a los titulares de ciertas funciones son el objeto de estudio del cuarto capítulo. Estamos ante muchedumbres heterogéneas, caracterizadas por la pobreza de aptitudes para razonar, la falta de espíritu crítico, la irritabilidad, la credulidad y la inocencia. También se descubre en sus resoluciones el influjo de los “mangoneadores” y la función de los factores antes referidos como la afirmación, la repetición, el prestigio y el contagio. Para seducir a esta multitud, la primera condición que debe reunir el candidato es el prestigio, pero además hay que abrumarla con lisonjas extravagantes y promesas fantásticas. Se puede comprobar, constantemente, que el elector nunca se preocupa de saber hasta qué punto ha cumplido el elegido el programa aclamado y por el que se supone que tuvo lugar la elección. Un papel fundamental lo desempeña el influjo de las palabras y de las fórmulas y el orador que conoce su uso lleva donde quiere a la multitud. Los hombres reunidos en muchedumbre tienden a la igualdad mental, por lo tanto el grado de libertad de que puede gozar una colectividad es menor. Las multitudes tienen opiniones impuestas nunca razonadas. Las opiniones y los votos de los electores están en las manos de los comités electorales y no es difícil influir sobre ellos, con tal de que el candidato sea algo aceptable y posea recursos suficientes. No obstante, lo anterior no lleva a Le Bon a deducir ningún argumento en contra del sufragio universal, a pesar de sus inconvenientes y de su escaso valor psicológico, pero las objeciones pierden su fuerza al recordar el poder invencible de las ideas transformadas en dogmas y el dogma del sufragio universal tendría hoy el poder que en otro tiempo tuvo el dogma cristiano. En cualquier caso, concluye el autor que, con independencia de que sea universal o restringido y de donde se otorgue, el sufragio de las muchedumbres es igual en todas partes, y pone de manifiesto las necesidades y aspiraciones inconscientes de la raza hasta el punto de que el tipo medio de los elegidos en cada país representa el alma de dicha raza, siendo casi idéntico de una generación a otra.

Finaliza el trabajo de Le Bon con un último capítulo centrado en las asambleas parlamentarias. Se trata de multitudes heterogéneas no anónimas que representan el ideal de todos los pueblos civilizados modernos. La simplicidad de las opiniones es una de sus principales características. En todos los partidos, sobre todo en los pueblos latinos, se encuentra una tendencia invariable a resolver los más complicados problemas sociales por los principios abstractos más simples y por leyes generales aplicables a todos los casos. El ejemplo más perfecto de la simplicidad de las asambleas estaría representado por los jacobinos de la Revolución francesa. Por otra parte, las multitudes parlamentarias son muy sugestionables. La sugestión emana de los «mangoneadores poseedores del prestigio», pero tiene límites muy precisos que es importante señalar. Así, habría determinadas cuestiones sobre las que los miembros de una asamblea tienen

opiniones fijas e irreductibles que ninguna argumentación puede quebrantar. Por otro lado, cada partido tiene sus caudillos que, a veces, ejercen un gran influjo y esto hace que el diputado se encuentre entre sugerencias contrarias y vacile. Estos caudillos, llamados jefes de los grupos, son los verdaderos soberanos de la asamblea y su prestigio es suficiente para ejercer un poder absoluto. Además de utilizar los tradicionales medios de persuasión, necesitan penetrar en la psicología de las muchedumbres y hablarles en su lenguaje, así como conocer el influjo fascinador de las palabras, de las fórmulas y de las imágenes. La inteligencia suele perjudicarles y, en la historia, los oradores más torpes son los que han ejercido una mayor influencia. El éxito de un discurso parlamentario depende casi únicamente del prestigio del orador, nunca de las razones que alega. Se trata de excitar a la asamblea para convertirla en un rebaño inestable obediente a todos los impulsos. Sin embargo, solo son multitudes en ciertos momentos, ya que los individuos que las componen consiguen guardar su individualidad en gran número de casos y, precisamente por ello, la asamblea puede elaborar leyes técnicas excelentes. En realidad, estas leyes son obra de un hombre concreto que las crea en el silencio de un gabinete. A pesar de las dificultades de funcionamiento, la asamblea parlamentaria es el mejor medio que ha encontrado un pueblo para gobernarse y escapar de las tiranías personales. Sus principales perjuicios serían el despilfarro de fondos públicos y la restricción progresiva de las libertades individuales. La creación de una serie innumerable de medidas legislativas conduce, de forma inevitable, a aumentar el número, el poder y la influencia de los funcionarios encargados de aplicarlas. Éstos llegan a ser los verdaderos dueños de los países civilizados, siendo su poder mayor en tanto que la única casta que escapa a los cambios de gobierno es la administrativa que es la que posee la irresponsabilidad, la impersonalidad y la perpetuidad. Concluye Le Bon mostrando la evolución general de las civilizaciones con la intención de arrojar alguna luz a las causas del poder de las multitudes, precisando con el estilo literario que ha caracterizado toda su obra que «pasar de la barbarie a la civilización, persiguiendo un sueño, después declinar y morir cuando el sueño ha perdido su consistencia; tal es el ciclo de vida de un pueblo» (p. 136). [Recibida el 30 de noviembre de 2012].

Patricia Zambrana Moral

Lorenzo Scillitani, *Antropología filosófica del Derecho e della Política*, Rubbettino Editore, Bari, 2011, 318 págs.

RESUMEN: La antropología jurídica tiene una naturaleza multidisciplinar, abarcando tanto la dogmática jurídica como la ciencia del Derecho. Para un estudio adecuado del Derecho de familia es necesario el análisis de ámbitos tan diversos como la antropología de la familia, la sociología de la familia, la psicología de la familia o una filosofía de la familia. Scillitani hace referencia también a la *φρόνησις*, que en la actualidad podríamos identificar como sabiduría práctica o, al menos, como sabiduría de juicio. Esta *φρόνησις* está formada por reglas (de juicio) verdaderas. También se refiere a la reciprocidad sin obligaciones y las obligaciones sin reciprocidad. A juicio de Karl Jaspers, el amor es el fundamento de todas y cada una de las distintas relaciones fiduciarias. Pero habría que resaltar que la confianza no es recíproca, sino que procede de la unilateral desinteresada del amor, que por definición es libre. Por ello, concluye Lorenzo Scillitani, la obligación sin reciprocidad

se calificaría como un deber de amor. Scillitani denomina a la antropología jurídica hija de la Historia del Derecho. Pero la antropología jurídica moderna sería impensable sin Montesquieu, Mauss o Claude Lévi-Strauss. En otro ámbito, también se refiere a los derechos y los deberes del hombre y de la mujer que, a partir de 1948, adquieren un carácter universal, acentuado por el proceso de globalización. Pero uno de los momentos más trascendentales ha sido la emancipación de la mujer, y su equiparación al hombre. Plantea asimismo la cuestión de la licitud o ilicitud de fabricar embriones humanos para la investigación (Bioética). La relación entre el Derecho y el lenguaje no es baladí. Considera que el lenguaje procesal representa no sólo un nivel lingüístico simbólico, sino también metasimbólico. Pero para ser calificado como jurídico, debe poseer determinadas características. Una cuestión distinta es el diálogo (*διάλογοι*) en el lenguaje, que permitiría la resolución de los problemas actuales. El lenguaje del diálogo se presenta como el primer lenguaje de la verdad, en la medida en que la verdad comienza con la dualidad. Otro aspecto que estudia es la Convención internacional sobre los derechos de la infancia de 1989 y la protección jurídica del niño. Destaca Scillitani el pensamiento de Lévi-Strauss que identifica en el pensamiento infantil una especie de sustrato universal. Cuestión distinta a la que también se refiere es la del incesto, que plantea desde un punto de vista antropológico-jurídico y antropológico-político. Para Pascal, sólo el Derecho establecido (en virtud de la fuerza) y no un Derecho verdadero, es el único capaz de darnos a conocer la verdad y la justicia. Sin embargo, Leopardi consideraba que la idea del infinito correspondería a una idealidad nihilista, no muy alejada del concepto adoptado por Pascal, y que supondría una sustracción de las competencias a la individualidad: el infinito, de hecho, no admite individualidad. Leopardi asimila definitivamente el infinito a la nada. Aunque Leopardi niega la existencia del infinito, no censura la infinidad del deseo. Pero también estudia el pensamiento de Kant y Hegel en su concepto de infinito y sobre el deber ser. Kant consideraba al infinito como absolutamente grande, y veía al infinito como totalidad. La noción kantiana del infinito se presentaba como un ideal de la razón. Existe un enfrentamiento dialéctico entre Emmanuel Lévinas y Karl Jaspers sobre la problemática de los Derechos del hombre. El individualismo ético de Lévinas prevalece sobre el universalismo de los Derechos del hombre, procedente de la ontología del sujeto. Por el contrario, Jaspers entiende que los Derechos del hombre sólo serían viables en los Estados liberales de Derecho. Lévi-Strauss analiza algunas temáticas fundamentales de nuestro tiempo como los problemas bioéticos y jurídicos. Este autor defiende una especie de núcleo racional, basado en la razón profunda de la autoafirmación de la identidad, centrada de manera fundamental en el deseo y presente en toda cultura. A modo de colofón, Scillitani termina con una reflexión sobre el pensamiento filosófico-jurídico de Sergio Cotta, conocido filósofo del Derecho italiano, profundamente conservador.

PALABRAS CLAVE: Antropología, Filosofía del Derecho, Política, Blaise Pascal, Karl Jaspers, Emmanuel Lévinas, Sergio Cotta.

La antropología jurídica se caracteriza por el carácter multidisciplinar, pero al mismo tiempo por la especificidad de que aparece adornada. De hecho, abarca campos tan amplios que comprenden desde la dogmática jurídica a la ciencia del Derecho en sentido amplio, con sus múltiples variantes doctrinales. Lorenzo Scillitani considera un ejemplo paradigmático el Derecho de familia, que no podría ser adecuadamente estudiado si no se parte de una antropología de la familia, de una

historia de la familia, de una sociología de la familia, de una psicología (individual y colectiva) de la familia, así como de una filosofía de la familia. La regulación jurídica de las relaciones sociales reflejaría una estructuración económica de la misma.

El Derecho es, probablemente, mucho más que el Derecho histórico, positivo y natural. En opinión de Heidegger, en la acción verbal del decir/mostrar el Derecho se expresa toda una ontología, hasta el punto de que se podría elaborar una hipótesis sobre el origen del Derecho y del jurista (en origen, era un juez-sacerdote). Scillitani también se refiere a la *φρόνησις*, término que los Latinos tradujeron como *prudentia*, y que en la actualidad podríamos identificar como "sabiduría práctica" o, al menos, como "sabiduría de juicio" (pp. 44-73). El conocimiento de la virtud o del Bien en sentido socrático-platónico consideraba la *φρόνησις* más inclinada a los orígenes mismos de la filosofía y relacionada con la *ἀλήθεια*. La jurisprudencia no es una técnica sino el ámbito de aplicación, no es una *ποίησις*, sino la praxis. Por otro lado, la *φρόνησις* es una disposición práctica acompañada de reglas (de juicio) verdaderas. La prudencia se presenta como una forma de saber teórico-práctico-existencial. El núcleo filosófico de la jurisprudencia de los romanos, como en la Edad Media y de los modernos, no ha sido estudiado con profundidad, ya que se le ha prestado escasa atención (p. 71).

La reciprocidad sin obligaciones y las obligaciones sin reciprocidad es otra cuestión que ha analizado Scillitani, con la única pretensión de explicar cómo se puede pasar de la donación a la confianza, y en último término al amor. Una relación contractual se establece en virtud de una relación de reciprocidad de derechos y obligaciones, y se crea una relación fiduciaria, en la que existen dos sujetos como parte, estableciéndose una relación de reciprocidad. Según Karl Jaspers, el amor es el fundamento de las relaciones fiduciarias (p. 90). De esta forma, se elaboraría la hipótesis de una humanidad sin fronteras, y de un amor que generaría confianza. Pero la confianza no es recíproca, sino que procede de la unilateral desinteresada del amor, que por definición es libre. La gratuidad absoluta del amor es también un índice inequívoco de la libertad con la cual se dona. Lorenzo Scillitani considera que la obligación sin reciprocidad se calificaría como un deber de amor, puesto que es la única cosa que se debe hacer: amar. En efecto, confianza y amor están bien relacionados, ya que en ambos se contempla la posible reciprocidad, sin que queden reducidos a ella.

A partir de la Segunda Guerra Mundial, los católicos italianos han influido en la creación de instituciones políticas, inspiradas en los principios de la democracia liberal clásica, y bajo la insignia de la Democracia cristiana. De hecho, los dirigentes políticos italianos se consideran como la primera potencia económica del mundo a partir de los años setenta del pasado siglo en implantar una política liberal. Por otro lado, la Constitución italiana de 1948 es un texto poco liberal en materia religiosa.

Scillitani califica a la antropología jurídica como "hija" de la Historia del Derecho (p. 113), si bien se refiere a la "crisis de identidad" de la antropología como disciplina. La antropología jurídica moderna sería impensable sin el barón de Montesquieu, pero también sin Mauss, puesto que fue con este último cuando se configuró la identidad propia de la antropología jurídica. Por otro lado, Claude Lévi-Strauss llevó a cabo una revisión crítica de algunos de los presupuestos de Mauss, lo que le permitió establecer algunas premisas de la antropología jurídica histórico-cultural. Ésta se fundamenta en la posibilidad de que el hombre asuma la connotación esencial de su identidad, aunque no acepte el Derecho (de manera fundamental: el Derecho de familia).

A partir de 1948, los derechos y los deberes del hombre y de la mujer se caracterizan por su universalismo, acentuado por el proceso de globalización. Un momento fundamental fue la ratificación del Pacto internacional de los Derechos económicos, sociales y culturales de 1966, dictado en plena descolonización. Pero el momento más importante fue con la emancipación de la mujer, y con la equiparación de la mujer al hombre. Esta revolución cultural de los derechos del hombre podría dar lugar a la revolución intercultural de los derechos, y de los deberes, tanto del hombre como de la mujer.

Otra cuestión que se plantea es si es lícito o ilícito fabricar embriones humanos para la investigación. Esta cuestión fue muy debatida en Francia a principios de los años 90. En el centro de toda esta problemática de la bioética se coloca el embrión humano, reducido a material de laboratorio, de un lado y, de otro, valorado como ser que se desea y que depende de la buena voluntad de los adultos.

En otro orden de cosas, Scillitani se refiere a la relación entre el Derecho y el lenguaje. En efecto, el lenguaje jurídico se encuentra con las dificultades propias del lenguaje ordinario que en ocasiones no encuentra un significado adecuado. La normatividad del lenguaje denota, por otro lado, una intrínseca dimensión jurídica. En una teoría del lenguaje jurídico es necesario determinar las condiciones en las cuales se produce el fenómeno jurídico como fenómeno lingüístico (p. 154). De esta forma, el lenguaje procesal representa no sólo un nivel lingüístico "simbólico" sino también "metasimbólico", en cuanto que está cargado de implicaciones semánticas con un carácter simbólico. El lenguaje hablado, como el escrito, sería imposible sin un juicio de valor acompañado de juicios de hechos, ya que el hecho, debidamente interpretado, determina la obligatoriedad de una acción, de un comportamiento o de una decisión. Pero, para ser calificado como jurídico, dicho lenguaje deberá poseer determinadas características (p. 158). La moderna lingüística, y parte de la moderna filosofía del lenguaje, no ignora el metatexto del lenguaje oral y escrito en la comunicación intersubjetiva. Además, el proceso no se puede reducir a un puro simbolismo "procesal".

Otra cuestión relacionada con el lenguaje es el diálogo (*διάνοια*), como clave para la resolución de los problemas actuales de un mundo globalizado, en el cual se presenta como urgente la conciencia de una problemática del diálogo (p. 172). En la actualidad, asistimos a una renovada tensión conflictual de relaciones entre las varias identidades étnico-lingüísticas, culturales y religiosas. El lenguaje del diálogo se revela como el primer lenguaje de la verdad, en la medida en que la verdad comienza con la dualidad. Gadamer sugirió que el lenguaje como *λόγος* se da sólo en el diálogo. Formar parte del diálogo implica admitir la oposición del contrario, el otro idéntico a mí. Además, los presupuestos del diálogo son la verdad, la libertad y la simpatía (p. 184). En otro ámbito, la ley del diálogo permite gobernar la sociedad de forma democrática, pero sin utilizar un régimen distinto a la democracia parlamentaria, figura histórico-política elaborada en el interior de la tradición del liberalismo constitucional.

La identidad del niño también encuentra su regulación en el Derecho, siéndole aplicable la Convención internacional sobre los derechos de la infancia de 1989, que asimila el niño al infante y al menor (p. 193). Esta identificación hace pensar que el Derecho considera al niño como objeto de protección y tutela preferente y de pleno derecho. Lévi-Strauss identifica en el pensamiento infantil una especie de sustrato universal, si bien el esquema mental del adulto también es elaborado a partir de un fondo universal, que coincide con el nivel originario que se le atribuye al pensamiento infantil. La sociedad del niño se caracteriza por ser una sociedad *sui*

juris, dotada de un ordenamiento basado sobre las reglas de la justicia: de una justicia retributiva que en los niños de 1 a 5 años tiende a basarse en la sanción, bajo el régimen moral –cuasi jurídico– de la autoridad, para ir gradualmente asumiendo, entre 6 y 10 años, incluso el carácter de una justicia distributiva, que informa la moral jurídica de la cooperación (p. 205).

La temática del incesto, cuestión de naturaleza antropológico-jurídica y al mismo tiempo antropológico-política, plantea diversas cuestiones. El incesto es una unión, directa o indirectamente prohibida por la ley y las normas consuetudinarias, entre personas consanguíneas o emparentadas en un grado cuya extensión varía según la sociedad y la época. Pero esta cuestión también ha sido planteada en sede filosófica.

Otras cuestiones como la idea de infinito de Blaise Pascal y la filosofía del Derecho y de la política de Giacomo Leopardi también han sido tratadas por Lorenzo Scillitani. El pensamiento de Pascal expresa de manera significativa la crisis de la imagen del hombre y del mundo heredada de la antigüedad clásica: es una crisis en la que el cosmos deja de ser una obra acabada. Todos los finitos son iguales, es decir, indiferente el uno al otro, y es porque el infinito mismo es concebido como indiferente al finito. El infinito cosmológico ha reflejado la justicia y la verdad. Para Pascal sólo el Derecho establecido (en virtud de la fuerza) y no un Derecho verdadero, es el único capaz de establecer la verdad y la justicia. Según Leopardi la idea del infinito correspondería a una idealidad nihilista no muy alejada de la adoptada por Pascal, y que supondría una sustracción de las competencias a la individualidad: el infinito, de hecho, no admite individualidad. Leopardi asimila definitivamente el infinito a la nada. La connotación negativa del infinito se refleja en la negatividad de la condición humana, dominada por el carácter antisocial y de odio imperante en el hombre. Aunque Leopardi niega la existencia del infinito, no censura la infinidad del deseo. En la antropología filosófico-social existe, según Lorenzo Scillitani, una concepción utilitarista-pesimista que presenta puntos de coincidencia con la de Thomas Hobbes. Además, considera que el hombre está destinado precisamente a vivir en sociedad, y que hay que perseguir el bien común de los individuos que componen la misma.

Scillitani también estudia el pensamiento de Kant y Hegel en su concepto de infinito y sobre el deber ser. De la moral kantiana frente al espíritu hegeliano, de la razón a la autoconciencia. Kant consideraba al infinito como absolutamente grande, y veía al infinito como totalidad. El infinito kantiano es una trascendencia que no puede ser pensada, como concepto matemático, íntegramente, sino a través de la idea del noúmeno. De hecho, la noción kantiana del infinito se presentaba como un ideal de la razón. Por otro lado, Hegel declaraba que el infinito era la negación de la propia negación. De esta forma, con Hegel se vuelve, cartesianamente, a la positividad del infinito, que englobaría todas las relaciones, de forma similar al Dios de Aristóteles. En otro orden de cosas, el deber ser tiende al finito, ya que el deber ser es un tiempo que todavía no es, según se encarga de resumir Lorenzo Scillitani.

Por otro lado, existe un enfrentamiento dialéctico entre Emmanuel Lévinas y Karl Jaspers sobre la problemática de los Derechos del hombre. Lévinas establece los pilares fundamentales para determinar el Estado liberal, capaz de garantizar la independencia y la extraterritorialidad, de forma que existiera una conjugación entre la política y la ética. Además, el individualismo ético de Lévinas prevalece sobre el universalismo de los Derechos humanos, procedente de la ontología del sujeto. En las relaciones humanas están presentes la solidaridad y fraternidad, tanto en el plano ético, jurídico y político. Además, considera Lévinas que los Derechos del

hombre son la ética de cualquier Derecho (p. 260). El Estado adquiere un valor democrático por su propia naturaleza liberal. Jaspers entiende que los Derechos del hombre sólo serían viables en los Estados liberales de Derecho.

En otro capítulo, Scillitani se refiere al conflicto entre culturas de Claude Lévi-Strauss, considerado el padre de la antropología estructural. En su obra de *Lezioni giapponesi*, que hemos recensionado en la *Revista Europea de Historia de las Ideas Políticas y de las Instituciones Públicas* (n^o 1, Marzo 2011, pp. 236-237), Lévi-Strauss analiza algunos problemas fundamentales de nuestro tiempo como los problemas bioéticos y jurídicos. Lévi-Strauss defiende una especie de núcleo racional, basado en la razón profunda de la autoafirmación de la identidad, centrada fundamentalmente en el deseo y presente en toda cultura. Scillitani es de la opinión de que las *Lezioni* ofrecen la posibilidad de elaborar nuevas categorías de la civilización humana en su globalidad pluridimensional, sin reducir su teoría exclusivamente a un esquema antiglobalización. Finaliza esta obra con una referencia al itinerario filosófico-jurídico de Sergio Cotta (pp. 303-313).

Lorenzo Scillitani es una figura no emergente sino consagrada dentro del pensamiento filosófico-jurídico italiano, que imparte docencia de Derechos humanos y Filosofía del Derecho en la Universidad de Molise. Esta obra, que acabamos de recensionar, nos muestra una recopilación de distintas publicaciones de su autor y pretende ser una síntesis de su pensamiento. [*Recibida el 9 de noviembre de 2012*].

Guillermo Hierrezuelo Conde

Lorenzo Scillitani, *Antropologia filosofica dei diritti dell'uomo*, Bastogi Editrice Italiana, Foggia, 2011, 186 págs.

RESUMEN: Scillitani considera la antropología jurídica como la ciencia más adecuada para llevar a cabo un análisis de los derechos del hombre, en la medida en que permite realizar una dimensión inter-cultural (pp. 9-19). La antropología, cultural, social, jurídica nos faculta para conocer el fenómeno jurídico con el fin de poder vislumbrar su identidad. En definitiva, podemos hablar de la prevalencia de la antropología sobre la sociología y la etnología. Pero también ha estudiado la universalidad de los derechos del hombre y el enfrentamiento entre la antropología y la filosofía (pp. 21-38). En la Declaración universal de los derechos humanos de 1948 se establece una unidad "genérica" del hombre. Además, mientras la filosofía se identificaría con lo universal, lo "diverso" o "extraño" con la antropología. En definitiva, la antropología se caracteriza por el valor de la diversidad, atribuyendo características de desigualdad y jerarquía. El pensamiento de Emmanuel Lévinas sobre los derechos del hombre y el problema filosófico de lo infinito (pp. 39-53) parte de que el ser infinito siempre comienza de nuevo, y se produce a través de la fecundidad, y propone un modelo relacional del infinito. Además, este sujeto se caracteriza por la bondad, la ética y la justicia. En cuanto a la identidad étnico-cultural, el derecho y la política, y los problemas antropológicos y filosóficos (pp. 57-76) hay que señalar que la sociedad humana tiene un vínculo, y este vínculo estaría representado en la familia. Lorenzo Scillitani considera que la única identidad étnica que, en la historia, ha estado inspirada en un *ethos* de carácter universal ha sido la romana. Al analizar el universalismo y el neolocalismo en el ámbito de una teoría étnica de los derechos (pp. 77-88) hace referencia a la reunificación alemana y la disolución de la Unión Soviética que han reavivado el conflicto interétnico. En todo

caso, la *ethnos* o la nación no constituyen sistemas de formación "espontánea" o, dicho en otras palabras, no pertenecen al registro de la sociedad primaria. Además, en la formación de la sociabilidad humana también han entrado elementos extraños y ajenos a los vínculos familiares. En cuanto a la antropología de los derechos del hombre y su análisis en el caso concreto de Occidente y China (pp. 89-99), el pensamiento chino no se fundamenta en las abstracciones conceptuales. La cultura jurídica china se centra en la transacción, la conciliación o la mediación como modo de resolución de los conflictos. Además, la literatura científica china de los años 90 ha revelado una pluralidad de las opiniones más o menos libremente expresadas tras la represión de Tiananmen. Pero la mutilación sexual también afecta a los derechos del hombre (pp. 101-116). Este debate cultural ha surgido en muchos países de Europa, los Estados Unidos, Gran Bretaña, Holanda, Suiza, Suecia, Francia y, más recientemente, en Italia. La escisión total femenina provoca una alta tasa de mortalidad y es practicada en países como Egipto, Ghana y Burkina Faso. Scillitani explica esta práctica en las etnias africanas como medio de conservar su identidad y su tradición. La revolución intercultural de los derechos y deberes del hombre y de la mujer (pp. 117-140) tiene un fuerte peso ideológico y político. L. Scillitani considera que «los derechos del hombre, en base a los cuales se invoca el respeto en cualquier latitud geográfica y cultura, son en realidad derechos de la mujer» ya que no se puede establecer una discriminación en base al sexo (p. 121). El género masculino ha gozado de una prevalencia, que no ha impedido la revolución cultural de los derechos del hombre –y de la mujer–, ya que en el mundo occidental el feminismo se presenta como cuestión central. La sociabilidad humana (pp. 143-149) se articula en base al principio de organización esencialmente jurídico y altruista y representa un índice antropológico del modo en que una sociedad se concibe y se representa. Los derechos de la sociedad deben entenderse como derechos del hombre, más que como derechos "particulares" o "políticos", y son derechos radicados en la ontología del ser humano. Pero el hombre también tiene derecho a la educación (pp. 151-161), según está reconocido en la Declaración universal de derechos del hombre (art. 26). En la modernidad se ha producido una internacionalización de los derechos del hombre, que se desarrollan en un contexto multicultural. Scillitani considera que una antropología y una filosofía de los derechos del hombre suponen la cuestión de la educación (p. 159). Finaliza esta obra con el análisis del pensamiento de Claude Lévi-Strauss sobre antropología, filosofía y derecho (pp. 163-184). Para Lévi-Strauss el derecho no es el producto de una artificialidad arbitraria, sino la modalidad a través de la cual el hombre extrae su ser en sociedad en cuanto al deber ser, es decir, lo regula normativamente. El pensamiento de Lévi-Strauss ha estado influido por las lecturas de Freud, de ahí que califique la alianza (léase, matrimonio o vínculo parental) como fórmula elemental de la sociabilidad humana.

PALABRAS CLAVE: Antropología, Filosofía del Derecho, Derechos del hombre, Política, Claude Levi-Strauss, Emmanuel Lévinas, Freud.

El primer capítulo está dedicado a la contribución de la antropología en la filosofía de los derechos del hombre (pp. 9-19). La Declaración universal de los derechos humanos, aprobada el 10 de diciembre de 1948, supuso un hito fundamental. Scillitani considera que la antropología jurídica es la más idónea para un análisis de los derechos del hombre, ya que permite realizar una dimensión inter-cultural (p. 10). En efecto, el hombre de hoy debe integrarse siempre en su estructura económica,

social y política. Por tanto, existe una nueva idea de los derechos del hombre, no solamente desde una perspectiva individualista-burguesa, sino también como derechos "culturales". La antropología, cultural, social, jurídica es un modo de conocer el fenómeno jurídico con el fin de poder conocer su identidad. La prohibición del incesto, así como la prohibición de matar o mentir, están contempladas en todas las culturas, lo que demuestra que existe una antropología fundamental para un conocimiento adecuado del hombre. Además, considera que la antropología prevalece sobre la sociología y la etnología. En todo caso, Scillitani considera que ambas disciplinas encontrarían en la antropología su razón de ser (p. 19).

En el segundo capítulo trata sobre la diversidad de las culturas y la universalidad de los derechos del hombre, es decir, el enfrentamiento entre la antropología y la filosofía (pp. 21-38). Existe diversidad de lenguas, de usos, de costumbres, de creencias, de ritos, de estructuras sociales, de leyes, etc. Confucio señalaba que aunque «por naturaleza, los hombres son casi iguales, en la práctica, tienen mucha diferencias». Sin embargo, la Declaración universal de los derechos humanos, de 1948, se fundamenta en la concepción de una unidad "genérica" del hombre, identificando en su ser "genéricamente" el individuo titular de los derechos, así como de los deberes. En los últimas décadas se ha desarrollado una antropología política, pero sobre todo de una antropología jurídica, capaz de valorar la capacidad que cualquier cultura posee. Tradicionalmente, cuando se habla de lo universal se piensa inmediatamente en la filosofía, mientras que lo "diverso", lo "extraño" nos acerca a la antropología. Esto supondría un conflicto entre filosofía y antropología en lo relativo al tema de los derechos humanos, que estaría relacionado con este conflicto dialéctico. Las relaciones inter-individuales que constituyen una sociedad, dan lugar a una diversidad en la cultura, que presupone una diversidad en cada individuo para poder conservar su identidad. La antropología destaca el valor de la diversidad, hasta el punto de atribuirle las características de desigualdad y jerarquía.

Scillitani estudia el pensamiento de Emmanuel Lévinas sobre los derechos del hombre y el problema filosófico de lo infinito (pp. 39-53). Según Lévinas el ser infinito siempre comienza de nuevo, y se produce a través de la fecundidad, y propone un modelo relacional del infinito. Además, considera que el auténtico derecho del hombre, en realidad se fundamenta en la "bondad", lo que nos llevaría al sujeto ético y a la justicia.

También analiza otra cuestión como es la identidad étnico-cultural, el derecho y la política, y los problemas antropológicos y filosóficos (pp. 57-76). La antropología cultural y la antropología jurídica permiten estudiar el fenómeno de la sociabilidad humana como cultura, familia y derecho. La sociedad humana tiene un vínculo, y este vínculo coincide con la familia. El paso de la naturaleza a la cultura ha supuesto un cambio del estado primitivo al de la civilización: de la naturaleza a la cultura. Pero la identidad étnica, ya esté referida a un individuo o a un grupo, se presenta siempre como una identidad parcial, en la medida en que "ethnos" no representa a la totalidad de un individuo o de una cultura. Además, Lorenzo Scillitani señala que la única identidad étnica que, en la historia, estaba inspirada en un *ethos* de carácter universal es la romana. Pero la universalidad del derecho romano no coincide con la universalización (de carácter político) de un particular, como ha sido la época imperial (pp. 70-71). Desde un punto de vista antropológico, el matrimonio y la familia se presentan como "una obra de la vida y de la paz", y como "bien común universal". En sustancia, el hombre es un ser de relación familiar, jurídica y política.

Otra cuestión es el universalismo y el neolocalismo en el ámbito de una teoría étnica de los derechos (pp. 77-88). En Europa, la caída del muro de Berlín, la

reunificación alemana y la disolución de la Unión Soviética han vuelto a plantear la discusión del conflicto interétnico. Pero fuera de Europa también ha habido enfrentamientos tribales en Ruanda, Liberia, Argelia, la India, etc. Desde un punto de vista de la antropología política como la jurídica se ha identificado el Estado con el derecho. En el antropólogo, como en el filósofo, el problema de un hipotético contenido étnico-cultural de la libertad, individual o colectiva, está presente en sus términos filosóficos-políticos y filosóficos-jurídicos. La *ethnos* o la nación no constituyen sistemas de formación "espontánea" o, dicho en otras palabras, no pertenecen al registro de la sociedad primaria (p. 84). De hecho, la identidad tribal no es necesariamente, natural, inmutable. Pero es una realidad que el principio "étnico" no es capaz de ofrecer una respuesta a la complejidad relacional en la que se constituye la identidad de un grupo. Tal identidad es un complejo de vínculos familiares, que permiten una solución de continuidad en el interior del grupo biológico, definido a consecuencia de la consanguinidad. Pero en la formación de la sociabilidad humana también entraron elementos extraños y ajenos a los vínculos familiares.

Plantea luego Scillitani un análisis conjunto y comparativo entre Occidente y China, desde una perspectiva antropológica de los derechos del hombre (pp. 89-99). La expresión "derechos del hombre" puede traducirse del chino como "la situación de los poderes del hombre". F. Jullien considera que la idea de los derechos del hombre se caracterizan por la exigencia de la universalidad. En realidad, el pensamiento chino no se fundamenta en las abstracciones conceptuales. *Tcheng wei* representan el gran principio de las relaciones humanas. La antigua tradición filosófica china de la "unidad entre cielo y hombre" (*tien ren he yi*) puede también permitir comprender la visión occidental de los derechos del hombre heredada de la Revolución francesa. La cultura jurídica china se centra en la transacción, la conciliación o la mediación como modo de resolución de los conflictos. La literatura científica china de los años 90 revela una pluralidad de las opiniones más o menos libremente expresadas tras la represión de Tiananmen.

La mutilación sexual también afecta a los derechos del hombre y, en muchos casos, de la mujer (pp. 101-116). Este debate cultural está abierto no sólo en los Estados Unidos, sino también en Europa, pero también en Gran Bretaña, Holanda, Suiza, Suecia y, más recientemente, en Italia. También en Francia está abierto el debate sobre esta cuestión. Bajo el título genérico de mutilación sexual abarca no sólo la ablación del clítoris, sino también la circuncisión masculina. Una escisión total femenina podría provocar una alta tasa de mortalidad materna o neonatal. La escisión es practicada en una amplia área geográfica, con la única pretensión de ser un medio de reducir la capacidad sexual de la mujer en países como Egipto, Ghana y Burkina Faso. La escisión se remonta a la época del Egipto faraónico. El ritual de la escisión recuerda a los orígenes remotos de la sociabilidad humana como tal. Scillitani considera que las etnias africanas que han practicado la escisión probablemente lo utilizan como el único medio de conservar su identidad, y como medio de consignar una tradición (p. 114).

La revolución intercultural de los derechos y deberes del hombre y de la mujer (pp. 117-140) tiene un fuerte peso ideológico y político. La locución "derechos del hombre" posee un marcado carácter universalista, más aún en el actual proceso de globalización. L. Scillitani considera que «los derechos del hombre, en base a los cuales se invoca el respeto en cualquier latitud geográfica y cultural, son en realidad derechos de la mujer» ya que no se puede establecer una discriminación en base al sexo (p. 121). Pero ha sido una realidad que el género masculino ha gozado, tácita o

expresamente, de una prioridad prácticamente indiscutida. Sin embargo, se ha producido una emancipación femenina, que se ha separado del modelo masculino, y ello a pesar de que se habla de "derechos del hombre". La revolución cultural de los derechos del hombre ha sido el origen de la revolución intercultural de los derechos –y de los deberes– del hombre y de la mujer, en la medida en que en el mundo occidental el feminismo se presenta como cuestión central.

En su relación con los derechos del hombre, la sociabilidad humana (pp. 143-149) es de carácter primario y se articula en base al principio de organización esencialmente jurídico y altruista. Por ello la sociabilidad está considerada el tercer sector y representa un índice antropológico del modo en que una sociedad se concibe y se representa. La sociedad, en cuanto tal, se configura bajo la forma de relaciones de filiación y de alianza. En definitiva, los derechos del hombre, configurados como «deberes frente a todos los hombres basados en la solidaridad» implican tácitamente a la discusión de la ciudadanía y de la soberanía. Los derechos de la sociedad deben entenderse como derechos del hombre, más que como derechos "particulares" o "políticos", y son derechos radicados en la ontología del ser humano.

El derecho del hombre a la educación (pp. 151-161) está reconocido en la Declaración universal de derechos del hombre (art. 26). En la época moderna se ha producido una internacionalización de los derechos del hombre, que se desarrollan en un contexto multicultural. Pero la educación en los derechos del hombre no puede ser, en un primer nivel, educación a un conocimiento de tipo antropológico. Gran relevancia alcanzó el tratado sobre educación de Kant. Scillitani considera que una antropología y una filosofía de los derechos del hombre suponen una cuestión que debe estar presente en la enseñanza secundaria (p. 159).

El pensamiento del francés Claude Lévi-Strauss expuesto el 12 de febrero de 1999, sobre antropología, filosofía y derecho culminan esta obra (pp. 163-184). Lévi-Strauss apela al derecho, afirmando su competencia para llamar a cada cosa con su nombre (p. 166), y lo considera como un dispositivo de obligatoriedad que trasciende el plano de la pura necesidad biológica, si bien las leyes son necesarias para establecer la base de la sociedad humana. En sustancia, para Lévi-Strauss el derecho no es el producto de una artificialidad arbitraria, sino la modalidad a través de la cual el hombre extrae su ser en sociedad en cuanto al deber ser, es decir, lo regula normativamente. La intersubjetividad es la dimensión propia de la ética, de la política, del derecho, y al mismo tiempo es el poder ser conocida apropiadamente en base a la experiencia (p. 175). El pensamiento de Lévi-Strauss también ha estado influido por las lecturas de Freud, hasta el punto de que califica la alianza (léase, matrimonio o vínculo parental) como fórmula elemental de la sociabilidad humana.

Esta obra reproduce un total de once artículos publicados por Lorenzo Scillitani en distintas revistas y sedes. Scillitani es uno de los más grandes filósofos del Derecho con que contamos actualmente en Italia. Este autor imparte docencia en las disciplinas de Derechos humanos y de Filosofía del Derecho en la Universidad del Molise. La producción científica de Scillitani es tan amplia que supera con mucho a la mayor parte de los catedráticos españoles de Filosofía del Derecho. Son centenares de páginas distribuidas buena parte de ellas por una gran calidad científica. [*Recibida el 15 de octubre de 2012*].

Guillermo Hierrezuelo Conde

Guy Davidov, Brian Langille (eds.), *The Idea of Labour Law*, Oxford-New York, Oxford University Press, 2011, 456 p.

ABSTRACT: In the times of globalization and financial crisis specialists in labour law more frequently examines the fundamental assumptions of the discipline-the idea of labour law. By analyzing the detailed regulations of national legal systems we often forget about the idea and the foundations of labour law and its evolution. The aim of this book is to provide in-depth analysis of ideas and foundations that shape labour law. Historical analysis undertaken in this book helps us understand the variability of labour law in the last two centuries. The book presents contemporary response to the most fundamental questions: "What is labour law"? "Who is labour law for"? Whether the basic assumptions of labour law are still actuals? How the labour legislation will change in the coming years? Whose interests should labour law be designed to benefit? The book therefore is not limited to the presentation of the major structures and concepts that shape the idea of labor law. It helps to understand why the existing framework of labour law is increasingly difficult to match with the changing employment practices. The book consists of 25 chapters divided into five parts (I. "The idea of labour law in historical context", II. "Normative foundations of the idea of labour law", III. "Normative foundations and legal ideas: Rethinking existing structures" IV. "New labour law: Rethinking existing boundaries", V. "New ideas of labour law: From international perspective"). The book can be successfully used as a comprehensive introduction to more advanced studies in labour law and employment regulations.

KEYWORDS: Guy Davidov, Brian Langille, Labour law, Industrial policy, Labour relations, Labour law regulation, Idea of labour law, Social justice.

Od kilkunastu lat wspomina się o rosnącym kryzysie prawa pracy, zarówno jako dyscypliny akademickiej jak i systemu praktycznych regulacji wytworzonych w celu ochrony interesów zatrudnionych. Krajowe normy prawa pracy w coraz mniejszym stopniu przystają do zmieniających się realiów zatrudnienia, kształtowanych przez czynniki w rodzaju globalizacji i płynności zatrudnienia, kryzysu finansowego społeczeństw zachodu i coraz większego uzależnienia rynku pracy od chwilowych parametrów ekonomicznych. Normy prawa międzynarodowego publicznego (konwencje i rekomendacje MOP) od wielu lat nie odgrywają już roli rzeczywistego regulatora zasad zatrudnienia w państwach członkowskich. Ich gasnące znaczenie odzwierciedla zresztą kryzys całego prawa międzynarodowego publicznego, wyznaczającego katalog kanonicznych zasad, lecz pozostającego daleko w tyle za wyzwaniem czasów współczesnych. Biorąc pod uwagę powyższe czynniki nie dziwi nas wieszczona przez niektórych autorów zapowiedź "końca" prawa pracy. W niezwykle barwny sposób omawia ją między innymi Martin Vranken w książce o wiele mówiącym tytule *Death of Labour Law: Comparative Perspectives* (Melbourne, Melbourne University Press, 2009). Prawo pracy dalej przypomina co prawda konstrukt znany nam z Europy lat sześćdziesiątych czy siedemdziesiątych ubiegłego stulecia. Nie odzwierciedla jednak problemów rosnącej liczby osób pozostających poza sztywno rozumianymi ramami zatrudnienia. Na kształt współczesnego sektora zatrudnienia oddziałują przede wszystkim koszty produkcji. Utrudniona konkurencja z państwami azjatyckimi prowadzi do wycofywania wielkich zakładów produkcyjnych z Europy i uelastycznienia zasad zatrudnienia w innych sektorach. Erozja granic, procesy integracyjne i zróżnicowanie potencjału technologicznego sprzyjają rozmyciu

się tradycyjnych wzorców zatrudnienia. By zrozumieć rynek pracy coraz częściej zadawać sobie musimy fundamentalne pytania o wartość ludzkiego życia w poszczególnych częściach świata. Sektor zatrudnienia krajów wysoko rozwiniętych staje się coraz bardziej selektywny, co odbija się także na prawodawstwie. Problemem w tym kontekście wydaje się zwłaszcza sytuacja kategorii osób w rodzaju imigrantów i pracowników bez stałego zatrudnienia. Jak zauważa Harry Arthurs od końca XIX stulecia prawo pracy jest konstruktem o skrajnie kolektywnym charakterze. Jego efektywność w czasach pełnego zatrudnienia i fordyzmu z trudem przystaje do epoki umów o pracę, rosnącej szarej strefy i kryzysu ekonomicznego wymuszającego zmianę miejsca pracy co kilka miesięcy. Ekskluzywny i archaiczny charakter prawa pracy jest jednym z czynników wykluczenia całych kategorii społecznych w rodzaju absolwentów, imigrantów bądź "ofiar" konkurencji na rynkach światowych. Prawo pracy stworzono w celu uniwersalizacji ochrony pracowników i egalitaryzacji stosunków zatrudnienia. Jego sztywny charakter coraz częściej staje się obecnie narzędziem dyskryminacji.

Czasy kryzysu sprzyjają zadawaniu fundamentalnych pytań i szukaniu twórczych odpowiedzi. By zrozumieć perspektywy ewolucji prawa pracy konieczne staje się sięgnięcie do fundamentów rozwoju dyscypliny. Jedynie w ograniczonym stopniu odnajdziemy je w zapisach prawodawstwa krajowego i konwencjach MOP. Popularne w ostatnich latach studia komparatywne również nie stworzyły nowych impulsów przełamujących wieloletnią stagnację zagadnienia. To idea poprzedza bowiem literalne rozwiązania normatywne, nie zaś odwrotnie. Z podobnego założenia wychodzą autorzy opracowania zbiorowego *The Idea of Labour Law*, wydanego w ubiegłym roku nakładem Oxford University Press. Prawo pracy stanowi w ich ocenie konstrukcję dynamiczną, kształtowaną nie tylko przez politykę lecz także zmiany społeczne i ewolucję obrazu zatrudnienia. Celem autorów nie jest bynajmniej stworzenie trudnej w odbiorze akademickiej monografii. Rozważania rozpoczynają od postawienia fundamentalnych pytań: czym jest prawo pracy i komu ma służyć?. Już we wstępie pracy znajdziemy wyraźne rozgraniczenie pomiędzy konceptem prawa pracy a jego normatywnym rozwinięciem. Prawo pracy nie zostało zatem sprowadzone do sumy krajowych rozwiązań prawnych lecz potraktowane także jako idea kształtowana w toku zmian ekonomicznych, politycznych i społecznych. Z tego właśnie powodu lektura książki wydaje się dobrym wstępem do bardziej zaawansowanych studiów nad krajowym czy międzynarodowym prawem pracy. Przystępny język powoduje, że zakres czytelników znacząco wykraczać może poza kręgi prawne.

W pierwszej części książki podjęto zagadnienie historycznej zmienności idei prawa pracy. Sporo uwagi zwrócono w niej kierunku rozwoju zagadnienia w powojennej Europie. Jak wiemy prawo pracy od samego początku aż do chwili obecnej wydaje się konstruktem typowo europejskim. To właśnie zmiany polityczne ubiegłego stulecia w decydującym stopniu wpłynęły na jego obecny kształt. Fakt ten w szczególny sposób podkreśla Bob Hepple-autor rozdziału poświęconego czynnikom kształtującym transformację prawa pracy w Europie. Polityka przez prawie cały XX wiek stanowiła decydujący czynnik wpływający na rozwiązania międzynarodowego prawa pracy i krajowych rozwiązań w tym zakresie. Fakt ten szczególnie uwidaczniał się w okresie trwania systemu dwubiegunowego. Nieznaczny wyłom obserwujemy dopiero wraz z epoką dekolonizacji i ekonomicznymi następstwami tzw. szoków naftowych. Nawet duże transformacje niezwykle rzadko wpływają na całkowitą redefinicję zasad krajowego prawa pracy. Obserwujemy raczej ich powolną, szczegółową korektę (np. w kwestii zasad

zatrudnienia imigrantów zarobkowych). Silny europocentryzm konstruktowi stał się jedną z przesłanek zainteresowania autorów doktryną poszczególnych krajów. Dużo miejsca poświęcono osobie Hugo Sinzheimera (1875-1945), wymienianego wśród twórców niemieckiego prawa pracy. W kończącym fragment rozdziale Adrián Goldin zwraca uwagę na trudności w globalnej konceptualizacji prawa pracy jako względnie spójnego konstruktowi teoretycznego.

Elementem wspólnym kolejnego fragmentu książki są normatywne podstawy konceptu prawa pracy. Na szczególną uwagę zasługuje zwłaszcza rozdział pierwszy. Jego autor (Brian Langille) zwraca uwagę na organiczne wręcz zespolenie prawa pracy z kategorią sprawiedliwości społecznej. Kryzys tożsamości w obrębie dyscypliny do pewnego stopnia stanowić może wynik erozji wspomnianych powiązań. Zdaniem J. Funge wymagać może radykalnej rekonceptualizacji w oparciu o zupełnie inne niż dotychczas kryteria. Spore zainteresowanie wzbudza artykuł poświęcony aktualnemu ostatnio problemowi związków prawa pracy i praw człowieka. Coraz więcej zagadnień analizowanych jeszcze niedawno wyłącznie w obrębie prawa pracy stało się ostatnio znaczącymi problemami praw człowieka. Ilustracje wspomnianego procesu stanowiło choćby przyjęcie w 1990 roku konwencji ONZ dotyczącej ochrony pracowników migrujących i dynamiczny rozwój tego zagadnienia w ostatnich kilku latach. Obecnie coraz trudniej uchwycić granice pomiędzy szczegółowymi problemami prawa pracy a sferą praw człowieka. Także wspomniany czynnik może do pewnego stopnia wpływać na kryzys tożsamości dyscypliny. Ostatni fragment rozdziału poświęcony został oddziaływaniu prawa pracy na różne kategorie rozwoju. Wspomnijmy w tym miejscu zwłaszcza o wracającej ostatnio do łask koncepcji human development. Regulacje prawa pracy w istotny sposób wpływają zresztą na poziom rozwoju społecznego całych wspólnot i krajów.

W trzecim fragmencie opracowania autorzy poddają analizie genezę i fundamenty istniejących struktur prawa pracy. Autorzy zwracają uwagę na tak istotne zagadnienia jak stosunek pracy, zatrudnienie przez wielu pracodawców czy nieuregulowane zatrudnienie. Szczególnie interesujący wydaje się rozdział poświęcony problemom zatrudnienia w krajach południa. Jak zauważa autor (Paul Benjamin), szczególnym problemem w krajach rozwijających pozostaje odpowiedzialność pracodawcy za bezpieczeństwo zatrudnienia. Czas pracy wielokrotnie przekracza tam przyjęte w innych częściach świata, a nawet w lokalnym prawodawstwie, standardy. Dużym problemem pozostają także złe warunki pracy i związane z tym wypadki, brak ubezpieczeń, oraz utrudnione możliwości dochodzenia zadośćuczynienia przed organami sądowymi. Wśród zagadnień podjętych w innych rozdziałach wymienić możemy także aktywność związkową w Stanach Zjednoczonych, nielegalne zatrudnienie, oraz wybrane zagadnienia niemieckiego prawa pracy. Pomimo nowatorskiego charakteru niektórych rozdziałów całość fragmentu wydaje się mało spójna.

W części czwartej poddano analizie wyzwania związane z nowymi kierunkami rozwoju prawa pracy. Uwagę zwraca zwłaszcza dobrze opracowany rozdział dotyczący polityki zatrudnienia i regulacji rynku pracy (John Howe). Odwołując się do przykładu Australii jego autor zwraca uwagę na konieczność opracowania nowych mechanizmów ochrony zatrudnionych. Rozdział poświęcony współczesnym sporom zbiorowym sprawia wrażenie oderwanego od realiów w sporej części świata. Erozę wielu instytucji prawa pracy autor wiąże z niezahamowanym przez trudności gospodarcze kryzysem idei solidarności społecznej.

Kończący opracowanie fragment analizuje międzynarodowy kontekst obecnych wyzwań dla prawa pracy. Niezwykle istotny wydaje się w tym kontekście rozdział

poświęcony wpływowi kontroli granic i innych instytucji (np. obywatelstwa) na regulację transnarodowego przepływu siły roboczej. Temat ten coraz częściej podejmowany bywa przez specjalistów innych dziedzin prawa (por. wydaną w 2010 roku książkę pod redakcją E. Guild i S. Mantu). W przedostatnim rozdziale Silvana Sciarra prezentuje nowe wyzwania oddziałujące na kształt międzynarodowego prawa pracy. Podjęte w książce rozważania kończy rozdział poświęcony kategorii emancypacji w przestrzeni prawa pracy i polityki zatrudnienia. [Recibida el 28 de noviembre de 2012].

Bogumił Termiński

Paolo Becchi y Lorenzo Scillitani, coords., *Fiducia e sicurezza. Un confronto pluridisciplinare*, Rubbettino Editore, Bari, 2012, 359 págs.

RESUMEN: Esta obra colectiva analiza distintos aspectos de la confianza y desde distintas perspectivas. Niklas Luhmann ha planteado el análisis de esta institución desde la familiaridad, la confianza y la seguridad. Sin embargo, considera que, para recuperar la confianza, hay que acudir a otras instituciones como las relaciones de amistad o las relaciones de clientela. Además, hay que evitar confundir familiaridad y confianza, ya que mientras la primera debe crearse en las relaciones humanas de confianza, la segunda debe conseguirse en el seno de un mundo familiar. Otro problema que se plantea hoy día es que existe una confusión entre lo familiar y lo no familiar. Alessandro Baratta se refiere a la distinción entre el Derecho a la seguridad y la seguridad de los derechos. Este autor analiza los dos posibles modelos: el modelo dominante en Europa y el de los Estados Unidos, aunque ilegítimo, sería aquel modelo represivo que tiende a la política de prevención y de seguridad, mientras que el segundo es el modelo legítimo, orientado a la prevención y seguridad, pero dentro de una política integral de protección y de realización de los derechos. Por otro lado, señala que en Europa sería impensable hoy en día una gestión comercial de las instituciones penitenciarias como la que existe en otros países como Estados Unidos de América. Salvatore Abbruzzese estudia el conflicto y la confianza en las instituciones. Al referirse al conflicto surge de forma inmediata la dimensión religiosa. De hecho, el autor considera que se está asistiendo a un estancamiento de la esfera política en favor de la religiosa, humanitaria y educativa. Abbruzzese considera que en Italia la Iglesia es la institución que goza de mayor confianza respecto a las demás instituciones. Salvatore Amato se ocupa de la vigilancia de los ciudadanos y el Derecho a la libertad de los ciudadanos. Considera que los nuevos desarrollos tecnológicos en la biometría y la neurociencia han propiciado que se planteen numerosos interrogantes. Además, hay que establecer mecanismos administrativos y judiciales para corregir los eventuales abusos. Rosangela Barcaro y Paolo Becchi se centran en analizar la confianza en la relación entre médico y paciente. En esta relación se plantean numerosos conflictos éticos. El médico tiene la obligación profesional de establecer una relación de confianza, secreto, información personal y de reserva con el cliente que a la vez es paciente. Hay cuatro principios éticos en la práctica médica: la autonomía, la beneficencia, la bondad y la justicia. A Raffaele De Giorgi le preocupa la confianza en la propia confianza y el grado de incertidumbre que pueda darse o generarse. La confianza en la propia confianza es un mecanismo reflexivo, y una forma de asegurar, de certeza subjetiva, que pretende controlar la posible imprevisibilidad en la

comunicación social. En consecuencia, no se puede establecer una identificación entre confianza y poder. Pero la confianza en la propia confianza no es una confianza mejor, sino que es una confianza referida a sí misma. Es una confianza en la que los presupuestos de la propia confianza funcionan como presupuestos de la continuación de la comunicación social. Bruno Del Vecchio se centra en el tema de los abusos sexuales a menores, en la medida en que suponen una violación de la confianza. En concreto, analiza ese tema cuando el autor es un sacerdote. Hay que tener en cuenta que el Derecho canónico contiene normas de Derecho penal que son aplicables no sólo a las personas consagradas (sacerdotes, religiosos, etc.), sino también a los fieles laicos. Pasquale Ferrara trata el tema de la democracia y el «gobierno del terror». Este problema se agravó con los atentados del 11 de septiembre de 2001, y supuso un nuevo planteamiento global de la cuestión. Considera Ferrara un error pensar que la estabilización en el norte de África y en Oriente Medio sea la consolidación de la democracia. Por el contrario, considera que la democracia es un riesgo calculado y que no tiene que proporcionar mayor seguridad, ni eliminar la incertidumbre. Guido Gili filosofa sobre la credibilidad, la confianza y el riesgo en las relaciones sociales, así como la forma de asumir la inseguridad. La actual crisis económico-financiera ha creado un espacio de inseguridad en las relaciones sociales, que ha llevado a una crisis de credibilidad-confianza. Considera que una forma de reducir el riesgo intrínseco en las relaciones fiduciarias sería a través de la subjetividad, en cuanto que aumenta la capacidad reflexiva de los sujetos que intervienen en las relaciones fiduciarias. Este problema de la credibilidad ha sido consecuencia de un problema cultural relativo a las motivaciones, los valores y los objetivos de cada agente particular. Giuseppe Mininni se refiere a la palabra y a la retórica psicosocial de la confianza como medio de proteger la existencia humana a través de la verdad y la confianza. En efecto, la palabra es la afirmación intersubjetiva de cualquier confianza. Esta confianza, como forma sana de connivencia, se opone a la indiferencia. Baldassare Pastore escribe sobre la interrelación entre la desconfianza y el comportamiento de confianza. En efecto, ambas instituciones se formulan en condiciones de incertidumbre. Pastore llega a afirmar que «la confianza es un bien público que crece con el uso y que se deteriora con el desuso». Por ello, concluye que es más fácil destruir la confianza que crearla. Vittorio Pelligra reflexiona sobre la reputación, la información y las relaciones interpersonales en la confianza. Para ello considera necesario comprender los mecanismos individuales y sociales que producen y hacen que desaparezca la confianza, facilitando y obstaculizando los comportamientos cooperativos. Además, hay que tener en cuenta las motivaciones psicológicas y morales de los sujetos. Angelo N. M. Recchia-Luciani escribe sobre la relación entre la medicina y las relaciones fiduciarias. En la actualidad, existe una crisis en las relaciones de confianza entre el médico y su paciente, ya que resulta primordial el parámetro de la calidad percibida por el paciente. Quizás un instrumento cognitivo que se pueda utilizar para resolver numerosos interrogantes en esta cuestión sería la metáfora. Gildas Richard nos ofrece un análisis filosófico de la confianza. La misma se presenta como una forma de seguridad inmediata. Simone Sassu hace un planteamiento antropológico-jurídico de la confianza, y la presenta como factor cultural condicionante de otros factores de relevancia jurídica. Las variables económicas y sociales deben asociarse a los fenómenos culturales para poder comprender las relaciones y las normas sociales existentes en una comunidad particular. Pierre Schlag estudia esta institución en su relación con el Derecho, ya que todas las instituciones políticas encuentran su fundamento en la Constitución.

La Constitución establece la estructura jerárquica del Estado, e interpreta su organización estructural. Pero esta Constitución debe considerarse como una combinación de un texto o una estructura y una Carta fundacional del Estado. Lorenzo Scillitani se refiere a la reciprocidad sin obligaciones y a la obligación sin reciprocidad, y estudia la relación de la confianza con la donación y el amor. En opinión de Scillitani, sería admisible una reciprocidad sin obligaciones. De hecho, la confianza procede de una obligación incondicionada, es decir, sin reciprocidad. Y esa confianza nos llevaría a otra figura que responde a un impulso, que se llama amor, sin el cual la confianza estaría incompleta. La seguridad y la conflictividad en las relaciones internacionales han sido estudiadas por parte de Emilio Tirone. A partir de la Segunda Guerra mundial, el término Derecho bélico ha sido sustituido por el de Derecho humanitario internacional de los conflictos armados. A las crisis internas de los Estados se ha unido el integrismo islámico, de carácter transnacional, que algunos han calificado como el Tercer conflicto mundial. Barbara Troncarelli plantea varias cuestiones: el riesgo, la seguridad y la confianza en la sociedad de la información. En la actual sociedad, la información ha crecido exponencialmente. Y la principal preocupación que surge es la cuestión de la seguridad, a consecuencia de las emergentes tecnologías. De hecho, la seguridad genera confianza en el ámbito de las relaciones sociales. Patrick Watier se refiere a la confianza y la desconfianza. Desde el punto de vista de la sociología, la confianza permite explicar cómo es posible una sociedad o cómo es posible una asociación. En realidad, las teorías sociales contribuyen a construir el mundo social y no se limita sólo a describirlo.

PALABRAS CLAVE: Confianza, Seguridad, Derecho, Filosofía, Sociología, Italia.

Niklas Luhmann escribe sobre la familiaridad, la confianza y la seguridad (pp. 9-21). La confianza no ha representado el tema central de la sociología, ni siquiera para los autores modernos. En general, se suele confundir el tema de la confianza o desconfianza en política y suele acabar en las relaciones de liderazgo, o de las instituciones políticas; con la alienación; con la esperanza o con el temor; e incluso, con la solidaridad o participación. Hay que señalar que en la familia y la sociedad surge un lazo de confianza incondicionada que no es extrapolable automáticamente a la sociedad. Por tanto, para reconstruir la confianza son necesarias instituciones sociales específicas: las relaciones de amistad y las relaciones de clientela son claros ejemplos de tal adaptación. Hay que evitar la confusión entre "familiaridad" y "confianza". La confianza debe conseguirse en el seno de un mundo familiar, y en las relaciones familiares del mundo deben crearse relaciones humanas de confianza. En efecto, los símbolos nacieron como sucesores del mito, sustituyéndolos con la interpretación simbólica y más tarde con el símbolo puro. El riesgo es otro elemento de la vida que está presente en la vida cotidiana, pero que no tiene necesariamente un significado cosmológico o religioso. La confianza podría ser posible sólo en una situación en la que el daño eventual pueda ser mayor a la ventaja que se aspira (p. 12). La distinción entre confiar y confianza depende sólo de nuestra capacidad de distinguir entre peligro y riesgo, ya sea remoto o inmediato. Pero no depende de la probabilidad o improbabilidad, sino de la posibilidad de una decepción, dependa o no de nuestro comportamiento precedente. Además, el concepto de familiaridad ha cambiado a lo largo de los siglos con la invención de la escritura (p. 15). A día de hoy, es posible acumular una enorme cantidad de nociones que podrían no ser familiares a un individuo, mientras que para otros sí. Esto podría generar una tensión

social creciente, máxime cuando existe una confusión entre lo familiar y lo no familiar, ya que la técnica religiosa de distinguir lo no familiar de lo familiar mediante la simbolización ha perdido su eficacia. Luhmann señala que la falta de confiar y la necesidad de confianza podrían formar un círculo vicioso (p. 17). Un sistema, tanto económico, como legal o político, ha necesitado de confianza como condición inicial. Sin ella no podría estimular la actividad en una situación de incertidumbre o de riesgo, ya que la falta de confianza podría conducir al sentimiento de alienación.

Alessandro Baratta analiza la distinción entre el Derecho a la seguridad y la seguridad de los derechos (pp. 23-37). La seguridad es una necesidad humana y una función general del sistema jurídico. Pero desde una teoría antropológica e histórico-social la necesidad de seguridad es accesoria, es decir, secundaria, respecto a todas las demás necesidades, básicas o reales, que podrían considerarse como primarias. En el sistema jurídico, la necesidad se presentaría en la forma del Derecho. Pero también en este caso la necesidad de seguridad no sería una necesidad primaria, sino accesoria a todas las demás necesidades reconocidas. Desde un punto de vista abstracto, la política de seguridad podría adoptar dos direcciones opuestas: podría estar orientada al modelo del "derecho a la seguridad" o al modelo de la "seguridad de los derechos". El modelo dominante en Europa y en los Estados Unidos sería el primero de ellos; pero el segundo de los modelos es una opción legítima y posible, aunque improbable. Una política integral de la protección de todos los derechos humanos y fundamentales sería un modelo posible, aunque improbable, alternativo al que existe (p. 25). Habría dos posibles modelos: el primero de ellos, ilegítimo, sería aquel modelo represivo que tiende a la política de prevención y de seguridad hoy dominante en Europa y en los Estados Unidos, mientras que el segundo es el modelo legítimo, que tiende a la prevención y seguridad pero dentro de una política integral de protección y de realización de los derechos. También hay que distinguir entre un gobierno tecnocrático y un autogobierno democrático del bien de seguridad, que se fundamenta en la distinción entre una concepción privada y una concepción pública de este bien. La política criminal, en el primer caso, se corresponde con el modelo neoliberal radical de la economía y de la política. Por otro lado, en Europa sería impensable una gestión comercial de las instituciones penitenciarias como la que existe en Estados Unidos y además con frutos positivos (p. 31).

Salvatore Abbruzzese se refiere al rechazo del conflicto y a la confianza en las instituciones (pp. 39-56). La dimensión religiosa en la sociedad contemporánea ha sido objeto de conflicto, y en particular, la teoría de la secularización o laicidad. Abbruzzese considera que se está asistiendo a un estancamiento de la esfera política en favor de la religiosa, humanitaria y educativa (p. 43). De hecho, se puede observar una correlación directa entre la práctica religiosa y la participación asociativa tanto en grupos religiosos o eclesiales, como en cuanto a organizaciones humanitarias o caritativas. También hay que señalar que la valoración de los practicantes en Italia varía respecto a los no practicantes. De hecho, entre los practicantes existe una visión menos pesimista. A modo de conclusión, señala Salvatore que la Iglesia católica goza de mayor confianza en Italia que las demás instituciones públicas. Es cierto que Italia se caracteriza por ser un país de elevada sensibilidad religiosa con una fuerte tradición católica.

Salvatore Amato hace un estudio de la vigilancia de los ciudadanos y el Derecho a la libertad de los ciudadanos (pp. 57-70). Es innegable que existe una estrecha relación entre la libertad y la seguridad. Montesquieu formuló perfectamente el enunciado del concepto de la libertad política como unido a la base de nuestro

Estado de Derecho. Los nuevos desarrollos tecnológicos acaecidos en la biometría y la neurociencia han planteado numerosos interrogantes sobre las cuestiones planteadas. Se puede reforzar la privacidad, garantizando en ciertas circunstancias y en ciertas condiciones una mayor tutela a través del reconocimiento de un derecho al anonimato de los datos. De esta forma, se pueden establecer mecanismos administrativos y judiciales para corregir los eventuales abusos. La confianza implica tener confianza en otro, y ofrecer una parte de la vida propia. De este modo, una sociedad democrática puede construir un modelo siempre más amplio y complejo de solidaridad entre extraños, estableciendo un equilibrio natural. Por otro lado, la confianza absoluta en la posibilidad de dominar el mundo generaría una desconfianza institucional.

Rosangela Barcaro y Paolo Becchi estudian la confianza en la relación entre médico y paciente (pp. 71-108). La confianza aparece ante todo en el debate político-institucional y económico-financiero. Pero pueden aparecer situaciones de conflicto entre la ética profesional del médico y algunos pacientes decididos a terminar con su vida. Tanto el abogado como el médico, tienen la obligación profesional de prestar una relación de confianza, secreto, información personal y de reserva que el cliente y paciente tiene. La confianza no se reduce únicamente al ámbito de la aplicación de la disciplina sobre el conflicto de intereses, sino que debe relacionarse con el principio deontológico de la profesión. Los autores consideran que se ha producido una "despersonalización" de las relaciones médico-paciente. Pero la relación entre médico y paciente ha sufrido una profunda transformación en el curso de los últimos cincuenta años. En particular, en los países occidentales, el reconocimiento del derecho del enfermo ha atribuido una mayor autonomía del enfermo en el ámbito sanitario. Hay que tener en cuenta que hay cuatro principios éticos en la práctica médica: la autonomía, la beneficencia, la bondad y la justicia; mientras que de la aplicación de la norma se derivan los siguientes principios: la verdad, el respeto de la privacidad, la discreción y la fidelidad. Los estudiosos llaman "paternalismo moderado" a la obligación moral de los médicos de defender los mejores intereses de los pacientes. Pero no se puede pasar del paternalismo del médico a la voluntad absoluta del paciente, sino que por el contrario la citada relación debe ser pensada en el respeto recíproco de ambos actores. Pero la confianza del paciente se encuentra objetivamente traicionada cuando el médico se preocupa más de obtener temas indispensables para su investigación más que de su salud. Es evidente que en este caso el paciente sería tratado más como un instrumento del médico, ya que queda en un segundo plano la recuperación de su salud, cuando el único objetivo es la experimentación clínica. Pero en caso de que el paciente sea intervenido sobre su propio cuerpo es necesaria su previa aprobación. Además, la confianza se vería comprometida si en la relación médico-paciente el enfermo confiase ciegamente en el médico.

Raffaele De Giorgi escribe sobre la confianza en la propia confianza y el grado de incertidumbre en esta cuestión (pp. 109-120). Comienza manifestando que en el Príncipe se puede tener confianza en la medida en que su poder se presenta como manifestación del poder divino. El término confianza es un término de origen hebreo que aparece en la Biblia y se refiere a la idea de la estabilidad, pero este término también hace referencia a la protección. En esta colaboración su autor estudia la confianza en la propia confianza como un mecanismo reflexivo, y como una forma de asegurar, de certeza subjetiva, con tendencia a reducir y controlar la posible imprevisibilidad en la comunicación social (p. 110). En realidad, la confianza en Dios no sería una confianza en el poder, sino en el poder divino, aunque no en el poder

soberano. En consecuencia, no podemos identificar confianza y poder. La confianza en Dios no emana de una renuncia, sino de la conciencia y de un proceso cognitivo. En el ámbito del poder, la confianza implica obediencia, pero también racionalidad, y siempre supone un rechazo a la violencia. El concepto moderno de confianza tiene en cuenta el riesgo, en la medida en que la confianza moderna trasfiere el riesgo a los propios aspectos. Este riesgo implica un cierto grado de incertidumbre. A los específicos problemas del riesgo, la confianza pretende ofrecer una solución (p. 117). Pero la confianza en la propia confianza no es una confianza mejor, sino que es una confianza referida a sí misma. Es una confianza en la que los presupuestos de la propia confianza funcionan como presupuestos de la continuación de la comunicación social.

Bruno Del Vecchio analiza los delitos de abusos sexuales a menores como una violación de la confianza (pp. 121-131). En las sociedades occidentales existe una mayor sensibilidad afectiva y cultural respecto a los niños y adolescentes, mostrando un fuerte rechazo social a crímenes como la pedofilia, sobre todo cuando el autor es un sacerdote o un pastor protestante. De hecho, la Iglesia católica es hoy día la institución que en Italia tiene mayor confianza, en relación a otras instituciones. Y ello se aplica también a los demás países europeos. La Congregación para la Doctrina de la Fe ha calificado como *crimen pessimum* estos delitos. El Derecho canónico recoge una serie de normas de Derecho penal aplicables a las personas consagradas (sacerdotes, religiosos, etc.), así como a los fieles laicos. Pero para infringir una pena, generalmente debe celebrarse un proceso. El Derecho, aunque sea el canónico, impone comportamientos, sanciones a las violaciones, y con su constante aplicación crea mentalidad y modelos a seguir. El ordenamiento canónico impone a los eclesiásticos (y, en teoría a todos los bautizados) a guardar silencio sobre los abusos sexuales cometidos en el interior de los propios muros. Pero la obligación de denunciarlos a la autoridad civil no contraviene el ordenamiento canónico.

Pasquale Ferrara trata el tema de la democracia, el "gobierno del terror" y la transición árabe-israelí (pp. 133-138). La situación política generada a partir del holocausto creó una sensación de terror e inseguridad en la sociedad avanzada. Esta situación alcanzó su máximo exponente con los atentados del 11 de septiembre de 2001. A esta situación de enfrentamiento se le sumaría el calentamiento global que supone un auténtico peligro para la supervivencia del medio ambiente existente. Por tanto, el planeta está sometido a decenas de peligros. Esta situación ha implantado en la sociedad actual lo que Ferrara denomina "gobierno del terror" o "cosmoterror". Pero este gobierno del terror no se puede eliminar solamente con un universalismo democrático, una "pandemocracia", que limite o suprima las reacciones radicales o violentas. De hecho, en el norte de África y en Oriente medio han surgido unas nuevas y frágiles democracias emergentes, que han cambiado profundamente la región. La crisis del norte de África en realidad ha supuesto una crisis estructural de los sistemas políticos europeos. El "gobierno del terror" impuesto en esos países representa una nueva forma de participación política desnaturalizada, que en realidad tiene limitaciones a cualquier crítica y propuesta. La sociedad del "cosmoterror" es una sociedad de la confianza generalizada. En particular, la tesis que identifica el fundamentalismo o integrista de carácter religioso o antioccidental es un claro ejemplo de "radicalismo islámico" o de "jihadismo militante". Pero estas expresiones son impropias. Considera Ferrara un error pensar que la estabilización en el norte de África y en Oriente Medio sea la consolidación de la democracia; por el contrario, precisa que la democracia es un

riesgo calculado (p. 138). En efecto, supone un error pensar que la transformación institucional en democracia pueda proporcionar mayor "seguridad" y eliminar la incertidumbre.

Guido Gili estudia la credibilidad, la confianza y el riesgo en las relaciones sociales, así como la forma de asumir la inseguridad (pp. 139-156). El binomio credibilidad-confianza indica la posibilidad de creer y de ser creído. La credibilidad es un "riesgo" y una "promesa". La relación de credibilidad-confianza está sometida a la condición de depender de la diferencia psicológica-individual. La crisis económico-financiera (aunque también social y política) de los últimos años ha creado un espacio de inseguridad en las relaciones sociales, que se ha manifestado en una crisis de credibilidad-confianza. El concepto de riesgo resulta un elemento fundamental en la interpretación de la condición humana en la sociedad actual. En las relaciones del grupo primario o comunitario, la credibilidad-confianza se fundamenta esencialmente sobre relaciones interpersonales consolidadas. El problema hoy es la credibilidad de personas extrañas, anónimas, de las cuales sabemos poco o nada. De esta forma, se crea una situación permanente de credibilidad "condicionada" y de suspensión de la confianza. Las relaciones credibilidad-confianza tienen ciertos límites: la reputación (credibilidad probada y basada en su historia personal), la reducción calculada del riesgo, el recurso a las opiniones de los expertos y a certificados de la credibilidad, y la autorregulación como garantía del pacto comunicativo (pp. 142-148). Un elemento fundamental en las relaciones fiduciarias es la subjetividad, en cuanto que la confianza internacional se refiere siempre a la credibilidad personal y a las intenciones y motivaciones de los individuos. Gili considera que una forma de reducir el riesgo intrínseco en las relaciones fiduciarias sería a través de la subjetividad, en cuanto que aumenta la capacidad reflexiva de los sujetos que intervienen en las relaciones fiduciarias. Al mismo tiempo, considera que el problema de la confianza y de la crisis de la confianza en nuestra sociedad no es un problema que pueda simplificarse a la reducida capacidad de funcionamiento de los sistemas sociales, sino a un "problema cultural" relativo a las motivaciones, los valores y los objetivos de cada agente particular (p. 150).

Giuseppe Mininni estudia la palabra y la retórica psicosocial de la confianza (pp. 157-174). En efecto, la palabra pretende proteger la existencia humana del riesgo de su desaparición basándose en la "verdad" y en la "confianza". La palabra es la afirmación intersubjetiva de cualquier confianza. Además, no existe suficiente acuerdo sobre qué deba entenderse por confianza, desde el momento en que existen distintos modos de interpretar cuál sería el núcleo conceptual más consolidado sobre la base de las diversas fases evolutivas de los vínculos entre las personas. A través de la palabra se consigue ser escuchado. De esta forma, las personas y las organizaciones reconocen a la confianza un alto poder activador de vínculos, puesto que este proceso psicológico se fundamenta en la palabra. Pero señala Mininni que la confianza, como forma sana de connivencia, se opone a la indiferencia.

El comportamiento de confianza y la desconfianza son instituciones que están relacionadas según Baldassare Pastore (pp. 175-195). En efecto, la confianza y la desconfianza son instituciones que se formulan en condiciones de incertidumbre. En ambas existen aspectos cognitivos y emocionales intrínsecos que varían en grado de intensidad. Desde el punto de vista cognitivo, ambas instituciones se encuentran en una zona intermedia entre la total ignorancia y la completa consciencia. Tales aspectos intervendrían sobre la incertidumbre y la sustituirían con una forma de

certeza "interna". Confianza y desconfianza representarían tipos de relaciones sociales que se desarrollan en un contexto de interacción que influyen en las estructuras de carácter psíquico y social. Confianza significa confiar en la fiabilidad de una persona o de un sistema (organizaciones, reglas sociales o instituciones) en relación a determinados resultados o eventos. Una de las limitaciones de la confianza es que el ser humano se caracteriza por las limitaciones cognitivas que hacen que no se pueda conocer con anticipación la reacción de los demás. Por este motivo, B. Pastore llega a afirmar que «la confianza es un bien público que crece con el uso y que se deteriora con el desuso» (p. 177). Por tanto, es más fácil destruir la confianza que crearla. El aumento de la complejidad social conduce a una generalización de la confianza, que se extiende de los ámbitos interpersonales al sistema y a las instituciones. El Estado de Derecho ha considerado la necesidad de vigilancia para que se vuelvan a restablecer los criterios de confianza establecidos a los ciudadanos.

Vittorio Pelligra hace algunas reflexiones sobre la reputación, la información y las relaciones interpersonales en la confianza (pp. 197-222). Es importante comprender los mecanismos individuales y sociales que producen y hacen que desaparezca la confianza, facilitando y obstaculizando los comportamientos cooperativos. Analiza el altruismo "familiar" (*Kin Altruism*) o regla de Hamilton; el altruismo recíproco elaborado por Robert Trivers (1971); la reciprocidad indirecta de Robert Sugden (1986) y el altruismo como señal de calidad. Adam Smith sugirió que la cooperación no es más que el resultado no querido del provecho personal o egoísmo recíproco (p. 208). Por tanto, hay que tener en cuenta las motivaciones psicológicas y morales de los sujetos.

Angelo N. M. Recchia-Luciani estudia la medicina y la confianza en el profesional sanitario (pp. 223-245). En la actualidad, existe una crisis en las relaciones de confianza entre el médico y su paciente, ya que resulta primordial el parámetro de la calidad percibida en la utilización por el paciente. Por ello, hay que tener muy presente la distinción que René Descartes hacía en su dualismo cartesiano entre la *res cogitans* o realidad psíquica y la *res extensa* o realidad física. La psicología comparada ha elaborado la capacidad de "construcción conceptual de clases" en diversas especies de simios, en los chimpacés, así como en la especie humana, tanto en la infancia como en la vida adulta. Un instrumento cognitivo que utilizan los humanos, aunque dependiendo de su capacidad oratoria, sería la metáfora (p. 238).

Gildas Richard nos ofrece un análisis filosófico de la confianza, texto que ha sido traducido por Lorenzo Scillitani (pp. 247-257). La confianza se muestra como una forma de seguridad inmediata, presentándose con la apariencia de un saber positivo y cierto. Pero ello no excluye la incertidumbre, que debe ser considerada como subjetiva y objetiva (pp. 248-249). G. Richard llega a afirmar que «la confianza es la mejor relación que podría establecerse con la libertad» ya que a un ser libre se le podría dar confianza. La confianza es el modo de relacionarse con un ser libre en cuanto tal (p. 253). Además, la confianza está considerada como una especie de garantía más o menos incierta en el futuro.

Simone Sassu hace un planteamiento antropológico-jurídico de la confianza (pp. 259-270), y la presenta como factor cultural que condiciona otros factores de relevancia jurídica. Es necesario asociar los fenómenos culturales a las variables económicas y sociales, para poder comprender las relaciones y las normas sociales existentes en una comunidad particular. Además, para intentar comprender las implicaciones antropológico-jurídicas de la confianza es necesario reflexionar sobre las interrelaciones entre los conceptos de confianza, de "símbolos" y de "rituales" (p.

265). De hecho, los símbolos se relacionan con la autoridad y con las instituciones mediante un sistema (socialmente construido) de "prácticas" y de "rituales". Por tanto, habría que establecer una distinción entre "confiar" y "confianza". De modo, que en un juez sólo se puede confiar, pero en un mediador se puede establecer cierto grado de confianza en la medida en que intenta llegar a un acuerdo con la parte contraria.

Pierre Schlag estudia esta institución en su relación con el Derecho, cuya traducción ha corrido a cargo de Salvatore Stefanelli (pp. 271-297). Todas las instituciones políticas encuentran su fundamento en la Constitución. Existen numerosas cuestiones que se plantean en torno a la Constitución. Schlag considera que es difícil argumentar por qué la Constitución se presenta como el presupuesto de cualquier fundamentación, y sin embargo, no es más que la unión de varios poderes y de los respectivos límites y privilegios. La Constitución establece la estructura jerárquica del Estado, e interpreta su organización estructural. No se puede considerar la Constitución como un simple texto o una estructura o bien una Carta fundacional del Estado, sino como una combinación de distintos modos de argumentación jurídica (p. 282). Se plantea el autor si la Constitución es más un documento escrito o más parecido a uno también orgánico de principios (pp. 292-293).

Lorenzo Scillitani se refiere a la reciprocidad sin obligaciones y a la obligación sin reciprocidad, y a la relación de la confianza con la donación y el amor (pp. 299-312). La relación contractual se califica como jurídica en la medida en que implica dimensiones de simetría como la "equivalencia" y la "equidad", que imponen un orden de "justicia" en el interior de un sistema jurídico, político y ético. Para Hénaff, el tránsito de la reciprocidad a la mutualidad se lleva a cabo como tránsito de la "donación a la confianza" (p. 302). En opinión de Scillitani, una reciprocidad "sin" obligaciones sería en principio admisible.

Algunos autores han defendido que la sociedad humana se presta a ser representada, en el plano antropológico, como un tejido de relaciones interpersonales, que se realizan en alianzas y en relaciones de filiación. En realidad, la confianza procede de una "obligación incondicionada", es decir, sin reciprocidad. Y esa confianza nos llevaría a una figura que responde a un impulso, que se llama "amor". De hecho, para Karl Jaspers, «el amor es el fundamento de la confianza», en la medida en que la gratuidad absoluta del amor es un indicio inequívoco de la libertad con la cual se dona, al tiempo que se permite que la otra persona se oponga al amor que se entrega. En realidad, una confianza sin amor, estaría incompleta y le faltaría algo.

Otra cuestión: la seguridad y la conflictividad en las relaciones internacionales han sido desgranadas de la mano de Emilio Tirone (pp. 313-322). En el mundo occidental, el recurso a la guerra constituye no sólo un problema de consciencia sino también de razón, y supone una antinomia moral en el ámbito de las relaciones políticas internas y jurídicas en el ámbito internacional. A partir de la Segunda Guerra mundial, el mundo occidental ha considerado la guerra como una forma de violencia más o menos organizada, por lo que la comunidad internacional se ha dotado de complejos instrumentos, jurídicos y políticos.

De esta forma, se abandona el término "Derecho bélico" y se sustituye por el de "Derecho humanitario internacional de los conflictos armados" (p. 315). Paradójicamente, el temor al holocausto nuclear garantiza la paz de todos. Ha sido el orden bipolar el que ha evitado el apocalipsis de la tercera guerra mundial y la guerra en el mundo occidental. La caída del muro de Berlín y el fin de la Unión

Soviética permitieron la creación de nuevos escenarios, donde han proliferado las guerras civiles. A las crisis internas se le han unido el integrismo islámico, de carácter transnacional, que algunos han calificado como el Tercer conflicto mundial y que tuvo su máximo exponente en el ataque de 11 de septiembre de 2001 a las Torres Gemelas de Nueva York (p. 316). En un mundo globalizado, las violaciones de los Derechos humanos y la emergencia humanitaria están consideradas como elementos de tensión internacional que perjudican la seguridad colectiva.

Barbara Troncarelli plantea varias cuestiones: el riesgo, la seguridad y la confianza en la sociedad de la información (pp. 323-343). En la actual sociedad, la información ha propiciado el desarrollo de la tecnología y la información, creciendo exponencialmente la circulación de los bienes inmateriales formados por datos e información. Muchos de estos datos son de carácter personal, social, científico, cultural, político y, sobre todo, económico. Esta sociedad de la información se caracteriza por el rápido cambio, que paradójicamente se mantiene gracias a la inmutabilidad del precario equilibrio existente. Beck en el año 2000 habló de una sociedad de la información equiparable a la "sociedad del riesgo". Más tarde, Marini (2007), habla de una sociedad de la información como contexto socio-económico, integrada por mecanismos tecnológicos-informativos, funcionales para diversos intereses particulares e individuales. En la "sociedad de la comunicación", vigente en la Unión Europea, se aplican los términos de libertad y justicia, estando todos los datos interrelacionados. En la sociedad moderna la principal preocupación que surge es la cuestión de la seguridad, a consecuencia de las emergentes tecnologías. Troncarelli considera que la confianza y la seguridad son valores en recíproca implicación entre sí, en cuanto que la seguridad resulta, al mismo tiempo, causa y consecuencia de la confianza. De hecho, la seguridad genera confianza en el ámbito de las relaciones sociales.

En la última colaboración de esta obra colectiva, Patrick Watier se refiere a la confianza y la desconfianza; este artículo ha sido traducido por Rosaria di Folco (pp. 345-353). Ambas, confianza y desconfianza, forman parte de un repertorio común y estarían interrelacionadas. Desde el punto de vista de la sociología, la confianza permite explicar cómo es posible una sociedad o cómo es posible una asociación. Para explicar ambas figuras, se refiere a la mano invisible de Adam Smith que se basa en la armonía resultante de aquellos individuos que persiguen sus propios intereses personales. En realidad, las teorías sociales contribuyen a construir el mundo social y no se limita sólo a describirlo. En todo caso, los individuos deben comportarse respetando las obligaciones estipuladas, teniendo en cuenta no sólo la moral, sino también los valores religiosos de cada uno y la ética.

Esta obra es fruto de un proyecto de investigación, bajo la responsabilidad de Lorenzo Scillitani, junto con Guido Gili y Barbara Troncarelli, llevado a cabo en el Departamento de ciencia histórica, humana y social de la Universidad del Molise. Su publicación escrita ha sido coordinada por Paolo Becchi, que enseña Filosofía práctica y Bioética en la Universidad de Génova y por Lorenzo Scillitani, que enseña Derechos humanos y Filosofía del Derecho en la citada Universidad del Molise. *[Recibida el 1 de noviembre de 2012].*

Guillermo Hierrezuelo Conde

Bjarne Melkevik, *Percorsi di Filosofia del diritto*, en Cuadernos de “Teoria del Diritto e dello Stato, Rivista Europea di Cultura e Scienza Giuridica”, n^o 4, Roma, 2011, 186 págs.

RESUMEN: En este tomo 4, con el nombre de Cuadernos, hechos a modo de libros editados en sintonía con el contenido de *Teoria del Diritto e dello Stato, Rivista Europea di Cultura e Scienza Giuridica*, Bjarne Melkevik, noruego formado en París en los momentos finales de Michel Villey y actualmente catedrático de Filosofía del Derecho y Metodología Jurídica de la Universidad Laval, en Québec, desarrolla algunas temáticas sobre las que ha escrito en otras ocasiones como la solidaridad, la solidaridad y la democracia, la solidaridad y el estado providencia, la filosofía de Michel Villey, el pensamiento social y jurídico de Jürgen Habermas, la vulnerabilidad y la solidaridad, el cosmopolitismo, la sociología relacional aun cuando no cita a Pierpaolo Donati y otras cuestiones epistemológicas.

PALABRAS CLAVE: Bjarne Melkevik, Teoría del Estado, Sociología jurídica, Pensamiento social, Filosofía jurídica, Socialdemocracia, Solidaridad, Jürgen Habermas, Michel Villey.

Bjarne Melkevik, jurista y filósofo del derecho de origen noruego y catedrático de la Facultad de Derecho de la Universidad Laval (Québec), nos presenta un volumen centrado en el estudio del propio individuo sujeto del derecho, esto es, su autodeterminación, y la idea de solidaridad en el contexto de la mundialización.

La construcción propuesta por Bjarne Melkevik aporta interesantes datos que ayudan al lector a comprender el “sentido” de la Filosofía del derecho, delimitando su alcance. Así, en la primera parte, el autor reflexiona sobre el significado de la filosofía del derecho contemporánea y el propio concepto de derecho. Para poner en desarrollo las líneas fundamentales, en los primeros capítulos de la obra se profundiza en la dimensión filosófica del derecho en términos ontológicos y también epistemológicos.

La complejidad que caracteriza el horizonte jurídico actual requiere una reflexión filosófica que otorgue un renovado impulso al razonamiento jurídico, nutriéndolo de nuevas construcciones. Es evidente, entonces, que para el autor la filosofía debe ahondar en las consideraciones sociales y políticas, en la relación entre el individuo y la sociedad, llamada a hacer frente a los temas más importantes relacionados con la condición del hombre en el marco histórico de la modernidad y, más aún, de la posmodernidad.

Desde esta posición, la filosofía del derecho asume el papel de “acompañante” en el proyecto jurídico moderno. Las razones y los argumentos deben atemperar las relaciones entre: derecho y ética, entre el individuo y empresa, derechos y autonomía, en aras de concebir la filosofía del derecho como “práctica democrática”. Melkevik señala que la democracia representa un valor en sí mismo para nosotros. Nuestro compromiso a favor de un derecho democrático debe sin embargo ser mucho más que un acto de autodefensa, según pone de relieve el autor. Debe ser un esfuerzo permanente para que la Democracia pueda servirnos, mediante la reciprocidad, para promover las experiencias, los intereses y las expectativas extraídos de nuestros sistemas de “legitimidad y legalidad”.

En la necesidad de que todos los sujetos deben reconocerse como autores y beneficiarios de derechos, normas e instituciones, la filosofía del derecho no puede ser relegada a un mero ejercicio de heteronomía de moralidad liberal. La filosofía del

derecho debe reflejar en sí misma el objetivo democrático del proyecto jurídico moderno; y es por ello que existen razones para tomar en serio la posibilidad de un derecho democrático. Melkevik ubica, de manera precisa, la cuestión de un “nosotros jurídico”. Los procesos democráticos –arguye el autor– nos conducen hacia una concepción del derecho que sitúa en el nivel de los sujetos de derecho un “nosotros jurídico” y sus intereses. Se trataría de una concepción que reúna el universo jurídico de los sujetos de derecho, los cuales utilizan los procesos democráticos para afirmarse como los autores de sus derechos.

La filosofía del Derecho asume sobre sí la responsabilidad de poner en el centro de cada análisis jurídico la importancia de la relación “Derecho-Sujeto” y la necesidad de situar al sujeto como autor y destinatario del Derecho; beneficiario de la tutela del ordenamiento jurídico.

La segunda parte de la obra está centrada, precisamente, en el análisis y valoración crítica de la vulnerabilidad, la solidaridad, el derecho “cosmopolítico” y la globalización. Para el autor el hombre es un ser vulnerable, y la naturaleza de su vulnerabilidad se refleja en un doble horizonte, personal y relacional. Así pues, con una condición tan frágil, cada sujeto está inevitablemente expuesto al riesgo de sufrimiento, no sólo en el proceso individual de personificación, sino en su socialización relacional. Un importante aspecto a considerar en el capítulo cuarto es la visión “cosmopolítica” del Derecho inherente al modelo comunicacional de Jürgen Habermas tal y como lo expresó: la clave del derecho “cosmopolítico” reside en el hecho que concierne, más allá de los sujetos colectivos del derecho internacional, al estatus de los sujetos de derecho individual como fundamento de la pertenencia directa a la asociación de “cosmopolitas” libres e iguales (p. 128).

De otro lado, centra especialmente su atención en la valoración de la solidaridad como remedio a las grandes tragedias morales y políticas que han alterado el curso del siglo XX. Demuestra cómo los errores de la Segunda Guerra Mundial han dejado patente la crueldad de la propia naturaleza humana. Por consiguiente, el anhelo de paz no puede sin más ser reducido a una simple condición de ausencia de conflicto toda vez que debe ser conquistada mediante la solidaridad y el reconocimiento de su valor. Melkevik insiste especialmente en la necesidad de aumentar el valor de la solidaridad entendida como libre, espontánea y voluntaria.

Como derivación de lo anterior y siguiendo la lógica de la mundialización; el advenimiento de una sociedad cada vez más globalizada sin duda ha favorecido las actividades económicas y comerciales a través de un sistema más fluido de la cooperación en un mercado libre y, sin embargo, esta libertad no procura preservar la autonomía de los individuos, de las identidades y las tradiciones de cada cultura de una nación.

En los últimos capítulos se plantea un nuevo debate jurídico referido al concepto de modernidad y al paradigma de la postmodernidad en el derecho insistiendo en la cuestión de la racionalidad. Particular interés reviste el estudio del movimiento post-estructuralista, con reflexiones de sus principales exponentes como Jean-François Lyotard y Jacques Derrida. Asimismo otro importante lugar está reservado por el autor al pensamiento de Nietzsche.

El final de la presente obra culmina con un apéndice que condensa el pensamiento del que fuera profesor de la Universidad de París, Villey, con su obra *Les Carnets*, publicada en 1995. Precisamente a Michel Villey, nacido en Caen el 4 de abril de 1914, la *Revista europea de Historia de las ideas políticas y de las instituciones públicas*, dedicará su n^o 7 (abril 2014) para homenajear su figura y su pensamiento bajo el título *Estudios de historia del pensamiento jurídico y de las*

ideas políticas en homenaje a Michel Villey (1914-1987), en ocasión del centenario de su nacimiento, homenaje al que se ha cursado selecta invitación a solo profesores de Francia, Italia, Alemania y Canadá. [Recibida el 7 de septiembre de 2012].

Elena Sáez Arjona

Jean-Louis Clément, *La collaboration des évêques (1920-1945)*, Les Indes savantes, Paris, 2011, 273 págs.

ABSTRACT: Esta obra analiza las relaciones entre el episcopado y el Estado francés en el período comprendido entre 1919 y 1945 y caracterizado por una dosis considerable de conflictividad. Era una época en la que predominó la crisis de Autoridad, que se vio acrecentada sobre todo por la ruptura unilateral precedente por parte del Estado del concordato con la Ley de separación de 1905, considerándose a partir de ese hito la religión como un asunto estrictamente privado. En esta época destaca el documento de 7 de mayo de 1919 que pretendía la regeneración de Francia tras la Primera Guerra Mundial. Además, la Iglesia católica en todo momento abogaba por la separación entre el mundo terrenal y el divino. El 23 de marzo de 1934, los cardenales y arzobispos publicaron una declaración relativa a la crisis de la autoridad del Estado, incidiendo en que la sociedad y el Estado estaban al servicio de la propia persona, y proclamando la dignidad humana. Por otro lado, el documento publicado el 31 de octubre de 1936 se refería a la conflictiva guerra civil en España. Pío XII demandaba el 10 de marzo de 1939 una subvención al Estado en favor de la enseñanza confesional, al tiempo que clamaba el restablecimiento de la moral en Francia. Por otro lado, los demócratas cristianos aceptaban la unión entre derechos civiles y derechos políticos, mientras la jerarquía católica en todo momento clamaba la obediencia al poder legítimo. En 1940 el Estado francés comenzaba a aceptar el catolicismo, a cambio de que la Iglesia asumiera el derecho del Estado a participar en el nombramiento de los obispos. Sin embargo, el Episcopado era reacio a aceptar la autoridad del Estado con una referencia explícita a Dios. El 23 de noviembre de ese mismo año, Francia restableció la enseñanza pública de la religión, recordando los deberes con Dios. Este dato puede dar la idea de que Francia nunca abandonó la idea de un acuerdo entre la Santa Sede y Francia. Por otro lado, la Charte du travail de 4 de octubre de 1941, del régimen dictatorial de Vichy, supuso la supresión de los sindicatos católicos y cristianos reformados y la de la Confederación de Sindicatos cristianos, de la misma manera que suprimió la Confédération Générale du Travail.

PALABRAS CLAVE: Episcopado francés, Iglesia católica, Doctrina social de la Iglesia, Confederación de Sindicatos cristianos, Francia, 1920-1945.

En el periodo comprendido entre las dos guerras (1919-1939) quedó patente una crisis de Autoridad en Francia. Henri Lorin estimó, en 1914, que esta crisis de Autoridad encontraba sus orígenes en el siglo XVI, cuando se liberó al hombre de su origen divino y materializó al individuo, su naturaleza y su destino. Estas afirmaciones hay que entenderlas en la Europa en la que se producía, años más tarde, la revolución rusa de 1917. La Iglesia católica había establecido una

separación entre el mundo terrenal y el divino, que excluía cualquier posible confusión entre ambos mundos. Un documento fechado el 7 de mayo de 1919 hablaba de «la regeneración de Francia tras la Gran Guerra».

En 1936 se publicó una carta pastoral el 31 de octubre, en la que hacía mención a la encrucijada de la guerra civil española. Jean-Louis Clément destaca que «todos los textos coinciden en mostrar que Dios es el fundamento de todos los cambios, de la autoridad como orden social» (p. 20). La carta pastoral de los cardenales de Francia de 31 de octubre de 1936 reafirmaba que Dios se presentaba como el fundamento del orden moral y social (p. 20). Y ello con independencia de la forma de gobierno, según manifestó en sus enseñanzas León XIII sobre la indiferencia constitucional de la Iglesia a favor de monarquías, repúblicas o imperios. La Ley de separación de 1905 había originado una convulsión enorme en la Francia católica y protestante.

La carta de 7 de mayo de 1919 recogía un documento que seguía la teología tomista del catolicismo más intransigente y, en cierto modo, la influencia indirecta de la teología dogmática del cardenal Louis Billot (1846-1931) (p. 22). También el 23 de marzo de 1934, los cardenales y arzobispos publicaron una declaración sobre la cuestión de Autoridad en Francia. En esta declaración se analizaba la crisis de la Autoridad del Estado y se manifestaba que la sociedad y el Estado estaban al servicio de la persona humana, insistiendo en la naturaleza ontológica del hombre y en que la dignidad de la persona humana nos defiende contra el estatismo excesivo y contra la anarquía (pp. 25-26). Al mismo tiempo acogían algunos de los principios de la Doctrina social de la Iglesia. De hecho, Jean-Louis Clément considera que la negación de la persona y de sus derechos humanos y sociales «podría conducir al Estado totalitario» (p. 200).

El 24 de marzo de 1934, el Episcopado señalaba la causa concreta de la crisis de la Autoridad en Francia: «la confusión de los poderes que paralizan la buena administración» (p. 29). Fueron numerosos los llamamientos emitidos por los obispos que clamaban el restablecimiento de la moral individual, profesional y social en Francia y, por tanto, sentar la Autoridad del Estado. Sin embargo, el 10 de marzo de 1939, Pío XII demandaba una subvención del Estado en favor de la enseñanza confesional como fin del anticlericalismo en la enseñanza pública del país galo. Finalmente, Clément concluye que «la participación oficial de la enseñanza confesional en la restauración de la Autoridad fue aplazada *sine die* en mayo de 1940» (p. 34). De hecho, la Autoridad se fundamentó sobre el ateísmo y el materialismo. Por ello, muchos de los fieles rechazaron participar en el restablecimiento de la Autoridad y en la reforma del Estado, en cuanto que se alejaba de los principios religiosos (p. 43). La Asamblea de cardenales y arzobispos de 10 y 11 de marzo de 1936 estableció de una parte para el caso de los laicos una distinción entre los adultos y los jóvenes, y de otra los simples fieles de los militantes de la Acción católica. Jean-Louis Clément destaca que «para la jerarquía, la solución de la crisis de la Autoridad se encontraba más sobre los hombres que sobre los sistemas de ideas, más sobre la recomposición del tejido social que sobre las cuestiones puramente políticas» (p. 54). Pero los demócratas cristianos habían aceptado el principio republicano que unía indisociablemente los derechos civiles y los derechos políticos y sociales (p. 59). En pleno auge de la crisis de la Autoridad, que minó los pilares de la Tercera República francesa, la jerarquía católica intentaba mantener por todos los medios el principio clásico de obediencia al poder legítimo (p. 63). También existían similitudes entre la carta a los fieles de 25 de julio de 1941 y la Asamblea celebrada el 15 de enero de ese mismo año en la que los cardenales y

arzobispos reafirmaron la distinción entre dominio espiritual y dominio temporal para rechazar la solidaridad orgánica entre la Iglesia y el Estado. En ambos casos, la fórmula "poder establecido" era sinónimo de poder legítimo. Pero también existían diferencias, ya que en enero de 1941, los cardenales y arzobispos establecieron y comunicaron una serie de consignas a los miembros del clero; mientras que en julio, ellos determinaron cuáles eran sus enseñanzas, las de la Iglesia católica, a la asamblea de fieles (p. 102).

En 1940 Francia consideraba que el cristianismo era la vía para mantener la libertad espiritual, mientras se luchaba contra las ideas hitlerianas. De esta forma, el Estado francés comenzó a admitir que el catolicismo era la religión de la mayoría de Francia, pero a cambio la Iglesia debía aceptar el derecho del Estado a participar en el nombramiento de los obispos. Pero el Episcopado era contrario a establecer la autoridad del Estado en base a una referencia explícita a Dios. Por ello, una nota, fechada el 4 de agosto de 1941, y firmada por el consejero de Estado André Lavagne, reorientó la política del Estado francés en cuanto a la neutralidad en materia religiosa. Mediante decreto de 23 de noviembre de 1940, Jacques Chevalier restableció la enseñanza pública en el estudio de los deberes con Dios. Pero, como señala Clément, «el Estado francés no podía tolerar durante más tiempo esta política religiosa, que limitaba sus Derechos y rechazaba su tradición de neutralidad» (p. 132). De esta forma, la ley de 6 de enero de 1941 modificó el art. 2 de la ley de 28 de marzo de 1882 y desaparecía la jornada para la instrucción religiosa (p. 133). En realidad, el Estado francés se limitaba a imitar a los sistemas totalitarios que divinizaban al Estado y la referencia a los valores cristianos no eran sino una hipocresía. Un año más tarde, las decisiones de la Asamblea de los cardenales y arzobispos de 2 de diciembre de 1942 no pudieron quedar recogidas en una publicación oficial. En consecuencia, el catolicismo tenía interés porque lo asociaran a la "Revolución europea", lo que supondría una ruptura con la ideología de los "Iluminados" (p. 201). En 1940 la idea de un concordato entre Francia y la Santa Sede no había sido totalmente abandonada. De hecho, la Asamblea de los cardenales y obispos, que se celebró en París el 28 de agosto de 1940, no dejó nunca de lado esta cuestión. Años más tarde, en 1944 se elaboró un texto bajo el título "La cuestión de los obispos bajo la Ocupación".

Jean-Louis Clément en la actualidad trabaja en el Instituto de Estudios Políticos de la Universidad de Estrasburgo. Esta obra es una edición revisada y aumentada de su libro *Les Évêques au temps de Vichy*. También cuenta con otras publicaciones como *Monseigneur Saliège, archevêque de Toulouse. 1929-1956* (1994). Clément es un referente firme de la defensa de los derechos de los católicos en un mundo de laicidad, en el que incluso no se valora como debiera la Doctrina social de la Iglesia y la defensa que la jerarquía católica hace de las clases sociales más desprotegidas. [Recibida el 30 de octubre de 2012].

Guillermo Hierrezuelo Conde

Jean-Michael Servais, *International Labour Organization (ILO)*, Walters Kluwer Law& Business, Alphen aan den Rijn, 2011, 136 p.

ABSTRACT: The subject of this book is the history, functioning and activity of the International Labour Organization in the field of the codification of international labour law, over the last ninety years. The general character of the book makes it easy to reception for specialists from different disciplines. The book seems to be a useful preliminary reading for more in-depth studies, especially for specialists in social studies and all individuals interested in activities undertaken by the organization. The book contains important information related to the origins and functioning of the organization: the origins and development, legal frameworks of activity, main goals of action, financing, the regional dimension of ILO activities, relations and collaboration with other international organizations, forecast of future activity of the organization and closing remarks.

KEYWORDS: ILO, International Labour Organization, Labour code, International labour law, ILO Conventions and Recommendations.

Nawet najbardziej zagorzali obrońcy efektywności systemu NZ zgodzą się z twierdzeniem, że Międzynarodowa Organizacja Pracy (MOP) odgrywa coraz mniejsze znaczenie w panoramie transnarodowych instytucji współpracy. Decyzje zapadające na corocznej Międzynarodowej Konferencji Pracy nie przekładają się na polepszenie sytuacji zatrudnionych w większości krajów tak zwanego południa. Państwa wysoko rozwinięte już od wielu lat nie przywiązują przesadnej uwagi do zapadających w Genewie decyzji, koncentrując się raczej na własnym prawodawstwie i mechanizmach współpracy regionalnej. MOP pozostaje co prawda zasłużoną instytucją uniwersalną, o ponadczasowych zasługach w kodyfikacji standardów międzynarodowego prawa pracy. Wiele problemów uznawanych do niedawna za przestrzeń aktywności MOP coraz częściej podejmowanych jest z sukcesem przez inne instytucje ONZ. Statyczny charakter organizacji coraz rzadziej postrzegany jest jako zaleta. Nawet publikacje MOP zwracają uwagę na konieczność podjęcia działań na rzecz wzmocnienia znaczenia międzynarodowego prawa pracy i zwiększenia efektywności instytucji.

Pomimo ograniczonej mocy sprawczej MOP jest instytucją niezwykle często analizowaną w specjalistycznym piśmiennictwie naukowym. Specjalistów prawa międzynarodowego przyciąga zapewne możliwość prześledzenia rzadkiego przykładu ponad dziewięćdziesięcioletniej historii instytucjonalnej. Genewska biblioteka organizacji (podobnie jak archiwum Ligi Narodów) jest skarbnicą wiedzy dla specjalistów badających pierwszy okres kształtowania się organizacji uniwersalnych. Eksperci z zakresu międzynarodowego prawa pracy i różnego rodzaju studiów komparatywnych porządków krajowych zwracają uwagę na ewolucję i losy przyjmowanych w kolejnych latach standardów pracy. Dzieje MOP stały się także polem badań zawodowych historyków. Fakt ten uznać możemy za jak najbardziej pozytywny, zwłaszcza w kontekście wydawanych w przeszłości przez organizację hagiograficznych publikacji pozbawionych rzetelnej analizy krytycznej. Historia instytucji międzynarodowych odzwierciedlać może właściwe wielkim mocarstwom okresy emergencji, rozkwitu, stagnacji i degeneracji.

Wśród wydanych ostatnio publikacji dotyczących historii i aktywności MOP wymienić możemy choćby *ILO Histories: Essays on the International Labour Organization and Its Impact on the World During the Twentieth Century*

(Peter Lang, 2011) czy *Human Rights, Development and Decolonization. The International Labour Organization, 1940-1970* (Palgrave MacMillan, 2012). Interesujący tekst na temat oddziaływania MOP na globalizację praw człowieka znajdziemy w opracowaniu Hoffmanna dotyczącym praw człowieka w XX stuleciu. Książka Servaisa wydaje się opracowaniem dużo bardziej ogólnym. Uzupełnia jednak braki w zakresie zwięzłego spojrzenia na całość dorobku organizacji. W dalszym ciągu brakuje jednak bardziej szczegółowej monografii organizacji, uzupełnionej o krytyczną analizę źródeł. Mało także pisze się o ewolucji przyjmowanych przez organizację międzynarodowych standardów pracy. Analiza historii kodyfikacji międzynarodowego prawa pracy okazać się może cenną wskazówką w kontekście aktualnej stagnacji tej dyscypliny. Książka z powodzeniem służyć może jako wstęp do bardziej zaawansowanych studiów lub zestaw podstawowej wiedzy na temat MOP dla pracowników służby zagranicznej, dziennikarzy czy przedstawicieli nauk społecznych. W odróżnieniu od wydanych ostatnio publikacji historycznych książka koncentruje się na przedstawieniu najważniejszych kierunków aktywności MOP.

Analizę historii MOP rozpoczyna autor od rozważań nad sferą zatrudnienia w Europie końca dziewiętnastego wieku. Wydaje się zatem, że przypadające na 1919 rok powstanie organizacji stanowiło odpowiedź na rzeczywiste problemy społeczne, nie zaś narzędzie realizacji interesów politycznych wąskich kręgów elit władzy. Najsilniejsi światowi gracze polityczni nigdy zresztą za ILO nie przepadali. Analiza historii instytucjonalnej MOP podzielona została na pięć etapów: 1. okres "narodzin", 2. kształtowanie tożsamości w okresie międzywojennym, 3. druga wojna światowa i jej polityczne następstwa, 4. funkcjonowanie w ramach ekonomii globalnej. Przedstawiony przez autora podział odzwierciedla klasyfikacje znane nam z innych opracowań naukowych. Decydujący wpływ na stopień efektywności MOP miały zatem, w mojej ocenie, następujące wydarzenia i procesy: okres wilsonowskich nadziei i ich stopniowy upadek w latach trzydziestych, druga wojna światowa, następstwa antagonizmów na linii wschód-zachód, dekolonizacja, integracja Europejska i niechęć państw wysoko rozwiniętych wobec MOP, próba nawiązania dialogu z nowymi wzorcami gospodarczymi.

Przedmiotem rozważań w kolejnym fragmencie są instytucjonalne ramy aktywności MOP. Autor koncentruje uwagę na trzech zagadnieniach: mandacie organizacji, członkostwie oraz organach ILO. Zasadniczą podstawą dla wspomnianych rozważań jest oczywiście konstytucja organizacji (część XIII Traktatu wersalskiego) oraz przyjęta w maju 1944 roku Deklaracja Filadelfijska (od 1946 roku stała się ona częścią Konstytucji MOP). W niezwykle rozbudowany sposób (aż dwa fragmenty) omówione zostały formy działalności organizacji. Autor wymienia wśród nich tworzenie, promocję i nadzór przestrzegania standardów ochrony pracy przez państwa członkowskie, współpracę techniczną oraz działalność badawczą, informacyjną i inicjowanie zaawansowanych debat. Mało miejsca poświęcił autor finansowej stronie aktywności organizacji oraz podejmowanej w ramach MOP współpracy regionalnej. Finansowe aspekty funkcjonowania MOP w dalszym ciągu pozostają zagadnieniem jedynie szczerkowo omówionym w literaturze przedmiotu. Dużo więcej wiemy na temat rozwijanego już w latach trzydziestych regionalnego wymiaru aktywności MOP. Organizowane w ramach państw latynoamerykańskich regionalne konferencje MOP poświęcone były między innymi problemom imigracji zarobkowej. Niezwykle istotny wydaje się fragment poświęcony relacjom MOP z innymi organizacjami międzyrządowymi. Zagadnienie to doczekało się już pokaznego piśmiennictwa i w dalszym ciągu analizowana jest dynamika współpracy

MOP z instytucjami w ramach i spoza systemu NZ (OECD). W ostatnim fragmencie książki autor zawarł zwięzłe prognozy dotyczące przyszłości MOP w zmieniającej się sieci zależności polityki i ekonomii. Wraz z upadkiem systemu dwubiegowego MOP wydaje się instytucją coraz mniej wpływową i niezależną od czynników politycznych. To czynniki ekonomiczne oddziałujące na globalną panoramę zatrudnienia będą miały decydujący wpływ na jej dalsze funkcjonowanie. Czy przyszła aktywność MOP ma szansę wpłynąć na istotne polepszenie sytuacji zatrudnionych na świecie? Pomimo najszczerzych chęci i widocznego choćby na corocznych konferencjach entuzjazmu bardzo trudno będzie udzielić na to pytanie twierdzącej odpowiedzi. [Recibida el 10 de noviembre de 2012].

Bogumił Termiński

Gaspare Mura, Lorenzo Scillitani, Pasquale Ferrara, Philip Larry, Sonia Ruggeri, Francesca Francesconi, Shahid Mobeen, *Religione e libertà in Pakistan dal 1970 al 1990*, Editrice Apes, 2012, 268 págs.

RESUMEN: Gaspare Mura destaca el enfrentamiento entre las religiones monoteístas, en particular el Islam, y la democracia política. Esta incompatibilidad se vio reforzada en la segunda mitad del siglo XX. El autor considera que existe un elemento "violento" e "intolerante" del monoteísmo. Además, es de la opinión que la teología política no puede suponer una representación fundamental de la fe cristiana (p. 46). Con la llegada al poder de Mohammed Daud en julio de 1973, se produjo un cambio político en Afganistán. A partir de 1977 tuvo lugar un acercamiento político entre Afganistán y Rusia. Años más tarde, en 1983, se celebraron elecciones nacionales ante la presión internacional. Lorenzo Scillitani señala que Pakistán, que alcanzó la independencia en 1947, está considerado el sexto país más poblado del mundo y el primer país musulmán con más población. Bhutto ocupó el cargo de primer ministro en 1973, y cuatro años más tarde, el 5 de julio de 1977, el general Muhammad Zia ul-Haq dio un golpe de Estado e impuso un régimen militar, que se prolongaría hasta 1988. Pasquale Ferrara se refiere al carácter transnacional de la religión, consecuencia de las nuevas tecnologías de la información y de la globalización. Fue en los años ochenta cuando se produjo la transformación internacional de las relaciones entre política y religión. En los países musulmanes han existido tres modelos en las relaciones Estado-Islam: el laicismo opositivo, que se aplicó en Argelia tras el golpe de Estado de 1992; la islamización oportunista, que se adoptó en Jordania a partir de 1950 y en cierta medida Indonesia en los años noventa, y la islamización orgánica, aplicada en Pakistán entre 1970 y 1990. La controvertida cuestión de la producción de la bomba atómica por parte del gobierno ha sido tratada por Philip Larry. El programa nacional de la energía atómica para la construcción de la bomba en Pakistán fue fruto de un encuentro organizado por el primer ministro Zulfikar Ali Bhutto el 24 de enero de 1972. Dos años más tarde, el 18 de mayo de 1974, Pakistán reconoció por primera vez el programa para la construcción de la bomba una vez que la India realizó su primera prueba sobre armamento nuclear en Pokhran. Pero no fue hasta 1998 cuando Pakistán estuvo en condiciones de realizar la primera prueba nuclear. Sonia Ruggeri califica al sistema escolar pakistaní como uno de los menos desarrollados del mundo, ya que el Estado sólo invierte el 2% del producto interior bruto. En realidad, la clase alta y medio-alta siempre ha enviado a sus hijos a las escuelas

privadas, mientras que la pública carece de electricidad, agua, pavimentos y sillas. En muchos casos, los profesores han estudiado en las mismas escuelas donde ahora imparten sus enseñanzas. En 1998, la tasa de analfabetización en Pakistán se estimaba en torno al 42% para los hombres y al 71,1% en las mujeres. Francesca Francesconi se refiere a la normativa más relevante en el período estudiado: la Ordenanza *Hudood*, promulgada el 22 de febrero de 1979, referida a algunas cuestiones islámicas; las Leyes sobre la blasfemia reguladas en las Ordenanzas de 1980, 1982 y 1986, así como el Código penal y el Código de Procedimiento penal pakistaní, y también la Corte Federal *Shariatika* que fue instituida en 1980. Mobeen Shahid pretende encontrar una respuesta en la Filosofía del Derecho para analizar el sistema político de Pakistán entre 1970 y 1990. Mobeen señala que bajo el gobierno de Bhutto se produjeron importantes cambios en Pakistán: se aprobó la Constitución de 1973, que recogía leyes especiales para las minorías religiosas; también se dictó la ley de la blasfemia; el país se declaró "República islámica del Pakistán", al tiempo que se establecieron las bases de la política nacional para obtener la tecnología nuclear para construir la bomba atómica en Pakistán.

PALABRAS CLAVE: Pakistán, Religión, 1970-1990.

Gaspere Mura nos ofrece una introducción teórica e histórica en la situación pakistaní sobre religión y política (pp. 11-109). Existe un enfrentamiento entre las religiones monoteístas, en particular el Islam, y la democracia política. Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) consideraba a la Iglesia católica como el principal enemigo de la democracia, y así lo manifestaba en su obra *El contrato social*. Gustavo Zagrebelsky defiende que, mientras la democracia se fundamenta en el pluralismo y el relativismo de los valores éticos, la religión cristiana se fundamenta en la caridad verdadera. En cierta medida, caridad es democracia. La tesis de la incompatibilidad entre el monoteísmo y la democracia se reforzó en la segunda mitad del siglo XX. El monoteísmo no es aritméticamente lo divino. Según la tesis de Assmann habría que separar la Verdad de Dios de todo aquello que no fuera Dios. Gaspere Mura afirma que existe un aspecto "violento" e "intolerante" del monoteísmo; pero es una consecuencia de una falsa idea y práctica política del monoteísmo, que se remonta a los orígenes históricos en Egipto. A diferencia del politeísmo pagano, en la Biblia se afirma una separación entre Estado y religión, que no puede ser sólo un instrumento de su poder con la única pretensión de influir en el poder divino. La unidad de Dios no es característica exclusiva del monoteísmo bíblico, puesto que en las religiones politeístas aparece un Dios superior a los otros Dioses (Jehová). Por otro lado, mientras la idolatría comporta la legitimación del poder político como representante del divino, la teología política bíblica contradice la idolatría política. La controversia entre la verdad religiosa y la verdad secular ha quedado reflejada en gran medida en la situación actual de conflicto entre cultura y religión (p. 29). Y es el amor la esencia de la Verdad cristiana. En el ámbito civil, para Platón la justicia y el bien de un Estado dependía de la justicia representada personalmente en el hombre. Desde la obra *De civitate Dei* de San Agustín, la política sólo podría tener sentido cristiano si partía del gran misterio de la encarnación y de los valores de fraternidad, libertad y justicia que se fundamentan en la revelación evangélica. En el ámbito cristiano, Gaspere Mura es de la opinión que la teología política no puede suponer una representación fundamental de la fe cristiana (p. 46). A continuación analiza algunos autores de teología política en la Iglesia: Carl Schmitt (1888-1985), Erik Peterson

(1890-1960), Jacques Maritain y Vittorio Possenti (pp. 48-71). En julio de 1973 alcanzó el poder Mohammed Daud, lo que representó un cambio político en Afganistán. La crisis entre Afganistán y Pakistán se atenuó en 1977, a consecuencia del cambio en las relaciones políticas entre Afganistán y Rusia, ya que se otorgó mayor independencia al gobierno de Daud. Las presiones internas e internacionales provocaron que Zia, fallecido en un accidente aéreo el 17 de agosto de 1988, anunciara en 1983 elecciones nacionales (p. 89). El 27 de diciembre de 2007 fue asesinado en Rawalpindi (Pakistán) Benazir Bhutto, líder del Partido del pueblo pakistaní.

Lorenzo Scillitani, profesor de Derechos humanos y Filosofía del Derecho en la Universidad del Molise, escribe sobre la relación entre el Islam y el Derecho (pp. 111-152). Pakistán es el sexto país más poblado del mundo y el primer país musulmán con más población; en 2008 contaba con 163 millones de habitantes. Las relaciones entre la Unión Soviética y Afganistán comenzaron en 1979 y finalizó en 1989, y supuso un enfrentamiento a la hegemonía americana en la guerra fría. La cuestión pakistaní ha pasado de tener una naturaleza internacional –en particular la disputa sobre Cachemira y su rivalidad con la India– a adquirir una dimensión a nivel de globalización. La independencia de Pakistán tuvo lugar en 1947, y en 1973 Bhutto ocupó el puesto como primer ministro, al aprobarse la quinta Constitución del país, que supuso una democratización. En esta nueva Constitución el Islam tenía la consideración de religión de Estado, si bien ya en la primera Constitución, Pakistán se declaraba República islámica. El 5 de julio de 1977 el general Muhammad Zia ul-Haq dio un golpe de Estado e impuso un régimen militar, que duraría hasta 1988. Bhutto fue ejecutado el 4 de abril de 1979. Zia estableció la ley islámica como ley fundamental y básica del país. De esta forma, Pakistán se ha convertido en una hegemonía trans-continental, dentro del Islam.

Pasquale Ferrara escribe sobre el análisis internacional y transnacional de la política y religión en Pakistán en el período comprendido entre 1970 y 1990 (pp. 153-187). El carácter transnacional de la religión ha sido, sin duda, fruto de las nuevas tecnologías de la información a consecuencia de la globalización. La transformación internacional de las relaciones entre política y religión tuvo lugar en los años ochenta. La creación de Pakistán como Estado fue el origen de una gran inseguridad, agravada por una crisis de identidad. Por ello, el ejército adquirió un notable protagonismo, teniendo la función de la defensa. A lo largo de su historia, Pakistán ha tenido que asumir cuatro regímenes militares, todos ellos han tenido que hacer compatible y conciliar la religión y la política (p. 155). El sistema político pakistaní se presentó al Islam como el factor de integración nacionalista en los años setenta y ochenta, período caracterizado por una profunda crisis de proyecto nacional. Durante el gobierno de Zia-ul-Haq en 1977 se abrió un nuevo capítulo en la dicotomía entre Islam y el Estado. Zia convirtió a Pakistán en la principal resistencia islámica contra la Unión Soviética. Tras la muerte del general Zia en un accidente aéreo en agosto de 1988, Benazir Bhutto fue nombrado primer ministro, convirtiendo a Pakistán en el primer país de mayoría islámica en tener a una mujer a cargo del gobierno (p. 160). Sayyed Vali Reza Nasr clasifica las relaciones entre Estado e Islam en tres posibles modelos: el laicismo opositivo (Argelia tras el golpe de Estado de 1992); la islamización oportunista (Jordania a partir de 1950 y en cierta medida Indonesia en los años noventa) y la islamización orgánica (Pakistán entre 1970 y 1990) (p. 163). Bangladesh, India y Pakistán representan la patria del 31% de la población musulmana total.

Philip Larry, profesor de la Universidad Pontificia Lateranense, analiza la cuestión de Pakistán y la producción de la bomba atómica por parte del gobierno (pp. 189-208). Incluso se ha usado el término de "bomba islámica", en la medida en que se trata de un país islámico casi en su totalidad. El principal artífice del nacimiento de la nación pakistaní fue Mohammad Ali Jinnah, que falleció poco después de su separación de la India. Jinnah contribuyó a la independencia con la promoción de la Liga Musulmana, órgano político de los musulmanes, creado en el seno del parlamento indio, que luchaba por sus propios derechos. Aunque en un primer momento Jinnah defendía una India unida entre musulmanes e hindúes, tras la segunda guerra mundial germinó la idea de crear una nueva nación, independiente de la India y formada fundamentalmente por una población islámica. Jinnah se trataba de un hombre dedicado totalmente a la lucha para la mejora de las condiciones de los musulmanes hindúes. Con la invasión de Afganistán por parte de la Unión Soviética, Pakistán se convirtió en una marioneta de la superpotencia americana, y se le obligó a colaborar con los Estados Unidos. Mientras el pueblo pakistaní garantizaba la ayuda necesaria a los americanos, éstos enviaban dinero, medios militares y tecnología a Pakistán. El programa nacional de la energía atómica para la construcción de la bomba en Pakistán fue fruto de un encuentro organizado por el primer ministro Zulfikar Ali Bhutto el 24 de enero de 1972. Dos años más tarde, el 18 de mayo de 1974, Pakistán reconoció el programa para la construcción de la bomba una vez que la India realizó su primera prueba sobre armamento nuclear en Pokhran. Pero no fue hasta 1998 cuando Pakistán estuvo en condiciones de realizar la primera prueba nuclear.

Sonia Ruggeri, profesora de la Universidad "La Sapienza" ha manifestado que el sistema escolar pakistaní (pp. 209-229) es uno de los menos desarrollados del mundo. Se invierte sólo el 2% del producto interior bruto. La clase alta y medio-alta, que suele coincidir con la clase gubernamental, envía a sus hijos a las escuelas privadas que aseguran un buen nivel de educación. De hecho, la escuela pública de ese país está considerada entre las peores del mundo, carentes de electricidad, agua, pavimentos y sillas. La consecuencia es que la tasa de analfabetización en 1998 en Pakistán se estimaba en torno al 42% para los hombres y el 71,1% en las mujeres. El Ministerio de Educación coordina todas las instituciones relacionadas con la formación académica y técnica, pero sólo hasta la enseñanza media, ya que la enseñanza superior es competencia de la universidad. En la mayoría de los casos, los profesores de la escuela islámica son pakistaníes y muchos de los profesores enseñan en la misma escuela donde han estudiado.

Otra de las cuestiones tratadas por Francesca Francesconi, profesora de la Universidad de Macerata, ha sido el proceso de islamización de Pakistán (pp. 231-244). Durante el gobierno de Zia se orientó el país hacia la islamización, con la única finalidad de legitimar su gobierno a través de la religión. Alguna de la normativa más relevante en este período fue la siguiente: la Ordenanza *Hudood*, promulgada el 22 de febrero de 1979, referida a algunas cuestiones islámicas; las Leyes sobre la blasfemia reguladas en las Ordenanzas de 1980, 1982 y 1986, así como el Código penal y el Código de Procedimiento penal pakistaní, e igualmente la Corte Federal *Shariatika* que fue instituida por el general Zia ul-Haq mediante la Ordenanza n. 1 de 1980 (pp. 233-242).

Antes de finalizar, Mobeen Shahid, profesor de la Universidad Pontificia Lateranense, se refiere a algunas de las cuestiones que se plantea la filosofía del Derecho y pretende ofrecer respuestas a algunas de las cuestiones planteadas en el período comprendido entre 1970 y 1990 en Pakistán (pp. 245-265). Siguiendo a

Edith Stein, propone la cuestión jurídica en la fenomenología presentándola de un modo armónico para hallar el sentido del Derecho, sin presentarla en términos iusnaturalistas o iuspositivistas. El ser humano en su calidad de sujeto jurídico es titular de derechos incondicionados que trascenderían el derecho positivo. A juicio de Stein «los valores éticos son valores personales». La justicia es un valor que se encuentra en la comunidad en su dimensión jurídica y es un ideal que persigue. En palabras de Stein «la comunidad sin sociedad es incluso posible, pero no lo es una sociedad sin comunidad». La comunidad es la asociación en la cual se realiza y desarrolla el ser humano, por lo que se convierte en el fundamento básico para la constitución del Estado (p. 253). Mobeen Shahid considera que, aunque Stein al analizar el Estado no hace referencia a ninguna situación particular, pretende una vuelta a la historia de los imperios centrales de Alemania y Austria. Por otro lado, para Stein no existiría una ética del Estado en cuanto que la ética tendría una singularidad humana, que es el único capaz de responder en todo caso de sus acciones humanas.

Esta obra colectiva ha sido dirigida por Mobeen Shahid, que cuenta entre sus obras como más destacadas las siguientes: *Gnoseology and Anthropology: Transcendental & Realistic Phenomenology* (2007), así como *Islamic Mysticism, a phenomenological Approach* (2011). [Recibida el 23 de octubre de 2012].

Guillermo Hierrezuelo Conde

María Jesús Espuny Tomás y Olga Paz Torres, coord., *Crisis y ocupación*, Bosch Editor, Barcelona, 2010, 454 págs.

RESUMEN: Olga Paz Torres hace un análisis de la crisis española en la época 1917-1923 (pp. 25-55). La incorporación de España en la Organización Internacional del Trabajo en 1919 no permitió resolver de forma global la cuestión social, lo que originó que ese mismo año los trabajadores de la compañía eléctrica de Barcelona *La Canadiense* hicieran huelga. Fruto de esta huelga se consiguieron grandes logros como la jornada máxima de ocho horas. Guillermo García González se ha ocupado de la institución del seguro libre subsidiado de paro forzoso (pp. 57-84). Esta institución se reguló el 18 de marzo de 1919 con carácter voluntario y subvencionado por el Estado. Años más tarde, la ley de 22 de julio de 1961 reguló por primera vez en España y con carácter general el seguro de desempleo. En cuanto a la igualdad jurídica y social de ambos sexos durante la II República española, María Jesús Espuny Tomás destaca que se recogía en la Constitución de 9 de diciembre de 1931 (art. 2). Pero en materia contractual la norma más importante de la época fue la ley de contrato de trabajo de 21 de noviembre de 1931, que establecía las normas obligatorias en materia de contratación laboral y las Bases de Trabajo. La crisis de trabajo y la amortización de la plaza se encontraban entre las causas normales de despido. Soledad Bengoechea y Cristina Borderías se refieren al paro y a las políticas laborales en la Cataluña de la época republicana de la Segunda República. En Cataluña la mayoría de las trabajadoras se concentraban en la industria textil y el servicio doméstico. A fecha de 1936 pocas obreras en paro cobraban algún tipo de subsidio. Fausto Miguélez analiza los cambios de las políticas de empleo en una situación de crisis económica. Con la actual crisis económica en 2009 España duplicó la tasa de desempleo. En realidad, España apenas ha dedicado recursos a la intermediación pública. El diálogo social

ante la crisis es una cuestión muy controvertida que ha sido tratada por Helena Ysàs Molinero. La realidad es que en España no ha existido tradición de diálogo ni de concertación social. Además, fue en el período 2004-2008 cuando el diálogo social adquirió mayor relevancia mediante el acuerdo tripartito. Mediante el real-decreto ley de 6 de marzo de 2009 el Gobierno aprobó unilateralmente nuevas medidas para el fomento del empleo y la protección de los desempleados. También se adoptó de forma unilateral el real decreto-ley de 16 de junio de 2010 para reformar el mercado laboral, que desembocó en una huelga general. Alberto Pastor Martínez considera que la reforma del contrato de trabajo en la actual crisis económica y financiera que se inició en 2008 ha afectado fundamentalmente al empleo. En 2009 la Comisión Europea propuso flexibilizar los mercados laborales, aumentando la seguridad del empleo y la protección social. Para reactivar el mercado laboral español sería necesario introducir el contrato único indefinido y rebajar la indemnización por despido por debajo de los 45 días y por encima de los ocho días en los contratos temporales. Además, Pastor propone la desaparición del despido colectivo y la desjudicialización de los despidos. Carolina Gala Durán se refiere a la recolocación externa de trabajadores. En España apenas se ha contemplado la posibilidad de la recolocación externa de los trabajadores despedidos. Esta medida sería de carácter voluntario y se puede aplicar tanto a un solo individuo como a un colectivo de trabajadores: recolocación colectiva. Ricardo Esteban Legarreta aborda la controvertida cuestión de las pensiones. En España, en caso de que un trabajador anticipe su edad de jubilación disminuirá la cuantía de la pensión. Además, sólo se podrá anticipar la edad de jubilación a partir de los 61 años si se cumplen determinados requisitos como tener cotizados treinta años en el momento de cumplir los 61 años de edad. María del Carmen Gete-Alonso y Calera considera que, mediante el contrato de crédito al consumo, el consumidor puede obtener fondos para adquirir bienes y servicios destinados al uso particular. España aprobó mediante real decreto legislativo 1/2007, de 16 de noviembre, la ley general para la defensa de los consumidores y usuarios. Este tipo de contratos se incluye en el contrato de préstamo mutuo. En el contrato de crédito al consumo se comprenden cuatro supuestos: el contrato autónomo de crédito al consumo; el contrato de crédito al consumo vinculado; los contratos de crédito al consumo con limitaciones del régimen, y los contratos de crédito al consumo excluidos. Eliseo Sierra Noguero analiza los efectos de la declaración de concurso del empresario en la actual ley concursal de 9 de julio de 2003. La petición de concursado debe iniciarse por parte del propio deudor (concurso voluntario) o bien de uno de los acreedores (concurso necesario) (art. 22.1). Aunque la insolvencia se califique como "culpable" no vincula a la jurisdicción penal. Además, la ley concursal prevé que no se puedan iniciar ejecuciones singulares, judiciales o extrajudiciales, ni se sigan apremios administrativos o tributarios contra el patrimonio del concursado. Otra cuestión como es la del aplazamiento y fraccionamiento de la deuda tributaria ha sido comentada por parte de Miguel Ángel Sánchez Huete. El aplazamiento y fraccionamiento del crédito tributario es una medida ordinaria que permite solucionar situaciones en las que el pago no se puede realizar a consecuencia de la crisis económica actual. En ambas instituciones se aplicarán los intereses administrativos y están regladas; además, es necesario que el ciudadano carezca de bienes suficientes, así como que mantenga la capacidad productiva y el nivel de empleo, de forma que se garantice el pago. José Antonio Fernández Amor se refiere a los efectos del convenio concursal en el crédito tributario. La actual ley concursal aprobada en 2003 unificó los procedimientos concursales y flexibilizó el

carácter indisponible del crédito tributario. Además, la quita no puede superar la mitad del importe de cada uno de los créditos ordinarios, ni la espera superar un periodo de cinco años. Los planes de igualdad en las empresas en la actual crisis económica es una cuestión que ha sido analizada por Lorena Garrido Jiménez. La ley orgánica 3/2007, de 22 de marzo, para la igualdad efectiva de mujeres y hombres, regula la igualdad efectiva entre ambos sexos. Esta igualdad sustantiva pretende alcanzar la igualdad en derechos. A nivel internacional hay que reseñar la convención sobre la eliminación de todas las formas de discriminación contra la mujer, aprobada el 18 de diciembre de 1979. Estas normas se complementan con la jurisprudencia del Tribunal Constitucional. Josep Maria Rañe se refiere a la coyuntura económica, empleo y concertación. Rañe considera que no se puede hablar de una salida de crisis mientras no se dé la creación de empleo. Lluís Rodríguez Algans hace propuestas sobre la crisis económica y aporta medidas contra el paro. Las causas de la actual crisis en España han sido de diversa índole: la crisis financiera internacional; la caída de la construcción y el turismo, y la caída del consumo. Además, el autor propone la reducción de la jornada laboral y el reparto del empleo, como herramientas para reducir el paro. Aida Ovejas López propone la cualificación como medida para resolver la crisis. Considera que la crisis económica actual «tiene su origen en una profunda crisis de valores humanos» y en el deseo humano irrefrenable de poseer más y que el propio consumismo ha creado la crisis económica y financiera. Está previsto que hacia el 2020 en Europa se requieran millones de nuevos puestos de trabajo cualificados, algunos de nueva creación.

PALABRAS CLAVE: Derecho del trabajo, Cuestión social, Economía, Sociedad, Política, Crisis económica, España, 1917-2008.

Olga Paz Torres, profesora lectora de Historia del Derecho y de las Instituciones de la Universidad Autónoma de Barcelona, escribe sobre la crisis española en el periodo comprendido entre 1917-1923 (pp. 25-55). Los orígenes de la cuestión social se remontan a la Primera República, en 1873, si bien la Constitución de 1876 se alejó de los profundos cambios sociales (p. 28). Con el ingreso de España en la Organización Internacional del Trabajo en 1919 quedaron pendientes muchas cuestiones sobre la cuestión social. De hecho, ese mismo año surgió uno de los conflictos sociales más importante: la huelga de la compañía eléctrica de Barcelona conocida como *La Canadiense*, que comenzó el 8 de febrero, y se extendió más tarde a la luz y el gas (pp. 38-39). Fruto de la huelga fue que el 17 de marzo se alcanzó un acuerdo en el que se aumentaba el salario y se establecía la jornada máxima de ocho horas. En efecto, el real decreto de 3 de abril de 1919, establecía la jornada máxima legal de ocho horas diarias o cuarenta y ocho semanales. Pero también se dictaron otras leyes como la de 27 de diciembre de 1910, que limitaba la jornada en la mina a nueve horas; la ley de 4 de julio de 1918, sobre jornada mercantil. Años más tarde, con la instauración del golpe militar de Primo de Rivera el 13 de septiembre de 1923, se armonizó la legislación social.

Guillermo García González, profesor de Derecho del Trabajo de la Universidad Autónoma de Barcelona, investiga sobre el seguro libre subsidiado de paro forzoso (pp. 57-84). El 18 de marzo de 1919 se dictó el real decreto que regulaba ese seguro, si bien lo configuraba como voluntario y subvencionado por el Estado (pp. 70-74). Dos semanas más tarde, el 31 de marzo, se dictó la real orden que desarrollaba la aplicación del seguro de paro forzoso. Mediante el real decreto de 27

de abril de 1923, el Ministerio de Trabajo estableció un crédito para la práctica del seguro contra el paro forzoso. La ley de 22 de julio de 1961 regulaba por primera vez en España y con carácter general el seguro de desempleo, aunque algunos autores lo remontan a la instauración de la Caja Nacional contra el paro forzoso el 25 de mayo de 1931. Desde los inicios del siglo XIX el Estado fue asumiendo cada vez mayor protagonismo como sujeto activo del mercado de trabajo, unas veces asumiendo funciones como empleador y otras poniendo en contacto la oferta y la demanda a través de las bolsas de trabajo.

María Jesús Espuny Tomás, profesora titular de Historia del Derecho y de las Instituciones de la Universidad Autónoma de Barcelona, analiza la cuestión de la ocupación y el paro en relación al género durante la II República española (pp. 85-115). La Constitución de 9 de diciembre de 1931 reconocía en su art. 2 la igualdad jurídica y social de ambos sexos. El decreto-ley sobre seguro de maternidad de 22 de marzo de 1929 y el reglamento general para su aplicación de 21 de enero de 1930 establecían la regulación del trabajo femenino. Sin embargo, la principal norma en relaciones contractuales era la ley de contrato de trabajo de 21 de noviembre de 1931, que establecía las normas obligatorias en materia de contratación laboral y las Bases de Trabajo. Entre las mismas se regulaban los salarios en función de las categorías profesionales y con remuneraciones distintas para hombres y mujeres; además estaba previsto que las Bases no podían establecer condiciones menos favorables que las determinadas en las disposiciones legales; otras cuestiones como los descansos, las vacaciones, la jornada o los salarios podrían regularse en los pactos colectivos. El principal avance durante la época republicana fue la lucha contra el paro: se crearon organismos especializados para el estudio del paro y nuevas prestaciones y subvenciones. Entre las causas normales de despido se encontraba la crisis de trabajo, aunque también la amortización de la plaza. En ambos casos era necesario un aviso de ocho días de antelación a los obreros.

Soledad Bengoechea y Cristina Borderías, profesoras de la Universidad de Barcelona, investigan sobre el paro y las políticas laborales en la Cataluña de la época republicana (1931-1936) (pp. 117-149). Aunque el desempleo era menor en la Cataluña republicana que en otras zonas, la CNT adoptó una postura conflictiva con el gobierno. En Cataluña las trabajadoras catalanas se concentraban principalmente en dos sectores: la industria textil y el servicio doméstico. Hasta 1933 los obreros a los que más afectó el paro fueron los de la construcción. El paro en el textil era del 5% de los trabajadores en el sector en 1933; dos años más tarde se había incrementado porcentualmente. También se aprobaron algunas leyes que pudiéramos calificar de emancipadoras en el ámbito laboral, como la ley de contrato de trabajo (Art. 51). En 1931 la colocación obrera tenía el carácter de nacional, pública y gratuita. Ante la escasez del seguro nacional, los Ayuntamientos complementaban las acciones llevadas a cabo por el Estado con la finalidad de proporcionar trabajo a los parados en obras públicas. La realidad es que a fecha de 1936 pocas eran las obreras en paro que cobraban algún tipo de subsidio (p. 146).

Fausto Miguélez, profesor de la Universidad Autónoma de Barcelona, escribe sobre los cambios de las políticas de empleo a consecuencia de la crisis (pp. 151-168). El Estado ha intervenido en el mercado de trabajo a través de las políticas de empleo, con la pretensión última de alcanzar el pleno empleo. Al analizar la situación actual, Fausto Miguélez señala que desde el año 2007 España sólo estaba a menos de un punto de diferencia de la media europea en la desocupación, pero en el 2009 duplicó la tasa de desempleo y la tasa media europea, fundamentalmente a causa de la construcción. En la última década las cuantías de los seguros y de los

subsidios por desempleo se han reducido. En comparación con otros países de la Unión Europea, España ha dedicado pocos recursos a la intermediación pública. Otra política activa que se puede llevar a cabo es la de los proyectos gestionados por ayuntamientos y asociaciones sin ánimo de lucro. Fausto Miguélez concluye que «la actual crisis económica... debería ser la ocasión para que se remodelasen las políticas de empleo» (p. 167).

Helena Ysàs Molinero, doctora en Derecho de la Universidad de Toulouse 1-Capitole, se refiere al diálogo social ante la crisis (pp. 169-197). Aunque en España no existe tradición de diálogo y concertación social, se ha creado un modelo sólido de ambas instituciones. Durante el régimen franquista, el movimiento obrero mostró su oposición y adoptó un importante papel en la transición. En los años ochenta se produjo una ruptura entre CC.OO. y UGT, que inicialmente habían adoptado una actitud de cooperación. Una nueva etapa de concertación social se inició en 1989, caracterizada por ser más abierta, descentralizada y polifuncional. En el período comprendido entre 2004-2008 el diálogo social adquirió un papel aún más relevante, ya que toda actividad legislativa se adoptaría dentro del acuerdo tripartito previo. Mediante ese acuerdo llegaron a alcanzarse más de 20 acuerdos. Ese modelo tuvo su continuidad con la Declaración para el diálogo social 2008, firmado por el Gobierno, los sindicatos CC.OO. y UGT y las asociaciones empresariales CEOE y CEPYME. Mediante el real-decreto ley 2/2009, de 6 de marzo, de medidas urgentes para el mantenimiento y la estimulación del empleo y para la protección de los desempleados, el Gobierno aprobó de forma unilateral nuevas medidas que no fueron apoyadas por los sindicatos mencionados, ni por la CEOE. Un año más tarde, se aprobó el real decreto-ley 10/2010, de 16 de junio, de medidas urgentes para la reforma del mercado de trabajo, también adoptado de forma unilateral y tras la ruptura de las negociaciones con interlocutores sociales. Fruto de esta norma los sindicatos convocaron una jornada de huelga general.

Alberto Pastor Martínez, profesor lector de Derecho del Trabajo y de la Seguridad Social de la Universidad Autónoma de Barcelona, escribe sobre la reforma del contrato de trabajo y la crisis económica (pp. 199-215). La crisis económica y financiera mundial que se inició en 2008 ha afectado fundamentalmente al empleo y a España, alcanzando en el año 2009 a un 18%. El 24 de noviembre de 2009 la Comisión Europea habla de "flexiseguridad", como elemento clave en las políticas de empleo de la Unión Europea. Con este concepto se pretende flexibilizar los mercados laborales, aumentando la seguridad del empleo y la protección social (p. 202). Las propuestas para reactivar el mercado laboral en España han girado en torno al contrato único indefinido. Por otro lado, la indemnización en función de la antigüedad debería situarse por debajo de los 45 días y por encima de los ocho días previstos para los contratos temporales. Una de las principales carencias del mercado español ha sido siempre la "cultura de la precariedad", ya que las empresas cubren su personal mediante la contratación temporal. La reforma laboral también requiere establecer dos únicas modalidades: el despido ordinario y el disciplinario. Además, Pastor propone la desaparición del despido colectivo y la desjudicialización de los despidos. Otra cuestión como la recolocación externa de trabajadores (*outplacement*) ha sido tratada por Carolina Gala Durán, profesora titular de Derecho del Trabajo y de la Seguridad Social de la Universidad de Barcelona (pp. 217-236). Esta técnica nació en Estados Unidos a finales de los años ochenta. A consecuencia de la crisis en España se ha producido en los últimos años una reducción de la plantilla o, en el peor de los casos, su cierre. Esta situación ha dado lugar en la mayoría de los casos al pago de la correspondiente indemnización

por despido, pero apenas se ha contemplado la recolocación externa (*outplacement*) de los trabajadores despedidos, evitando su despido. En España esta medida puede incluirse en el plan social en el marco del despido colectivo regulado en el art. 51.4 del Estatuto de los Trabajadores. En todo caso el trabajador es el que aceptaría voluntariamente este procedimiento. El coste de esta medida se calcula en el 10% del salario anual del trabajador despedido. Además, puede afectar a un solo individuo o a un colectivo de trabajadores –recolocación colectiva–. En el proceso de recolocación el trabajador cuenta con el asesoramiento de un consultor (*coach*). Gala Durán destaca que «no sólo podría contemplarse ya inicialmente en el propio contrato de trabajo..., sino que también podría incorporarse a la negociación colectiva» (p. 231).

Ricardo Esteban Legarreta, profesor titular del Derecho de Trabajo y Seguridad Social de la Universidad Autónoma de Barcelona, investiga sobre las pensiones y la actual crisis económica (pp. 237-261). Considera que «las crisis económicas prolongadas propician que los sistemas de pensiones se transformen –al menos parcialmente–, en mecanismos de ajuste de los excedentes de empleo» (p. 238). Una anticipación a la edad de jubilación supone una disminución de la cuantía prevista para la pensión por cada año o fracción de año en que se anticipe. En España, aquellos trabajadores que cumplieran determinados requisitos podían anticipar la edad de jubilación a partir de los 61 años (pp. 241-246). Pero hay supuestos en los que el trabajador no puede acceder a la jubilación hasta que alcance los 65 años, en caso de que no pueda acreditar cotizaciones de treinta años en el momento de cumplir los 61 años de edad. En otro caso, sólo podrá percibir el subsidio de desempleo previsto para mayores de 52 años, cantidad muy modesta. Existen además cuatro decretos aprobados en el año 2009 que afectaban a diversos sectores productivos: el juguete; el calzado, curtidos y marroquinería; el mueble; y además, el textil. De todos ellos, el más relevante es el real decreto 1678/2009, de 13 de noviembre (pp. 253-254). Esteban Legarreta considera que en tiempos de crisis económica «se tiende a generar un volumen desproporcionado de solicitudes de pensiones de incapacidad permanente» (p. 254). El carácter del artículo de Legarreta tiene ya más un interés histórico que otra cosa, pues se refiere a reformas llevadas a cabo por el gobierno de José Luis Rodríguez Zapatero y los cambios que se han producido en 2012 y 2013 con el gobierno de Mariano Rajoy convierten en un fósil emergente de las profundidades de un pantano la casi totalidad de lo que comenta Legarreta en la colaboración de que nos estamos ocupando. El contrato de crédito al consumo, regulado en la Directiva 2008/48/CEE/CE, ha sido tratado de la mano de María del Carmen Gete-Alonso y Calera, catedrática de Derecho civil de la Universidad Autónoma de Barcelona (pp. 263-295). Mediante este contrato, el consumidor puede obtener fondos para adquirir bienes y servicios destinados al uso particular. En la Unión Europea la norma que regula esta cuestión es la directiva 2008/48/CEE/CE, relativa al crédito al consumo e introduce la obligación de recoger los mínimos de forma obligatoria. En España, el real decreto legislativo 1/2007, de 16 de noviembre, aprueba la ley general para la defensa de los consumidores y usuarios. En el contrato de crédito al consumo se requiere que una parte tenga la calificación de consumidor y otra de prestamista. Este tipo de contratos se incluye en el contrato de préstamo mutuo (pp. 279-282). Pero bajo la figura del contrato de crédito al consumo se comprenden cuatro supuestos: el contrato autónomo de crédito al consumo; el contrato de crédito al consumo vinculado; los contratos de crédito al consumo con limitaciones del régimen; y los contratos de crédito al consumo excluidos.

Eliseo Sierra Noguero, profesor agregado de Derecho mercantil de la Universidad Autónoma de Barcelona, analiza los efectos de la declaración de concurso del empresario en la ley concursal de 9 de julio de 2003 (pp. 297-322). Para tener la consideración de "concurtido" es necesario que el Juzgado Mercantil compruebe la insolvencia y dicte un auto de declaración de concurso (arts. 8 y 21). Pero la petición debe iniciarse por parte del propio deudor (concurso voluntario) o bien de uno de los acreedores (concurso necesario) (art. 22.1). Los acreedores deberán reclamar al Juez del concurso sus pagos pendientes, para que sean considerados "créditos concursales" (art. 49). El auto de declaración de concurso determinará los efectos sobre las facultades de administración y disposición del deudor respecto de su patrimonio, pero también el nombramiento y las facultades de la administración concursal (art. 21.2). La insolvencia puede ser calificada como "culpable" o "fortuita", pero no vincula a la jurisdicción penal (p. 304). La ley concursal prevé que no se deben iniciar ejecuciones singulares, judiciales o extrajudiciales, ni se sigan apremios administrativos o tributarios contra el patrimonio del concursado (art. 55.1, párr. 1^o). Otra cuestión, como es el aplazamiento y fraccionamiento de la deuda tributaria ante la crisis ha sido comentada por parte de Miguel Ángel Sánchez Huete, profesor lector de Derecho Financiero y Tributario de la Universidad Autónoma de Barcelona (pp. 323-348). El crédito tributario proporciona a la Administración el carácter de acreedora y la coloca en una situación peculiar. El aplazamiento y fraccionamiento del crédito tributario es una medida ordinaria, que permite solucionar la situación actual de crisis económica generalizada. Miguel Ángel Sánchez considera que la devolución mensual del IVA y la elevación del mínimo exento de garantía para aplazar o fraccionar una deuda tributaria son dos cuestiones que permiten un aplazamiento o fraccionamiento de deuda (pp. 326-327). En ambas instituciones se aplicarán los intereses administrativos y están regladas. Para poder acogerse al aplazamiento o fraccionamiento es necesario que se carezca de bienes suficientes, en cuanto que la Administración tiene la obligación de investigar la existencia de bienes y derechos que puedan aportarse como garantía. Pero además, se exige que el afectado pueda mantener la capacidad productiva y el nivel de empleo, de forma que no se perjudique la viabilidad económica o la continuidad de la actividad. Por otro lado, José Antonio Fernández Amor, profesor titular de Derecho Financiero y Tributario de la Universidad Autónoma de Barcelona, trata los efectos del convenio concursal en el crédito tributario en una situación de crisis económica (pp. 349-371). La nueva ley concursal aprobada en 2003 unificó los procedimientos concursales. En la nueva ley «el carácter indisponible del crédito tributario se ha flexibilizado toda vez que la ley ha previsto la posibilidad de realizar un convenio con un deudor en la situación específica del concurso» (p. 355). Además, la relación jurídica tributaria tiene naturaleza de Derecho público y, por tanto, carácter indisponible del crédito público. En este aspecto alcanza una gran importancia el principio de la legislación concursal: *pars conditio creditorum*. El art. 100 de la ley concursal es la quita y espera de los créditos que forman la masa pasiva de carácter ordinario. Además, la quita no puede superar la mitad del importe de cada uno de los créditos ordinarios, ni la espera superar un periodo de cinco años. El art. 77 de la ley general tributaria prevé un privilegio para los créditos de la Hacienda pública, siempre que no se trate de prenda, hipoteca u otro derecho real debidamente inscrito antes del que ostenta la Administración pública.

Una cuestión de intensa actualidad es la relativa a los planes de igualdad en las empresas en la actual crisis económica (pp. 373-412). Ha sido analizada por Lorena Garrido Jiménez, investigadora del Departamento de Ciencia Política y Derecho

Público de la Universidad Autónoma de Barcelona. La ley orgánica 3/2007, de 22 de marzo, para la igualdad efectiva de mujeres y hombres, regula la igualdad efectiva entre ambos sexos. Esta igualdad sustantiva pretende alcanzar la igualdad en derechos. En este ámbito, a nivel internacional hay que destacar la convención sobre la eliminación de todas las formas de discriminación contra la mujer, aprobada el 18 de diciembre de 1979, y firmada por España al año siguiente. Lorena Garrido la califica «del primer instrumento internacional que amplía la responsabilidad estatal a actos que cometen personas privadas, empresas o instituciones no estatales u organizaciones no gubernamentales» (p. 375). Pero también hay que tener en cuenta la jurisprudencia del Tribunal Constitucional 59/2008, de 14 de mayo, que señala que es posible un tratamiento diferenciado en aras a perseguir una igualdad real y efectiva. Sin embargo, la realidad es que la participación de las mujeres en el ámbito político aún es un proceso incompleto. Garrido Jiménez concluye que «estamos en presencia de la incorporación de las mujeres a los derechos civiles, políticos y sociales de ciudadanía, pero en un modelo de asimilación de las mujeres al ciudadano masculino, cuestión que también se refleja en el ámbito de la empresa» (p. 397). Sin embargo, en la actual crisis económica el desempleo ha afectado más a hombres que a mujeres, por lo que «la crisis plantea una nueva oportunidad para la configuración de un nuevo derecho y de un nuevo paradigma económico, que contemplen los derechos de las mujeres en una plena ciudadanía» (p. 409).

Josep Maria Rañe, presidente del Consell de Treball, Econòmic i Social de Catalunya, se refiere a la coyuntura económica, empleo y concertación (pp. 415-438). Rañe considera que no se puede hablar de una salida de crisis «hasta que no estemos en una fase de creación neta de empleo» (p. 417). Haciendo un estudio de la evolución de la economía española, hay dos momentos en los que se ha producido un decrecimiento anual de la economía: en el año 1981 y en 1993. En el año 1977, los Pactos de la Moncloa permitieron realizar una concertación social de carácter económico. Para salir de la crisis es necesario «analizar y resolver los problemas que ya teníamos en el momento de su estallido, que vivían camuflados entre los efectos de la bonanza generalizada» (p. 423). Además, la crisis afecta sobre todo a la pequeña empresa (de menos de 50 trabajadores), donde trabaja el 58'6% de los ocupados. Según los estudios, en la Unión Europea en el año 2020, el 31'3% del total de los empleos requerirá un alto nivel de estudios; el 50'1% una formación media, y el 18'5% un nivel bajo (p. 432).

Lluís Rodríguez Algans, licenciado en Economía por la Universidad Autónoma de Barcelona, hace propuestas sobre la crisis económica y medidas contra el paro (pp. 439-450). Las crisis que de forma cíclica surgen en el capitalismo son una muestra de la ineficiencia, la injusticia y la antidemocracia (p. 440). Las causas de la crisis en España han sido diversas: la crisis financiera internacional; la caída de la construcción y el turismo; y la caída del consumo. Lluís Rodríguez propone la reducción de la jornada laboral y el reparto del empleo, como herramientas para reducir el paro. Pero el autor no responde a si dicha medida implicaría una reducción salarial o no. Pero con independencia de las medidas que se adopten la clase trabajadora no puede pagar una crisis que no ha provocado.

Aida Ovejas López, estudiante de 4^o de Medicina de la Universidad Autónoma de Barcelona, propone la cualificación como medida para resolver la crisis (pp. 451-454). La crisis económica actual "tiene su origen en una profunda crisis de valores humanos" y en deseo humano irrefrenable de poseer más (p. 451). Además, considera que no se puede pretender que el consumo permita la recuperación, ya que el consumismo ha sido el propio monstruo que la ha creado. Este modelo de

crecimiento desequilibrado ha sido el germen de la actual situación económica y la solución está orientada hacia la economía del conocimiento o la nueva industria. Ovejas López destaca que «muchos informes ponen de relieve que hacia el 2020 se producirá una variación en la estructura del mercado laboral en la Unión Europea, donde estarán disponibles millones de nuevos puestos de trabajo cualificados, algunos de nueva creación» (p. 453). Algunos de estos sectores que van a requerir personal cualificado son: el químico, el farmacéutico, de embalaje, de automoción, de electrónica de consumo, la robótica, la biotecnología, la aeronáutica, las energías renovables, el reciclaje y la seguridad.

En esta obra se publican las X Jornadas Interdisciplinares de "Crisis y ocupación" realizadas en la Facultad de Derecho de la Universidad Autónoma de Barcelona en noviembre de 2009. Tratan la crisis económica actual desde distintas perspectivas: el económico, el sociológico, el Derecho del trabajo y la Seguridad Social, así como el Derecho Financiero y Tributario. Al ser unas Jornadas celebradas en 2009, el alejamiento de la realidad de la crisis actual es clarividente. El libro es pura historia de las Relaciones Laborales y pura Historia de la Economía española, pues no refleja para nada el camino recorrido para bien, para mal y para peor en los años 2010, 2011, 2012, y con expectativas de lejanas mejorías, lo que se espera para 2013, 2014, 2015 y 2016. [*Recibida el 30 de noviembre de 2012*].

Guillermo Hierrezuelo Conde

María Jesús Espuny Tomás, Guillermo García González y Olga Paz Torres, *Los obreros del comercio. Un análisis histórico-jurídico de la dependencia mercantil catalana*, Dykinson, 2011, 145 págs.

ABSTRACT: Esta obra colectiva nos ofrece un análisis histórico-jurídico sobre la institución catalana de la dependencia mercantil y su regulación jurídica desde comienzos del siglo XX hasta la actualidad. De hecho, se centra en la Unión Profesional de Dependientes y Empleados de Comercio de Barcelona en la medida en que esta institución representó la única asociación catalana de dependientes de comercio en la época. El real decreto de 13 de noviembre de 1900 incluía a los dependientes de comercio en la clase social obrera, y en consecuencia quedaban regulados por el Derecho especial. La primera norma que equiparó los dependientes mercantiles a los obreros tuvo su origen en el primer decenio del siglo XX. Existía una regla general de que en los oficios en los que estaba permitido el internado de la dependencia, el alojamiento formaba parte de la retribución, como en los supuestos en que los dependientes realizaban las jornadas más largas. A lo largo del siglo XX surgió la necesidad de regular la jornada laboral de la dependencia mercantil, hasta que se promulgó la ley de jornada de la dependencia mercantil de 4 de junio de 1918, que supuso el prólogo de nuevas reglamentaciones de la duración diaria de trabajo. Esta ley y su reglamento de desarrollo de 16 de octubre del mismo año estuvieron vigentes hasta 1983, siendo derogadas por el real decreto 2001/1983, de 28 de julio. En septiembre de 1918 comenzó una campaña para la aprobación de una ley de salario mínimo para los dependientes de comercio, lo que propició que el real decreto de 11 de octubre de 1919 crease en Cataluña una comisión de trabajo para alcanzar soluciones ético-jurídicas en los conflictos planteados en Cataluña.

PALABRAS CLAVE: Dependientes del comercio, Derecho mercantil, Cataluña.

El real decreto de 13 de noviembre de 1900 incluía a los dependientes de comercio en la categoría de la clase social obrera. Esta y otras normas contemplaban que el régimen jurídico de los auxiliares del comerciante se regulaba mediante un Derecho especial y no podía extenderse a los demás trabajadores asalariados. En realidad, el origen de los servicios mercantiles del auxiliar habría que buscarlo en el antiguo contrato de servicios del Derecho germánico, en el *Treuedienstvertrag*, que se fundamentaba en la sumisión a la potestad ajena, reservando la libertad y con una promesa de protección y manutención constantes. El código de comercio de 1885 no mencionaba en su articulado la obligación patronal de sufragar un salario, pero la doctrina lo fundamentaba en virtud del art. 298.

En Cataluña, la mayoría de las asociaciones e instituciones burguesas recibieron con escepticismo el reformismo social. Barcelona apenas hizo comentarios a la Comisión de Reformas Sociales, a través del Centro Industrial de Cataluña, del Centro Obrero de Barcelona y de la Junta de Asociación de Católicos de Barcelona. Quizá el motivo fuera porque los dependientes catalanes eran trabajadores de "*coll i corbata*", no estando considerados por la propia sociedad catalana en general como obreros, teniendo esta categoría una valoración peyorativa (p. 42). En definitiva, «no existe una concienciación asociativa en la dependencia mercantil catalana a finales del siglo XIX, al parecer porque compartía los ideales y las directrices públicas de la burguesía» (p. 42).

La Unión Profesional de Dependientes y Empleados de Comercio de Barcelona tenía la consideración de ser la única asociación catalana de dependientes de comercio. Pero las largas horas de trabajo en las relaciones de la dependencia mercantil fueron el punto de partida de las incipientes reivindicaciones. Ello originó la aprobación de la ley de descanso dominical, aprobada con fecha 3 de marzo de 1904, una vez que el gremio de los panaderos accedieron al descanso dominical en 1902, que prohibía el trabajo material en domingo (pp. 54-58). En realidad, «la aplicación y eficacia de la ley de descanso dominical es una de las grandes batallas que libra la dependencia mercantil catalana durante los dos primeros decenios del siglo XX» (p. 58).

La equiparación de los dependientes mercantiles a los obreros se produjo por primera vez en los textos normativos en el primer decenio del siglo XX, con algunas matizaciones (p. 68). En el caso de las mujeres y de los niños, la ley de 13 de marzo de 1900 establecía que la jornada para los menores de catorce años sería de seis horas en la industria y de ocho en el comercio, al mismo tiempo que prohibía que los menores de diez años fueran admitidos en ninguna clase de trabajo. Por otro lado, existía una regla general de que en los oficios en los que estaba permitido el internado de la dependencia, el alojamiento formaba parte de la retribución, como en los supuestos en que los dependientes realizaban las jornadas más largas. Además, las retribuciones anuales, mensuales y diarias estaban divididas por sectores comerciales y por categorías laborales. Los dependientes de ultramarinos, de tejidos, paqueterías y confecciones, y ferreterías y quincalla, contaban, además del salario, con la alimentación, vestido y habitación que eran proporcionados por el patrono. También «cabe afirmar que no existe en Barcelona una costumbre uniforme en relación con el tratamiento otorgado a los supuestos de incapacidad temporal de los dependientes de comercio» (p. 85), sino que cada establecimiento de comercio actuaba conforme a sus peculiares tradiciones, tanto para determinar si debían

seguirse pagando mensualidades al enfermo como para fijar el tiempo de duración de tales auxilios (p. 86).

A lo largo del siglo XX surgió la necesidad de regular la jornada laboral de la dependencia mercantil, hasta la promulgación de la ley de jornada de la dependencia mercantil de 4 de julio de 1918, que representó el prólogo de nuevas reglamentaciones de la duración diaria de trabajo. En realidad, la ordenación de la jornada de trabajo fue fruto de múltiples factores: actividad sindical, actitud de historiadores y del movimiento filantrópico, la ideología cristiana, las formulaciones científicas que demostraban un mayor rendimiento en las jornadas con descansos, la acción internacional y la política de pleno empleo y de redistribución del trabajo. Esta ley y su reglamento de desarrollo de 16 de octubre del mismo año prolongó su vigencia hasta 1983, siendo derogadas por el real decreto 2001/1983, de 28 de julio (p. 106). Esta ley de 1918 delimitaba como sujetos «todas las personas que presenten sus servicios por cuenta del dueño de un establecimiento principal». Pero esta ley de 1918 contemplaba un complejo sistema de excepciones, algunas de las cuales matizaba algunos preceptos, mientras otros suponían una inaplicación de los mismos, y además era la primera norma que regulaba la inspección de las condiciones del régimen de internado (p. 110).

Desde el año 1918 se creó un ambiente favorable en las comunicaciones e intercambios de experiencias entre asociaciones patronales y asociaciones dependientes, con la finalidad de solventar conjuntamente las dificultades sociales y carencias económicas existentes en la dependencia en el comercio. De hecho, en septiembre de 1918 se inició una campaña en favor de la aprobación de una ley de salario mínimo para los dependientes de comercio. Ello favoreció que mediante real decreto de 11 de octubre de 1919 se crease en Cataluña una comisión de trabajo compuesta por igual número de patronos y obreros, con la finalidad de llegar a «soluciones ético-jurídicas en los conflictos planteados en Cataluña», según establecía el preámbulo.

Esta obra nos ofrece una visión histórica-jurídica sobre la dependencia mercantil y las distintas normas que la han regulado en el pasado y las que hoy día están vigentes. María Jesús Espuny Tomás también ha dirigido la obra titulada *La acción social en las Fuerzas Armadas: un compromiso global* (2011), que igualmente hemos recensionado en esta misma sede. [Recibida el 14 de septiembre de 2012].

Guillermo Hierrezuelo Conde

María Jesús Espuny Tomás, ed., *La acción social en las Fuerzas Armadas: un compromiso global*, JMB Bosch Editor, 2011, 260 págs.

ABSTRACT: Esta obra colectiva nos ofrece un análisis de la acción social en las Fuerzas Armadas en sus diversas facetas y nos acerca a esta institución un tanto desconocida. En realidad, la evolución del ejército ha sufrido un cambio radical: mientras en el siglo XIX la principal función se presentaba como la defensa del orden público, en la actualidad se encuentra plenamente integrada en nuestra sociedad. La ley de reclutamiento y reemplazo del Ejército de 19 de enero de 1912 establecía la obligatoriedad del servicio militar para todos los españoles. De hecho, el Ministerio de Defensa en la actualidad cuenta con los llamados "indicadores de conciencia" de defensa de la sociedad española, que evalúan el grado de la misma. Hoy en día las Fuerzas Armadas se caracterizan por su profesionalidad, que ha sido recogida en la

ley de tropa y marinería de 2006 y en la ley 39/2007, de la carrera militar. En 1728 se creó la primera asociación del Ejército para proteger a las familias, asociación que se convirtió en 1751 en Montepío. Con la llegada de la democracia, se produjo una reforma y una reestructuración de la acción social en las Fuerzas Armadas, mediante la creación del consejo superior de acción social y sus órganos dependientes. Sin embargo, los numerosos conflictos surgidos desde 1991 han priorizado las acciones humanitarias del consejo de seguridad y de las Fuerzas Armadas, como brazo ejecutor de las mismas. El real decreto 1726/2007, de 21 de diciembre, por el que se aprueba el reglamento general de la Seguridad Social de las Fuerzas Armadas, recoge las prestaciones a las que tienen derecho los asegurados o sus beneficiarios en determinados servicios sociales y de asistencia social: ayudas para atención a la dependencia; prestaciones socio-sanitarias; ayudas económicas por fallecimiento, para la adquisición de vivienda o para personas mayores y por tratamientos termales. Otro avance ha sido la ley orgánica 3/2007, de 22 de marzo, sobre igualdad efectiva de mujeres y hombres, que ha establecido un ámbito jurídico de plena igualdad.

PALABRAS CLAVE: Fuerzas Armadas, Acción social, Políticas sociales.

La ley de reclutamiento y reemplazo del Ejército de 19 de enero, rectificada el 27 de febrero de 1912, se promulgó en la época comprendida entre las crisis de 1909 y 1913. En consecuencia, a esta norma le afectó la crisis de 1913, que fue fruto de los problemas del país, ante la incapacidad para resolverlos por los partidos políticos. Constaba de 339 artículos divididos en veintitrés capítulos y establecía la obligatoriedad del servicio militar para todos los españoles. De hecho, contemplaba la posibilidad de que los españoles al cumplir los veinte años tuvieran la obligación de pedir su inscripción en las listas del municipio donde habitaran o residieran sus padres o tutores. Esta ley dedicaba el capítulo VII a las exclusiones del contingente y a las excepciones del servicio en filas (arts. 83-97) (pp. 31-46).

En el siglo XIX la principal función del ejército era la defensa del orden público, desmarcándose del sistema político y de la sociedad en su conjunto. Sin embargo «en la actualidad los gobiernos democráticos se esfuerzan en aumentar la integración del ejército en la sociedad, pero sigue patente el aislamiento» fomentado por «el carácter cerrado de la comunidad castrense» (pp. 58-59). De hecho, el Ministerio de Defensa en la actualidad cuenta con los llamados "indicadores de conciencia" de defensa de la sociedad española, que evalúan el grado de la misma. En consecuencia, en nuestros días las Fuerzas Armadas se encuentran en un proceso de profesionalización, que han reducido sus privilegios, y les ha otorgado una remuneración adecuada a su trabajo frente a las antiguas remuneraciones en especie, a modo de compensación moral, al tiempo que quedan a un lado las connotaciones políticas e ideológicas propias de épocas pasadas.

En la actualidad, las Fuerzas Armadas son profesionales con la supresión del servicio militar obligatorio a principios de 2002. Esta profesionalización ha quedado patente en la ley de tropa y marinería de 2006 y en la ley 39/2007, de la carrera militar. En la disposición adicional séptima de esta última ley se dispone que dentro del apoyo al personal de las Fuerzas Armadas existirá un sistema de acción social complementario de la protección social. Los órganos responsables en materia de ayudas de acción social del personal militar son la Subsecretaría de Defensa, la Dirección General de Personal, los Mandos y Jefatura de Personal de los ejércitos y, bajo su dependencia jerárquica, la División del Servicio de Apoyo y las Direcciones de Asistencia al Personal de los ejércitos (pp. 73-74).

Según José Luis Isabel, la primera asociación del Ejército para proteger a las familias apareció en 1728, previo pago de una suscripción por parte de los ingenieros militares. En 1751 esta asociación se convirtió en Montepío, sosteniéndose de las cantidades que descontaban a todos los miembros del cuerpo, así como con las donaciones que recibían. Cuatro años más tarde se creó un Montepío militar para socorrer a las viudas y huérfanos militares de todas las armas y cuerpos. Mediante orden de 9 de agosto de 1937 se produjo una transformación en los patronatos de huérfanos de las antiguas asociaciones o cuerpos existentes. Con la llegada de la democracia, el Ministerio de Defensa asumió las funciones del Ministerio del Ejército, produciéndose una reforma y una reestructuración de la acción social en las Fuerzas Armadas, mediante la creación del consejo superior de acción social y sus órganos dependientes. En 2002, el real decreto de creación del Patronato de huérfanos del aire continuaba la labor de las antiguas asociaciones benéficas de ayuda a los huérfanos del aire, y mediante la orden de 27 de julio de 2010 el reglamento del patronato de huérfanos del ejército de tierra (pp. 90-99).

Los numerosos conflictos surgidos desde 1991 han priorizado las acciones humanitarias del consejo de seguridad y de las Fuerzas Armadas, como el brazo ejecutor de las mismas. La primera vez que el consejo de seguridad encomendó una operación de paz y de asistencia a la población civil fue en Líbano en 1982. De esta forma, los actores militares han asumido cada vez más tareas humanitarias. Las operaciones de paz están formadas tanto por componentes militares como civiles. Este componente militar –llamados boinas azules si son grupos de observadores o cascos azules si son fuerzas de paz armadas– han aumentado sus funciones, y no se limitan a la observación y presencia disuasoria. A modo de ejemplo, pueden citarse la creación de condiciones de seguridad necesarias, la protección de la acción humanitaria como la vigilancia de campos de refugiados y desplazados, la vigilancia y establecimiento de zonas de seguridad, corredores humanitarios y zonas de tránsito de retorno, y escolta de convoyes y personal humanitario. Hay que tener muy presente que el principio de neutralidad implica que la acción humanitaria no debe integrarse en un determinado proceso o estrategia política o de paz, o al uso de medios militares, ya que la asistencia humanitaria no puede traducirse en un medio para conseguir otros fines que no sean los estrictamente humanitarios.

De forma paulatina se ha ido ampliando el ámbito de aplicación subjetivo de la protección social, dando cabida cada vez a mayor número de beneficiarios. La finalidad de la asistencia social radica en proteger situaciones de necesidades concretas e individualizadas de los solicitantes, configurándose como es lógico pensar, como complementaria de las medidas protectoras establecidas como básicas por el sistema de seguridad social. La asistencia social y los servicios sociales en el ámbito de las Fuerzas Armadas han tenido siempre unas características peculiares debido a la especial naturaleza de la función pública militar, que la hacía acreedora de una tutela específica (pp. 152-153). El real decreto 1726/2007, de 21 de diciembre, por el que se aprueba el reglamento general de la Seguridad Social de las Fuerzas Armadas, recoge las prestaciones a las que tienen derecho los asegurados o sus beneficiarios determinados servicios sociales y de asistencia social (pp. 153-155). También existen ayudas para atención a la dependencia (pp. 160-165), y prestaciones socio-sanitarias (pp. 165-168), así como ayudas económicas por fallecimiento, para la adquisición de vivienda o para personas mayores y por tratamientos termales (pp. 168-171).

En cuanto a las políticas de igualdad y no discriminación entre hombres y mujeres en las Fuerzas Armadas hay que destacar que es una de las materias que más se

ha fomentado en los últimos años (p. 177). En España la interrelación entre las políticas de igualdad y la responsabilidad social empresarial ha quedado patente en la ley orgánica 3/2007, de 22 de marzo, sobre igualdad efectiva de mujeres y hombres, que en su art. 73 prevé que las empresas podrán asumir la realización voluntaria de acciones de responsabilidad social, consistentes en medidas económicas, comerciales, laborales, asistenciales o de otra naturaleza, destinadas a promover condiciones de igualdad entre las mujeres y los hombres en el seno de la empresa o en su entorno social. En esta misma línea, el art. 13.1 de la ley 12/2007, de la Comunidad Autónoma de Andalucía, establece que la Junta de Andalucía incorporará a las bases reguladoras de las subvenciones públicas la valoración de las actuaciones de efectiva consecución de la igualdad de género por parte de las entidades solicitantes, salvo en aquellos casos en que, por la naturaleza de la subvención o de las entidades solicitantes, esté justificada su no incorporación. Con mayor contundencia se pronuncia la ley 2/2007, de la Comunidad Autónoma de Galicia (arts. 11.4 y 19.2). En las actuaciones llevadas a cabo por las Fuerzas Armadas en la igualdad real entre hombre y mujeres, queda patente un 12'1% de efectivos de género femenino en el año 2009. El 6% de los oficiales eran mujeres, el 1'9% suboficiales y el 16'8% de la tropa y marinería.

Pero las prestaciones sociales de los miembros de las Fuerzas Armadas también son de interés para la Hacienda Pública en tanto que son gravables en el impuesto sobre la renta de las personas físicas (IRPF). Las diferentes prestaciones sociales se dividen en tres grupos: ayudas para la atención a la dependencia, prestaciones socio-sanitarias y otras prestaciones de carácter social. Por otro lado, la ley 36/2006, de 14 de diciembre, establece diferentes ayudas para la atención a la dependencia (pp. 211-214).

Esta obra nos propone un análisis claro y una visión global de la acción social en las Fuerzas Armadas en sus múltiples facetas. Con su estudio permite acercarnos a esta institución, aún desconocida hoy día, si bien se ha caracterizado en los últimos años por una apertura a la sociedad civil.

Guillermo Hierrezuelo Conde

Gudrun Stenglein y Antonio Sánchez-Bayón, *Condición femenina y delincuencia. Estudio comparado hispano-alemán y una propuesta sistemática europea*, Editorial Académica Española, 2012, 252 págs.

ABSTRACT: Este estudio monográfico se refiere a la situación de la delincuencia femenina española y alemana, y en ambos casos los autores encuentran numerosas referencias a las estadísticas de la policía por ser las más cercanas de la realidad de la criminalidad. El feminismo como movimiento colectivo encuentra sus orígenes en el último tercio del siglo XVIII y primera mitad del siglo XIX. Pero no fue hasta la Revolución francesa cuando se consolidó y se reforzó. En Alemania este movimiento se remonta al 19 de enero de 1919 con las primeras elecciones en las que las mujeres ejercieron el derecho al voto en las Asambleas Nacionales; si bien en España no encontramos un avance importante hasta la II República con el sufragio universal, pero que se paralizó hasta la Constitución de 1978. La Criminología clásica perfila tres orientaciones del comportamiento criminal: las biológicas, las psicológicas y las sociológicas. Apenas existen estudios e investigaciones sobre la conducta delictiva del sexo femenino, lo que

dificulta cualquier estudio sobre esta temática. Este estudio se centra en el análisis sobre la relevancia de las mujeres en la delincuencia en España y Alemania en los años 2007 y 2008. Y las referencias que encontramos al escenario español se refieren a los delitos conocidos por la Policía Nacional y la Guardia Civil. Según el *Eurostat*, en España se registraron en el año 2007 unos 2,3 millones de delitos y 67.0000 encarcelados. En dicho año se produjeron en España 1.817.739 delitos, unos 66.298 menos que en 2007, con una media de 46,5 delitos por cada 1.000 habitantes. Además, del total de los 196.143 condenados, el 91,3% eran varones, mientras que el 8,7% mujeres. Según las estadísticas españolas, en ese año fueron detenidas unas 30.000 mujeres, y tan sólo el 8,7% de los condenados en ese año fueron mujeres. La estadística europea elaborada por *Eurostat* destaca que en España se registraron en el año 2007 unos 2,3 millones de delitos. Por el contrario, en Alemania en el año 2008 se produjeron 6,2 millones de delitos y el número de presos alcanzó los 73.000. Del total de los 549.604 delitos cometidos por mujeres, únicamente 106.288 delitos fueron cometidos por no-alemanas. En ese año 2008 las mujeres sólo aparecían en el 0'8% de los delitos sexuales y en el 12,8% de los delitos de homicidio, mientras que en los delitos de estafa ocupaban casi el 30%. Las mujeres han estado sobre-representadas en los delitos de hurto con el 33,5%, de estafa con el 31,1%, en los delitos contra la legislación penal especial de extranjería, asilo y residencia con el 26,9%, contra el honor con el 27,7%, en los delitos de malversación con el 27,2% y de apropiación indebida con el 26,5%. Por el contrario, los hombres han llegado a alcanzar el 90% del total en los delitos contra la libertad sexual, contra el deber de alimentos, contra las legislaciones penales especiales de explosivos, armas y armas de guerra, en robos y en robos con violencia. Tras este análisis y enumeración de datos de España y Alemania, Gudrun Stenglein propone un cambio en el planteamiento de la represión policial mediante «la colaboración policial y judicial a través de la creación de unos instrumentos eficaces como Europol y Eurojust».

PALABRAS CLAVE: Delincuencia, Mujeres, España, Alemania.

Esta obra de Gudrun Stenglein analiza la naturaleza delincuente de la mujer y sus rasgos psicosociales, máxime cuando en los últimos veinte años el número de mujeres reclusas en España se ha incrementado de manera exponencial respecto al de los varones. En el año 2007 había un total de 5.592 mujeres reclusas en España frente a los 61.508 hombres, y nueve de cada diez internos eran hombres, el 91,67%, frente al 96,71% en el año 1980. Haciendo un análisis comparado, las mujeres participan en el 25% de los delitos conocidos, siendo muy inferior en proporción a la delincuencia masculina. A modo de ejemplo, en Alemania sólo aparecen en el 0'8% de los delitos sexuales y en el 12,8% de los delitos de homicidio, mientras que en los delitos de estafa cerca del 30%. Stenglein destaca que «existen múltiples factores como los biológicos, antropológicos, sociológicos o psíquicos» que intentan explicar esta cuestión (p. 17). La problemática de la mujer delincuente se encuentra con la dificultad añadida de que apenas existen estudios e investigaciones sobre su conducta delictiva. El inicio del feminismo como movimiento colectivo se remonta a la primera mitad del siglo XIX, aunque puede retrotraerse hasta el último tercio del siglo XVIII. Con la Revolución francesa la participación activa de las mujeres se vio reforzada. En Alemania no fue hasta el 19 de enero de 1919 cuando las mujeres votaron por primera vez en unas elecciones para las Asambleas Nacionales, destacando entre las feministas Clara [Eisner] Zetkin

(1857-1933) y Rosa Luxemburg (1871-1919), autora, entre otras obras, de *Sozialreform oder Revolution*. En España destacaron a finales del XIX y principios del XX la escritora Concepción Arenal y la novelista Emilia Pardo Bazán, bastante diferentes de las dos anteriores, representativas del feminismo español, y no fue hasta la II República cuando se avanzó hacia el sufragio universal femenino, que se vio paralizado por la Dictadura de Franco, aunque fue retomado con la Constitución de 1978. Sería a partir de los años sesenta del siglo pasado cuando la mujer comenzó a ocupar el centro de atención y surgió la Historia de la Mujer, que en los años setenta se consolidó como rama autónoma de las disciplinas históricas (pp. 26-37).

Con las estadísticas se puede observar la envergadura de la criminalidad femenina. En la Unión Europea existe *Eurostat*, que permite una comparación entre los países y las regiones. Según este organismo, en España se registraron en el año 2007 unos 2,3 millones de delitos y 67.0000 encarcelados. Por el contrario, en Alemania en ese mismo año se produjeron unos 6,2 millones de delitos y unos 73.000 presos (pp. 47-53). En el año 2008 en Alemania, de los 549.604 delitos cometidos por mujeres, 106.288 delitos fueron realizados por no-alemanas. Este dato supone la participación de las mujeres no-alemanas del 19,3% en los delitos llevados a cabo por mujeres, si bien únicamente el 12,8% representaba la participación de la mujer en delitos de homicidio de la mujer. Según las estadísticas españolas, en ese año fueron detenidas unas 30.000 mujeres, de las cuales unas 12.000 se referían a delitos de tipo patrimonial y 3.000 por delitos contra personas, mientras unas 2.000 por delitos contra la salud pública. Sin embargo, tan sólo el 8,7% de los condenados en ese año fueron mujeres (p. 52). Mientras que en Alemania las 3/4 partes de los sospechosos estaban representados por hombres, si bien en España este porcentaje ascendía al 90%. Desde el año 1980, la criminalidad femenina, siguiendo el mismo criterio que la masculina, ha ido aumentando, si bien a partir del año 2002 ha sufrido un leve retroceso. La mala educación, la escasez de información y los matrimonios destrutturados o conflictivos han sido las principales razones para que muchas mujeres den con sus huesos en un establecimiento penitenciario. La mayoría de ellas provenían de familias rotas y de escaso o escasísimo nivel cultural y escolarización muy baja, donde predominaba el abandono temprano o fracaso escolar. Solamente el 31% de las mujeres se declaraban casadas o con pareja de hecho estable, con familiares próximos con antecedentes penales.

La Criminología clásica perfila tres orientaciones del comportamiento criminal: las biológicas, las psicológicas y las sociológicas (pp. 60-63). Los enfoques biológicos y biopsicológicos surgieron a fines del siglo XIX. La base de las explicaciones de contenido puramente biológico reside, sobre todo, en las obras de Cesare Lombroso, a veces en colaboración con Guglielmo Ferrero, Thomas y Otto Pollak (pp. 64-90). Las teorías sociológicas más recientes han puesto su acento en el carácter social de la delincuencia, propugnando enfoques funcionalistas, como la teoría del rol y la importancia de la socialización diferencial entre hombres y mujeres a la hora de desempeñar sus roles respectivos. Llegado a este punto, se analiza la teoría de los factores múltiples, así como la teoría de la caballerosidad, que pretende ofrece una explicación del trato favorable hacia las mujeres por parte de las instituciones competentes. También destaca la teoría de la asociación diferencial, que interrelaciona teorías micro y macro-sociológicas. Asimismo, Stenglein estudia las teorías feministas, elaboradas a partir de los años 70 del pasado siglo XX, que hablan de la doble opresión de las mujeres o de la emancipación. No se olvida

Stenglein de las teorías del *labeling approach*, la de la asociación diferencial, o la del control social (pp. 90-140).

A continuación analiza el modelo español, como paradigma del mediterráneo/sur-europeo y el alemán, ejemplo del nórdico/centro-europeo. La autora considera que «las estadísticas de Alemania y España difícilmente son comparables, ya por el solo hecho de los indicadores y los tipos de delito a registrar» (p. 180). En ambos casos se centran en las estadísticas de la policía por ser las más cercanas de la realidad de la criminalidad, si bien también contempla sus inconvenientes. En Alemania la estadística criminal anual es elaborada por la Policía Federal de Investigación Criminal desde 1953, que recoge una compilación de todos los hechos penales conocidos por la policía, teniendo en cuenta la limitación de los contenidos esenciales registrables (pp. 152-176). Pero la fiabilidad de la estadística se ve reducida por aquellos delitos que no llegan a ser conocidos por la policía y, por tanto, no quedan plasmados en la estadística ya que no son denunciados. Otros factores que pueden influir en la recogida de los datos de la estadística son los siguientes: el comportamiento de denunciar (por ejemplo, las denuncias ante los seguros), el control policial, el registro estadístico, cambios en la legislación penal y cambios en la criminalidad real. En el año 2008, se cometieron 6.114.128 delitos conocidos, un 2,7% menos que el año anterior, siendo esclarecidos en el año objeto de estudio el 54,8% de los delitos. Como sospechosas femeninas fueron registradas 549.604 mujeres, es decir, el 24,4%. Las mujeres no-alemanas tuvieron una participación del 19,3% en los delitos llevados a cabo por mujeres. Las mujeres han estado sobre-representadas en los delitos de hurto (el 33,5%), de estafa (el 31,1%), en los delitos contra la legislación penal especial de extranjería, asilo y residencia (el 26,9%), contra el honor (el 27,7%), en los delitos de malversación (el 27,2%) y de apropiación indebida (el 26,5%). Por el contrario, fueron cometidos casi exclusivamente por hombres los delitos contra la libertad sexual, contra el deber de alimentos, contra las legislaciones penales especiales de explosivos, armas y armas de guerra, en robos y en robos con violencia. En todos estos delitos la participación de los hombres sospechosos ha estado por encima del 90%. Haciendo un estudio de las estadísticas sobre la población de los reclusos, a fecha de 31 de marzo de 2007, podemos destacar los siguientes datos a esa fecha: las personas condenadas a penas privativas de libertad representaban el 79% del total de los reclusos, el 17% de los reclusos se encontraban en prisión preventiva. Tan sólo el 5% estaba representado por mujeres (4.068 mujeres). Para hacer un estudio del escenario español (pp. 177-197) hay que tener en cuenta que los datos se refieren exclusivamente a los delitos conocidos por la Policía Nacional y la Guardia Civil. En el año 2008 se produjeron en España 1.817.739 delitos, unos 66.298 menos que en 2007 (p. 178). De forma que por cada 1.000 habitantes se han cometido 46,5 delitos. En el año 2008, son esclarecidos unos 330.000 delitos, es decir, un 38,3%. Desde otro punto de vista, según el resumen de las estadísticas judiciales elaboradas por el Consejo General del Poder Judicial, en el año 2008 en la jurisdicción penal se produjeron 6.611.756 nuevos asuntos y 6.537.495 casos resueltos. Fueron dictadas unas 689.712 sentencias. Además, en el año 2008 se inscribieron en el Registro Central de Penados un total de 196.143 condenados, lo que supuso un aumento del 21,9% respecto al año anterior. Del total de condenados (196.143 personas), el 91,3% eran varones y el 8,7% mujeres. La tasa de condenados por 1.000 habitantes se situó en 4,25 frente a la de 3,56 registrada en 2007. La edad media de las mujeres condenadas estaba representada en 33,1 años. En el caso de las mujeres, el 26,7% del total fueron penas privativas de libertad, mientras que el 24,1% de

prisión. Las penas privativas de otros derechos representaron el 48,2% de las aplicadas a mujeres. Solo el 8,7% de los condenados tenían la condición de mujeres. En cuanto a la tipología de los delitos cometidos por las mujeres delincuentes, cabría destacar que 2.000 de las mujeres reclusas cumplieron condena por delitos contra la salud pública, lo que representaba un 49,3% de las internas; y por delitos contra el patrimonio y el orden socio-económico cumplía un 33,6% de las mujeres condena, que representaba un total de 1.362 de ese sexo. Ambos delitos sumaban el 82,9% del total. La estadística europea elaborada por *Eurostat* destaca que en España se registraron en el año 2007 unos 2,3 millones de delitos, mientras que en Alemania esta cifra ascendía a 6,2 millones de delitos. Esta estadística no diferencia entre los reclusos femeninos y masculinos.

A modo de conclusión, Stenglein y Sánchez-Bayón proponen un cambio en el planteamiento de la represión policial mediante «la colaboración policial y judicial a través de la creación de unos instrumentos eficaces como Europol y Eurojust», considerando que son «los funcionarios de enlace, junto con los agentes de Europol, los analistas y otros expertos, garantizan un servicio efectivo, rápido y multilingüe las 24 horas del día» (pp. 212 y 214). Pero también abogan sus autores por un cambio de planteamiento desde el punto de vista judicial mediante la creación de Eurojust, «que es un nuevo cuerpo europeo de cooperación judicial, en la lucha contra las formas graves de delincuencia organizada, de la que son frecuentemente responsables organizaciones transnacionales» (pp. 215-216). También destacan que mientras los Estados miembros no lleven a cabo una unificación verdadera y cedan competencias, no habrá realmente un sistema común de seguridad que funcione de forma adecuada.

Esta obra, presentada por Ponce de León y Sánchez Bayón, recoge la tesis doctoral con las adaptaciones correspondientes del texto defendido para la obtención del grado de Doctor en Derecho Comparado y Criminología, obteniendo la calificación de *apta cum laude por unanimidad*, por parte de Gudrun Stenglein que es profesora universitaria y detective privada y ex policía perteneciente a la Policía Criminal Federal de Alemania, enlace INTERPOL Madrid. El libro aparece publicado en coautoría con Antonio Sánchez Bayón, que fue el simple director de la tesis, asumida cuando ya estaba completamente elaborada y que pone simplemente el prólogo. [Recibida el 21 de julio de 2012].

Guillermo Hierrezuelo Conde

Elsbeth Guild, Sandra Mantu (eds.), *Constructing and Imagining Labour Migration. Perspectives of Control from Five Continents*, Ashgate Publishing Limited, Farnham, 2010, 330 p.

ABSTRACT: This book examines the different migration control mechanisms used by countries from five continents as well as the interactions that occur between them. The current immigration control mechanisms are analyzed as a completely independent issue, taking into account multiple perspectives not yet perceived by migration theorists and specialists in internal migration policies. The authors analyze the impact of specific mechanisms of regulation and control on the regional dynamics of migration processes and the practical problems facing immigrants. The book can be a valuable resource for those wishing to understand the current trends of labor migration (both in terms of political decisions as well as from the perspective of

individual immigration patterns). Showing the diverse nature of national and regional (eg EU countries) regimes of border control also helps to understand the problems facing international institutions in the coordination and management of migratory flows. The book discusses mechanisms of labour migration control in the Republic of South Africa, Brazil, Malaysia, the countries of East Asia, Australia, Canada, Japan, European Union countries and the United States.

KEYWORDS: Elspeth Guild, Sandra Mantu, Labour migration, Boarder control, Immigration policy, Global migration governance, Immigration control, Illegal migration, Social policy, Immigration law and procedures, Labour market.

Podstawowym zadaniem krajowej polityki migracyjnej jest oddziaływanie na dynamikę przepływów ludnościowych w celu realizacji istotnych interesów państwa. Podstawowym elementem wpływającym na efektywność polityki migracyjnej jest kontrola i regulacja mobilności ludności w obrębie granic. Krajowe mechanizmy kontrolne wydają się zatem kluczowym regulatorem migracji międzynarodowych. Nie stanowią jednak narzędzia polityki migracyjnej lecz raczej element jej koordynacji i zarządzania. Relacje między realizowaną przez władze krajowe polityką migracyjną a instytucjonalnymi mechanizmami kontroli granic analizować możemy na kilku poziomach. Pierwszy z nich stanowią wspomniane już interakcje polityki migracyjnej i mechanizmów kontroli granic. Kolejnym elementem wydają się relacje zachodzące pomiędzy krajowymi mechanizmami kontroli migracji oraz ich wpływ na dynamikę przepływów ludności w poszczególnych częściach świata. Ostatnią, szczególnie istotną płaszczyznę, stanowi wpływ krajowych mechanizmów kontrolnych na globalną współpracę w zakresie koordynacji i zarządzania migracjami.

Prowadzone w ostatnich latach badania niezwykle często redukują zagadnienie kontroli migracji zarobkowych do wymiaru polityki migracyjnej czy kwestii bezpieczeństwa. Spojrzenie takie nie dostarcza nam jednak pełnego obrazu czynników wpływających na dynamikę międzynarodowych migracji zarobkowych. Równie istotne wydaje się obecnie pogłębiona analiza porównawcza innych mechanizmów kontroli granic, a także badanie ich wpływu na indywidualne zachowania migracyjne. Dlatego właśnie wydana w 2010 roku praca pod redakcją Elspeth Guild i Sandry Mantu stanowi istotny, a nawet przełomowy, głos w debacie nad mechanizmami regulacyjnymi międzynarodowych migracji zarobkowych. Problem interakcji pomiędzy krajowymi systemami kontroli granic wydaje się obecnie szczególnie aktualnym tematem. Wiąże się on z prowadzonymi w ostatnich latach debatami nad erozją tradycyjnie pojmowanej suwerenności państwa, wpływem zagrożeń bezpieczeństwa na regulacje polityki migracyjnej, dotyczącą pracowników migrujących dyskryminacją czy deficytem demokracji w wielu regionach świata. Praca wydaje się zatem niezwykle cenną lekturą nie tylko dla teoretyków studiów nad migracjami lecz także przedstawicieli kręgów władzy i innych praktyków życia publicznego. Prezentowana książka analizuje zróżnicowane mechanizmy kontroli migracji stosowane przez władze państwowe na pięciu kontynentach a także zachodzące pomiędzy nimi interakcje. Stosowane obecnie mechanizmy kontroli granic analizowane są jako w pełni autonomiczne zagadnienie z uwzględnieniem wielu perspektyw nie dostrzeganych dotychczas przez teoretyków studiów nad migracjami czy badaczy krajowych polityk migracyjnych. Autorzy analizują także wpływ określonych mechanizmów regulacji i kontroli na dynamikę regionalnych procesów migracyjnych oraz praktyczne problemy podejmujących migracje zarobkowe osób. Książka stanowić może cenne źródło wiedzy dla osób pragnących

zrozumieć aktualne trendy migracji zarobkowych (zarówno na poziomie decyzji politycznych jak i z perspektywy indywidualnych zachowań migracyjnych). Ukazując zróżnicowany charakter krajowych i regionalnych (na przykład państw Unii Europejskiej) reżimów kontroli granic pomaga także zrozumieć problemy stojące przed instytucjami międzynarodowymi w zakresie koordynacji i zarządzania ruchami migracyjnymi. Warto podkreślić na wstępie zaletę pracy wydaje się interdyscyplinarny i niezwykle różnorodny charakter zaprezentowanych w niej rozważań. W książce znajdziemy zarówno fragmenty utrzymane w bardziej tradycyjnym nurcie teorii badań migracyjnych, polityki migracyjnej czy studiów nad bezpieczeństwem jak również rozdziały prezentujące bardziej oryginalne i nowatorskie podejścia badawcze. Kolejnym elementem przesądzającym o wysokiej wartości poznawczej pracy jest globalny charakter zawartych w niej analiz. Jak podkreślają autorzy przedmiot pracy stanowi pogłębiona analiza mechanizmów kontroli migracji przynajmniej kilkunastu państw położonych na pięciu kontynentach. Analizy mechanizmów regulacyjnych międzynarodowych migracji zarobkowych wydają się obecnie szczególnie istotnym i potrzebnym nurtem badań. Treść książki nie ogranicza się jednak do studium odrębności odróżniających od siebie krajowe czy regionalne reżimy kontroli migracji. Jej podstawowy cel stanowi raczej uwypuklenie interakcji pomiędzy nimi oraz wpływu mechanizmów kontrolnych na dynamikę procesów migracyjnych w poszczególnych częściach świata. W pracy znajdziemy ponadto odniesienia teoretyczne do instytucjonalnych, normatywnych czy politycznych mechanizmów kontroli migracji. Całość pracy podzielona została na trzy części. Poddano w nich analizie specyficzne procesy zachodzące w państwach o słabej, wysokiej bądź zróżnicowanej efektywności kontroli granic. Prezentowana w pracy charakterystyka państw ze względu na funkcjonalność mechanizmów kontroli granic wydaje się właściwym ujęciem teoretycznym. Szczególnie istotna wydaje się jednak charakterystyczna dla wielu rozdziałów próba analizy porównawczej poszczególnych mechanizmów kontroli granic. Analiza krajowych uwarunkowań mechanizmów kontroli migracji jest obecnie szczególnie potrzebnym i istotnym praktycznie nurtem badań. Pozwala bowiem przeciwdziałać nie tylko charakterystycznym dla wzmożonej mobilności ludności problemom (w rodzaju migracji nielegalnych czy następstw handlu ludźmi) lecz również lepiej reagować na zjawiska o zdecydowanie bardziej spontanicznym charakterze (w rodzaju obserwowanych w ostatnim czasie fal uchodźców z Tunezji czy Libii).

Przedmiot analiz zawartych w pierwszej części pracy stanowi specyfika procesów migracji zarobkowych w państwach o słabych mechanizmach kontroli granic. Podjęta w rozdziale pierwszym analiza problemów dotyczących ludność Basotho na południowoamerykańskim rynku pracy stała się punktem wyjścia dla omówienia ogólnej sytuacji migrantów w tym państwie, zwłaszcza zaś przypadków wykluczenia społecznego oraz dyskryminacji kobiet. W kolejnym rozdziale Carolina Moulin Aguiar podjęła niezwykle interesujący problem sytuacji boliwijskich pracowników migrujących zatrudnionych w Brazylii. Podpisana w 2004 roku pomiędzy wspomnianymi państwami umowa o wolnym ruchu pracowników migrujących stworzyła zupełnie nowe normatywne ramy mobilności zarobkowej dla pochodzących z Boliwii migrantów. Jak zauważa autorka liberalizacja zasad migracji zarobkowych prowadzi do stopniowej redefinicji statycznych mechanizmów kontrolnych (w rodzaju narodowości czy obywatelstwa). Rozważania dotyczące migracji zarobkowych w Malezji przedstawione zostały w oparciu o wpływową w ostatnich latach teorię wysokich ilości i małych praw. Zgodnie z nią wysoko rozwinięte państwa demokratyczne przyjmują zazwyczaj małą liczbę pracowników migrujących,

gwarantując im wysoki poziom praw i zabezpieczenia społecznego. Państwa o niedemokratycznej formie rządów czynią zaś odwrotnie: przyjmują większą liczbę migrantów lecz na bardziej restrykcyjnych zasadach, gwarantując im mniejszą liczbę praw. Obszarem o niezwykle zróżnicowanych mechanizmach kontroli migracji zarobkowych są także państwa wschodniej Azji. Autorka kolejnego rozdziału analizuje praktyki stosowane w tym zakresie w państwach regionu, koncentrując swoją uwagę na specyfice migracji zarobkowych na obszar Tajwanu. Podkreślić należy, że specyfika migracji zarobkowych w obszarze Azji Wschodniej i Południowo-Wschodniej staje się w ostatnich latach rosnącym na znaczeniu przedmiotem badań. W dalszym ciągu brakuje jednak publikacji w wyczerpujący sposób ukazującej charakter migracji pracowniczych w regionie ze szczególnym uwzględnieniem mechanizmów kontroli granic. Autor kolejnego rozdziału pracy, Mark Nyandoro, podjął temat pochodzących z Zimbabwe uchodźców i nielegalnych migrantów przebywających na terytorium Republiki Południowej Afryki. Sytuacja zamieszkujących w tym kraju imigrantów z państw ościennych jest w ostatnim czasie coraz częściej poruszonym problemem. Było tak między innymi podczas organizacji przez Republikę Południowej Afryki ubiegłorocznych Mistrzostw Świata w piłce nożnej.

W drugiej części pracy poddano analizie specyfikę migracji zarobkowych w państwach o silnych i skoordynowanych mechanizmach kontroli procesów migracyjnych. Przedmiot analiz autorów stanowi między innymi charakter migracji zarobkowych na terytorium Australii, Japonii, czy Kanady. We wszystkich spośród wymienionych powyżej państwach obserwować możemy przemyślany, efektywny i skoordynowany reżim regulacji migracji zarobkowych, silnie powiązany z dyrektywami krajowych polityk migracyjnych. Migracje zarobkowe w ramach wspomnianej grupy państw w zdecydowanej większości przyjmują charakter długoterminowy i osiedleńczy. Mechanizmy kontrolne migracji międzynarodowych odgrywają zatem także rolę regulatora krajowej demografii. Najczęściej odzwierciedlają także coraz bardziej zróżnicowany i selektywny model polityki migracyjnej stosowanej w państwach w rodzaju Australii, Nowej Zelandii czy Kanady. Mechanizmy kontrolne migracji zarobkowych w zdecydowanej większości przypadków nie pozostawiają zatem przestrzeni dla indywidualnych i spontanicznych zachowań migracyjnych (jak ma to miejsce w Południowo-Wschodniej Azji a w pewnym sensie także w obszarze Unii Europejskiej).

W otwierającym fragmencie rozdziału James Jupp prezentuje ewolucję i obecny charakter migracji zarobkowych na terytorium Australii. Cechujący Australię reżim kontroli migracji zarobkowych stanowi w rzeczywistości jedną z metod osiągnięcia długofalowych korzyści społecznych. Władze Australii patrzą bowiem na pracowników migrujących jak na potencjalnych obywateli. Stosują zatem selektywne mechanizmy dostępu obcokrajowców do własnego rynku pracy. Na podobne praktyki zwraca uwagę Christina Gabriel, autorka fragmentu pracy poświęconego kontroli migracji zarobkowych w Kanadzie. W pracy poddano także analizie zagadnienie europeizacji zasad migracji zarobkowych, koncentrując się na interakcjach i konkurencji pomiędzy gospodarkami narodowymi. Koordynacja migracji zarobkowych poza realizacją doraźnych interesów ekonomicznych stanowi także długofalowe narzędzie prowadzące do podniesienia konkurencyjności gospodarek krajowych w ramach rynku globalnego. Wspomniany problem wydaje się wart rozpatrzenia choćby w kontekście prowadzonych debat nad korzyściami i stratami wynikającymi z problemu drenażu mózgow. Wysoko wykwalifikowana siła robocza już dzisiaj jest bowiem przedmiotem silnej konkurencji pomiędzy najwyżej

rozwiniętymi gospodarkami świata. W zamykającym prezentowany fragment rozdziale Midori Okabe przedstawia specyfikę japońskiej polityki migracyjnej z punktu widzenia wysoko rozwiniętego gospodarczo aktora stosunków międzynarodowych.

Szczególnie cenna poznawczo dla badaczy zajmujących się europejskimi reżimami kontroli migracji pracowniczych okazuje się lektura trzeciej części pracy. Autorzy charakteryzują w niej wpływ liberalizacji zasad przekraczania granic i podejmowania zatrudnienia na specyfikę procesów migracyjnych. Jak zauważa Elspeth Guild także państwa Unii Europejskiej cechują się silnym zróżnicowaniem krajowych mechanizmów kontroli mobilności zarobkowej. Nie możemy zatem mówić o jednym i zunifikowanym modelu kontroli migracji charakteryzującym wszystkie bądź nawet większość państw Unii Europejskiej. Mechanizmy regulacji migracji zarobkowych stanowią narzędzie realizacji interesów narodowych, które z racji wielu czynników nie zawsze są ze sobą tożsame. Względnemu konsensusowi w zakresie charakteru kontroli migracji zewnętrznym towarzyszą rozbieżności w przedmiocie kształtu wewnętrznej przestrzeni migracyjnej, dyktowane najczęściej względami ekonomicznymi, politycznymi czy społecznymi (czasami także historycznymi i etnicznymi). W kończącym książkę rozdziale Didier Bigo w ciekawy sposób zwraca uwagę czytelnika na zależności pomiędzy kontrolą migracji a wolnym przepływem osób w ramach Europejskiego Obszaru Gospodarczego.

Do najważniejszych elementów świadczących o kompleksowości i oryginalności publikacji na tle wydanych w ostatnich latach opracowań zaliczyć można:

1. Ujęcie tematu mechanizmów kontroli migracji zarobkowych jako w pełni autonomicznego zagadnienia studiów nad migracjami. Wiele z wydanych w ostatnich latach opracowań jedynie w niewielkim stopniu odnosiło się do wspomnianego problemu bądź analizowało go wyłącznie w kontekście dyrektyw krajowych polityk migracyjnych, bądź jako zagadnienie studiów nad bezpieczeństwem. Oderwanie tematu zarządzania migracjami od dominującego w piśmiennictwie naukowym kontekstu badań *stricte* politologicznych wydaje się obecnie szczególnie istotnym nurtem badań. Zarówno kontrola granic jak i szczegółowe dyrektywy polityki migracyjnej stanowią intencjonalne działanie państwa na rzecz realizacji określonych celów. Pamiętajmy jednak, że mechanizmy kontroli migracji bazują na wielu instytucjach o zdecydowanie pozapolitycznym charakterze.

2. Cennym poznawczo elementem pracy są także analizy porównawcze mechanizmów kontroli granic i regulacji ruchów migracyjnych stosowane w poszczególnych państwach. Do chwili obecnej brakowało pracy stanowiącej próbę syntetycznego ujęcia porównawczego tego problemu.

3. Książka zwraca również uwagę na interakcje pomiędzy krajowymi reżimami kontroli granic. Wspomniany element pracy wydaje się szczególnie cenny dla osób praktycznie zaangażowanych w eliminację negatywnych problemów związanych z rosnącą skalą migracji zarobkowych. Poszerzona wiedza na temat krajowego zróżnicowania mechanizmów kontroli granic jest jednym z koniecznych warunków budowy efektywnych i sprzyjających migrantom mechanizmów współpracy międzynarodowej.

4. Autorzy odnoszą się także do praktycznego wpływu mechanizmów kontrolnych na sytuację osób podejmujących migracje zarobkowe. Każda forma regulacji w oczywisty sposób wpływa bowiem na indywidualne zachowania migracyjne ludności, eliminując bądź utrwalając określone zjawiska patologiczne (w rodzaju migracji nielegalnych). Instytucjonalne mechanizmy kontroli granic mogą być zatem regulatorem, stabilizatorem bądź katalizatorem określonego rodzaju procesów. Jej wpływ na codzienne problemy migrantów wydaje się zdecydowanie większy aniżeli

odgórnie narzucone i nie zawsze w pełni implementowane dyrektywy krajowej polityki migracyjnej. [*Recibida el 10 de noviembre de 2012*].

Bogumił Termiński